

ZEITSCHRIFT FÜR

# GEO POLITIK

XII. JAHRGANG 1935

6.

H E F T / J U N I

## Große Politik in großen Räumen

Th. Das: Weltpolitische Lage im Pazifik

R. S.: Mandschukuo im Umbau

Warneck: Die Mongolei in der Umgestaltung

Baumann: Die deutsche Aufgabe der Seeschifffahrt

---

Markmann: Geopolitik des Magdeburger Rechts

Jantzen: Aussprache über Geopolitik

Postvertrieb ab Leipzig



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

## WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

**DR. KARL HAUSHOFER**

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,  
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,  
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

### SCHRIFTFÜHRUNG:

Kurt Vowinkel, Heidelberg, Wolfsbrunnenweg 36  
Fernsprecher: Heidelberg 3742

**Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.**

**XII. JAHRGANG / HEFT 6 / JUNI 1935**

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

<i>Tharaknath Das: Zur weltpolitischen Lage im Pazifik</i> .....	333
<i>R. S.: Mandschukuo im Umbau</i> .....	342
<i>Siegfried Warneck: Die Mongolei und ihre gegenwärtige Neugestaltung</i> .....	351
<i>Max Baumann: Die deutsche Aufgabe der Seeschifffahrt</i> .....	366

### BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i> .....	370
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i> .....	376
<i>Karl Haushofer: Dem Fünfziger Colin Roß</i> .....	383

### GRUNDFRAGEN

<i>Fr. Markmann: Zur Geopolitik des Magdeburger Rechts</i> .....	384
<i>W. Jantzen: Aussprache über Geopolitik</i> .....	393

### LITERATURBERICHTE

<i>Hans Hummel: Büchertafel</i> .....	399
---------------------------------------	-----

**Prels: Vierteljahr M. 5.50 / Einzel M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—**

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-

verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postscheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H./LUDWIGSHAFEN 12461/ WIEN 559 18/ PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

## ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Max Baumann, Schriftleiter am „Hamburger Tageblatt“, Hamburg, Adolf-Hitler-Platz — Dr. Tharaknath Das, Department of Politics, Catholic University, Washington D. C. — Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Hans Hummel, Berlin-Friedenau, Ringstr. 46 — Dr. W. Jantzen, Berlin-Wannsee, Straße zum Löwen 1 — Dr. F. Markmann, Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Kaiser Friedrichstr. 27 — R. S., Anschrift durch Verlag — Martin Warneck, Harbin, Anschrift durch Verlag.

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / HEIDELBERG / WOLFSBRUNNENWEG 36**



**TARAKNATH DAS:****Zur weltpolitischen Lage im Pazifik**

*Wie ein Inder von weltpolitischem Rang von Washington aus das pazifische Kraftfeld sieht, das wird jeden Leser der Geopolitik fesseln, gleichviel, ob er zustimmt oder Vorbehalte macht — wie Herausgeber und Schriftleitung. K. H.*

Nachdem Großbritannien und die Vereinigten Staaten Japans Forderung nach Gleichberechtigung der Seestreitkräfte abgeschlagen hatten, blieb die Londoner Flottenkonferenz erfolglos. Japan kündigte die Abmachungen der Konferenzen zu Washington und London über die Begrenzung der Rüstungen und anderer Fragen. Dadurch entstand eine neue weltpolitische Lage. Dies zeigt u. a., daß die Probleme im Pazifik zu den wichtigsten Faktoren in der Weltpolitik von heute und morgen zählen werden.

**I**

Ehe wir auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Weltpolitik im Pazifik eingehen, müssen wir einige grundlegende Tatsachen, die zu der jetzigen Lage geführt haben, betrachten. Am Ende des Weltkrieges stand England einer Lage gegenüber, welche die durch Jahrhunderte geheiligte Vorherrschaft zur See gefährdete. Die Entwicklung der amerikanischen und japanischen Flotte während des Weltkrieges wurde trotz der vollkommen zerstörten deutschen Flotte für England zur drohenden Gefahr. Damals jedoch hatte Großbritannien weder die Macht noch die günstige Gelegenheit, einen dieser beiden Wettbewerber zu vernichten. England stand im Gegenteil drei furchtbaren Wettbewerbern in der Weltpolitik gegenüber: Frankreich in Europa, Japan in Asien und den Vereinigten Staaten in Amerika. Die englisch-französische Konkurrenz in der Weltpolitik war bedingt durch die wachsende Stärke Frankreichs auf dem europäischen Kontinent und durch den Zusammenprall der englischen und französischen Interessen im nahen Osten und besonders in Kleinasien. Japan war in politischen und wirtschaftlichen Dingen Englands größter Rivale. Die japanische Flotte wurde als eine so drohende Gefahr für England angesehen, daß sich die britischen Staatsmänner entschlossen, als Sicherheitsmaßnahme für das Imperium in Singapore einen unüberwindlichen Flottenstützpunkt zu bauen. Am meisten wurde Englands Vormachtstellung im Welthandel von den Vereinigten Staaten bedroht, deren bedeutende wirtschaftliche und industrielle Kraft und unglaublich schnell anwachsende Flotte die Englands, welches zäh an dem „two-power standard“ festhielt, so gut wie ganz ausschaltete.

Großbritannien brauchte in diesem Augenblick Zeit, um die großen, durch den Weltkrieg gewonnenen Gebiete seinem Reich einzuverleiben. Die ersten diplomatischen Schachzüge Englands suchten daher die drei Seemächte in Schranken zu halten: Nordamerika, Japan und Frankreich. Dies ist der eigentliche Ursprung der



Washingtoner Konferenz 1921 bis 1922, die die Rüstungen begrenzen sollte. Sie war nicht von den amerikanischen, sondern von den englischen Staatsmännern herbeigeführt worden. Die amerikanischen Behörden luden auf Veranlassung der britischen Staatsmänner zu der Konferenz ein, und das britische Programm wurde durch Vermittlung gewisser amerikanischer Delegierter durchgeführt. Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß der verstorbene Mr. Balfour (der spätere Earl) das eigentliche Programm der Konferenz zusammengestellt hat.

In der Washingtoner Konferenz erreichten die Engländer gerade das, was sie wollten. Sie lösten das englisch-japanische Bündnis, scheinbar Amerika zuliebe. In Wirklichkeit aber hatten die britischen Behörden auf der Reichskonferenz, die vor der Washingtoner Konferenz abgehalten worden war, beschlossen, das englisch-japanische Bündnis zu lösen, um die weltpolitische Stellung Japans zu schwächen. Der erste Punkt im britischen Programm war, wenn möglich, die Isolierung Japans in der Weltpolitik zu betreiben. Durch diese angebliche Konzession, die Großbritannien den Vereinigten Staaten machte, erreichte es wesentliche Zugeständnisse in Flottenfragen. Amerika sah von seiner geplanten Aufrüstung zur See ab und gestand Großbritannien Gleichheit in Schlachtschiffen zu. Während England einige „blue prints“ seiner Schlachtschiffe zerstörte und später zwei der größten Kriegsschiffe der „Hood-Class“ baute, vernichtete Amerika verschiedene halbfertige Schlachtschiffe. In der Washingtoner Konferenz wurde u. a. beschlossen, das Verhältnis der Seestreitkräfte der fünf Großmächten wie folgt festzusetzen: Großbritannien und die Vereinigten Staaten 5, Japan 3, Italien und Frankreich 1,75. Dadurch gelang es England, den two-power standard seiner Flotte in Europa aufrechtzuerhalten und es sicherte sich die Vorherrschaft zur See über alle Nationen der Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten. Der Erfolg der britischen Diplomatie wurde von den amerikanischen Admirälen, die sich gegen die Zerstörung von amerikanischen Kriegsschiffen verwahrten, voll anerkannt. Sie waren überzeugt, daß die wirkliche Macht einer Nation zur See nicht durch die Zahl ihrer Kriegsschiffe und deren Tonnage, sondern durch ihre Flottenstützpunkte, ihre Besatzung und ihre Handelsschiffe bedingt sei. Englands Vorherrschaft zur See wurde durch die amerikanischen Zugeständnisse aufrechterhalten.

Der Erfolg britischer Staatskunst bei der Washingtoner Konferenz war so groß, daß der König persönlich den altverdienten britischen Staatsmann, Mr. Balfour, mit verschiedenen Ehren auszeichnete. In der Konferenz zu Washington war es England gelungen, Amerika die Hände zu binden, um letzterem den Bau einer größeren und stärkeren Flotte als der Englands für die nächsten zehn Jahre unmöglich zu machen; Japan und Frankreich brachte England in der Flottenfrage in eine ungünstige Position. Weiterhin gelang es England, die amerikanisch-japanische Spannung durch den Eindruck bei den Amerikanern zu verschärfen, die Lösung des englisch-japanischen Bündnisses sei Amerika zuliebe erfolgt. Gleich-



zeitig machte England die Japaner glauben, daß die Politik der Vereinigten Staaten es zur Lockerung der englisch-japanischen Beziehungen zwänge, andererseits Japan in seinem Bestreben zu unterstützen, die Nichtbefestigung von Flottenstützpunkten im Pazifik zu erreichen, was wiederum die Vereinigten Staaten im Pazifik schwächte. Japan durchschaute deutlich das Spiel Englands, das das Programm britisch-amerikanischer Zusammenarbeit benutzte, um Japans Macht in Asien zu verringern. Es war auf ein solch unerwartetes Ereignis nicht vorbereitet und willigte deshalb ein, als Seemacht niedrigeren Grades behandelt zu werden, gab Shantung auf, welches ihm durch den Versailler Vertrag zugesprochen worden war, und zog sich von Sibirien zurück, dessen Besetzung ihm Hunderte von Millionen Dollars gekostet hatte. Die Japaner erhielten in der Washingtoner Konferenz eine sehr gute Lektion. Sie waren sich der Grenzen ihrer Stärke bewußt und mußten sich daher auf die Verteidigung beschränken; sie stellten der englisch-amerikanischen diplomatischen Offensive eine engere Verbindung mit Frankreich gegenüber, indem sie die damals bestehende französisch-japanische Entente wiederbelebten, später freundschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland aufnahmen und sich sehr anstrengten, Chinas Zustimmung zu politischer Zusammenarbeit zu erhalten.

## 2

Seit dem Ende der Washingtoner Konferenz wurde die Lage in der Weltpolitik im allgemeinen und im Pazifik im besonderen durch viele Ereignisse verändert. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, seien einige dieser Änderungen genannt:

1. Verstärkung der anglo-japanischen wirtschaftlichen Konkurrenz in der ganzen Welt.
2. Mißglückte Anstrengungen Japans, China auf seine Seite zu bringen, der Ausbruch des chinesisch-japanischen Konfliktes und die Gründung von Mandschukuo.
3. Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland und die neue Gruppierung der Mächte in Europa, wie z. B. das französisch-russische Bündnis und Rußlands Eintritt in den Völkerbund.
4. Wiederaufbau der deutschen, russischen und türkischen Seemacht und zunehmende Bedeutung der spanischen Flottenstreitkräfte in Europa.
5. Wirtschaftlicher Zusammenbruch in Amerika.
6. Verstärkung der amerikanisch-britischen finanziellen und wirtschaftlichen Konkurrenz seit dem Ottawa-Übereinkommen, das innerhalb des britischen Imperiums Reichsvorzugszölle einräumte, einen Sterlingblock in allen Teilen der Welt schuf und die Vorherrschaft des Dollars angriff.

Infolge dieser weltpolitischen Veränderungen ist Japan heute Englands größter Konkurrent, dem die Vereinigten Staaten und an dritter Stelle Frankreich und Sowjetrußland folgen. Das britische Programm zur Aufrechterhaltung der englischen Vorherrschaft in der Weltpolitik und besonders zur See ist sehr einfach:



In Europa spielt es Frankreich und Deutschland abwechselnd gegeneinander aus, um die Unsicherheit in beiden, seine Unterstützung suchenden Lagern zu vermehren. Bis jetzt war England darin außerordentlich erfolgreich. Es ermutigte Deutschland in seiner Forderung nach grundsätzlicher Gleichberechtigung. Jetzt unterstützt es Frankreich und Rußland bei deren Forderung eines Ost-Lothar. England ist in Europa unverletzbar; es ist seiner Herrschaft im Mittelländischen Meer infolge der französisch-italienischen Konkurrenz in der Seerüstung sicher.

Bei der letzten Londoner Konferenz gingen Englands Bemühungen dahin, die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten so zuzuspitzen, daß beide Mächte gezwungen seien, Englands Unterstützung anzurufen. Dank der Klugheit der britischen Staatsmänner sind beide Länder in die Falle gegangen. Zuerst ermutigten die britischen Staatsmänner die Japaner verschiedentlich und versuchten, sie zu überzeugen, daß England ihr wirklicher Freund sei. England verweigerte der amerikanischen Regierung (Staatssekretär Stimson) seine Hilfe in ihrer mandchurischen Politik. England sandte eine Handelsdelegation nach Japan, deren Führer von der Möglichkeit einer Wieberbelebung der anglo-japanischen Allianz und von der britischen Zusammenarbeit mit Japan bei der Entwicklung Mandschukuo sprachen. Dann ermutigte es die Japaner, indem es ihnen ankündigte, daß die englische Regierung Japan grundsätzlich Flottengleichheit zubilligen werde, falls die Vereinigten Staaten damit einverstanden wären. Gleichzeitig aber sprachen englische Staatsmänner privat und offiziell über die von Japan drohende Gefahr und die Notwendigkeit englisch-amerikanischer Zusammenarbeit, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Obgleich sich England der japanischen Forderung nach Flottengleichheit widersetzen wollte, benutzte es die Amerikaner als williges Werkzeug gegen Japan in der Londoner Konferenz.

Die amerikanischen Unterhändler haben bei der Londoner Konferenz ihrem Lande ausgesprochen schlechte Dienste erwiesen und das englische Spiel äußerst wirksam unterstützt, indem sie sich den Forderungen Japans nach Gleichberechtigung widersetzen. Kürzlich haben einige amerikanische Staatsmänner Japan mit der Erklärung bedroht, daß Amerika, wenn Japan 3 Schiffe baue, 5 bauen werde. Klar sehende Politiker erkennen, daß die wirtschaftliche und politische Rivalität zwischen Japan und England größer ist als die im Kampf stehenden Interessen Amerikas und Japans. Trotzdem spielt England die Rolle des Vermittlers zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Hierfür ist in erster Linie der Mißerfolg amerikanischer Diplomatie verantwortlich. Die Japaner sind sich der Situation voll bewußt und hoffen, daß die japanisch-amerikanischen Beziehungen die normale Entwicklung eines freundschaftlichen Verhältnisses nehmen werden.

Es scheint jedoch wenig Hoffnung für eine solche Lösung zu bestehen, weil einmal viele Amerikaner bereits von England beeinflusst sind und zum anderen viele zu denken geneigt sind, daß England ernstlich auf eine anglo-amerikanische



Verständigung hinarbeitet, die Japan fesseln und die amerikanischen Interessen im Orient fördern würde. Sie glauben sogar, daß Japan auf dem Wege vollständiger Isolierung in der Weltpolitik begriffen ist und daß es zur Annahme des amerikanischen Programms ohne viel Schwierigkeiten gezwungen werden könne.

## 3

Wie aber ist nun die weltpolitische Lage im Pazifik wirklich? Welches sind die Möglichkeiten und Folgen eines tatsächlichen Bündnisses, das die Engländer und Amerikaner als „wholehearted understanding“ bezeichnen?

Die Lage im Pazifik wird zweifellos von der Lage in Europa beeinflusst. Viele Amerikaner denken, daß Rußland Japan angreifen oder gegen es kämpfen will, um die Isolierung Japans in der Weltpolitik zustande zu bringen. Sicherlich fürchten viele Russen die japanische Macht im Fernen Osten und möchten diese mit allen Mitteln bekämpfen. Aber niemand sollte vergessen, daß unter den jetzigen inneren und äußeren Zuständen in Rußland die russischen Staatsmänner Unterstützung von außen, besonders in Europa, suchen, um den Status quo aufrechtzuhalten. Diese Politik führte zu dem französisch-russischen Bündnis und dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund. Rußland hängt von der französischen Unterstützung in Europa ab, während Frankreich von der russischen Unterstützung gegen Deutschland abhängt. Aber sicher ist, daß Frankreich Rußland in einem Kampf gegen Japan nicht unterstützen würde. Dies ist klar ersichtlich aus der Tatsache, daß Rußland sogar nach dem Eintritt in den Völkerbund — augenscheinlich auf Anraten Frankreichs — seine Verhandlungen mit Japan wegen des Verkaufs der Ostchinesischen Eisenbahn an Mandschukuo fortsetzte. Sicherlich ist trotz des letzten französisch-russischen Bündnisses kein Grund vorhanden anzunehmen, daß die französisch-japanische Entente, die nach der Washingtoner Konferenz wieder auflebte, in irgendeiner Weise geschwächt worden ist. Wenn auch Rußland Japans Marsch nach Asien durch Verbindungen mit japanfeindlichen Mächten zurückhalten möchte, zwingt es die internationale Lage in Europa doch, seine Kräfte auf die Entwicklung einer Politik zu konzentrieren, die ihm Sicherheit in Europa und Festigung seiner Stellung durch die Entwicklung seiner Industrien bietet.

Außerdem sollte kein Beobachter der Weltpolitik vergessen, daß Rußland, trotz seiner freundlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die Bildung eines anglo-amerikanischen Blocks, der Japan zerstören und eine angelsächsische Vorherrschaft im Pazifik und im Fernen Osten herstellen könnte, diesmal keineswegs ohne weiteres gutheißen würde. Viele russische Staatsmänner sehen in einer russisch-japanischen Annäherung — ohne daß das Gleichgewicht der Macht im Fernen Osten gestört wird — eine größere Sicherheit für Rußland. Frankreich gewinnt durch die Zerstörung Japans nichts. Frankreich benötigt im Gegenteil die japanische Unterstützung in Asien. Japans Niederlage würde Frankreich der Gnade



Englands in Fragen der Aufrechterhaltung der französischen Vorherrschaft in Indochina ausliefern. Die Japaner hängen nicht ausschließlich vom guten Willen Frankreichs oder Rußlands ab; sie sind darauf bedacht, mit diesen zwei Mächten auf freundschaftlichem Fuß zu bleiben. Sie sind bereit, zu einer Verständigung bezüglich ihrer jeweiligen Interessen an Mandschukuo, der Mongolei und Indochina zu kommen. Gleichzeitig pflegt Japan sorgsam Freundschaft mit Deutschland, das eine nicht zu verachtende Rolle im Falle einer aktiven und feindlichen Haltung Rußlands gegen Japan spielen würde. Viele Leute glauben, daß Frankreich und Italien in einer künftigen Flottenkonferenz die Vereinigten Staaten gegen Japan unterstützen würden, weil sie sich geweigert hatten, mit Japan zusammen die Abmachungen der Londoner und Washingtoner Konferenz zu kündigen.

Sicherlich besteht zwischen Japan und Italien eine wachsende wirtschaftliche Konkurrenz, und es ist die traditionelle Politik Italiens, wenn irgend möglich, der britischen Außenpolitik zu folgen. Aber gleichzeitig darf nicht vergessen werden, daß die italienisch-französische These über die grundlegenden Beschlüsse für die Flottenrüstung der Japans ähnlicher ist, als der der Vereinigten Staaten. Auch Frankreich und Italien wollen — wenn möglich — von dem festgesetzten Seemächteverhältnis loskommen. Sie wollen auch der alleinige Schiedsrichter über die Art ihrer Flottenrüstung sein. Sie möchten die obere Grenze der Gesamttonnage für ihre Schiffe kennen und dann volle Freiheit für das Herstellungsprogramm haben.

Die lebenswichtigste Frage, der die amerikanischen Staatsmänner gegenüberstehen, ist die Art der anglo-amerikanischen Zusammenarbeit, die den britischen Staatsmännern und Admirälen annehmbar erscheinen wird. Die Engländer wirken auf die Möglichkeit einer anglo-amerikanischen Zusammenarbeit hin, um ihre eigenen Interessen zu fördern und nicht, um die amerikanische weltwirtschaftliche Stellung zu stärken. Die Engländer betrachten die Amerikaner als Rivalen, aber sie möchten die Amerikaner benutzen, um einen anderen Rivalen — Japan — zu schwächen oder auszuschalten und um ihre eigene Stellung im Pazifik zu verbessern.

Diplomatie bedeutet nicht Selbstlosigkeit; daher ist es nötig, die tatsächliche Haltung der britischen Regierung gegenüber der amerikanischen Politik im Osten und ihre künftigen Verwicklungen zu prüfen. Ohne auf die Vergangenheit der amerikanischen und britischen Politik im Fernen Osten einzugehen, sollte man doch nicht vergessen, daß bei zwei hervorragenden Gelegenheiten die Engländer die Amerikaner im Stiche gelassen und die Japaner unterstützt haben:

1. Als der amerikanische Staatssekretär Knox 1910 die Internationalisierung der Mandschurischen Eisenbahn vorschlug, unterstützte die britische Regierung nicht nur nicht die amerikanische Regierung, sondern erneuerte das anglo-japanische Bündnis 1911. Dies war die Folge der damaligen weltpolitischen Lage. England brauchte Japans Unterstützung gegen Deutschland.

2. Als kürzlich der Sekretär Stimpson die englische Unterstützung für die Auf-



rechterhaltung der chinesischen Oberherrschaft suchte, ließ die britische Regierung die amerikanische Regierung im Stich und verabschiedete den Neunmächtepakt.

Jetzt sprechen die englischen maßgebenden Kreise von einer „all round Anglo-American Co-operation“. Betrachten wir die Möglichkeiten, die aus der Befolgung einer solchen Weltpolitik entstehen könnten.

Lord Lothian, der frühere Sekretär von Lloyd George, der die Konferenz zu Washington inszenierte, ist einer der wichtigsten und aufrichtigsten Befürworter der englisch-amerikanischen Zusammenarbeit. In seinen Aufsätzen, die im Londoner „Observer“ erschienen sind, und in seinen Oberhausreden hob er nachdrücklich hervor, daß im Falle eines „all round understanding“ zwischen Amerika und England die anderen Staaten, wie Rußland, China, Frankreich und Italien, Amerika und England in der Aufrechterhaltung des Weltfriedens unterstützen würden. Die Folgerungen, die sich aus diesem Vorschlag ergeben würden, sind von sehr großer Tragweite. Sogar nach der Unterzeichnung des Viermächte- und des Neunmächtepakts gab es keine „whole-hearted Anglo-American Co-operation“ wegen der verschiedenen Leitgedanken, die der Politik der beiden Regierungen zugrunde liegen.

Die Vereinigten Staaten verweigerten unter Präsident Coolidge das Zusammengehen mit England, als letzteres gegen China Gewalt anwenden wollte, um die anti-britische Boykottbewegung zu unterdrücken. Die Engländer haben ein regelrechtes Protektorat über Tibet aufgestellt, dem sich China widersetzt. Soll die „all round co-operation“ zwischen England und Amerika die Unterstützung Englands durch Amerika gegen China bedeuten? Die Engländer scheinen an der Expansion in Szechuan und Sinkiang, wo plötzlich Aufstände verschiedener Art stattgefunden haben, interessiert zu sein. Wenn die Engländer Grenzveränderungen auf Kosten Chinas vornehmen wollen, wird dann England Amerika zur Hilfe rufen?

Wenn aus irgendeinem Grund ein anglo-russischer, anglo-französischer, anglo-japanischer oder anglo-deutscher Streit ausbricht, wird dann Amerika England bis zum Kampf unterstützen müssen? Bedeutet ein „all round understanding“ mit England, daß Amerika der englischen Außenpolitik sogar bis zum Eintritt in den Völkerbund folgen muß? Es steht bereits fest, daß bei Verwicklungen des „all round understanding“ die Schuldenzahlungen zwischen England und Amerika nach den Wünschen Englands geregelt werden. In einer Äußerung im britischen Parlament zu diesem Thema wies Ramsay MacDonald darauf hin, daß England ein solches Verhalten von den Vereinigten Staaten erwarte.

Wie wird Englands Haltung, der sich die Vereinigten Staaten anzupassen hätten, gegenüber der Flottenfrage sein? Einmal während der Londoner Konferenz wurde die Nachricht verbreitet, daß sich England und Japan auf das Verhältnis 5:4:4 für die Flotte der drei Mächte geeinigt hatten: 5 für England, 4 für Japan und die Vereinigten Staaten. Selbstverständlich wurde dies von dem japanischen Auswärtigen Amt und späterhin auch von britischen Wortführern auf das heftigste ge-



leugnet. Der Grundgedanke der britischen Diplomatie ist jedoch die Vorherrschaft Englands zur See gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan. Bei verschiedenen Gelegenheiten brachte die britische Admiralität den Gedanken zum Ausdruck, daß das jetzige Verhältnis geändert werden sollte und forderte, daß England 70 Kreuzer anstatt 50, die ihm bei der Washingtoner Konferenz zugbilligt worden waren, haben soll. Welchen Preis wird England fordern, wenn es die Vereinigten Staaten bei der nächsten Flottenkonferenz gegen Japan unterstützt?

In diesem Zusammenhang möchte ich auf folgende interessante Bemerkung von Mr. Ferdinand Kuhn jr., einem der Sonderkorrespondenten der New York Times, vom 8. 12. 1934, hinweisen:

„England zieht immer noch die qualitative Abrüstung der quantitativen Abrüstung vor. Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten möchten die Anzahl der Schiffe um 20% verringern, während England es vorzieht, die Größe derselben zu vermindern. Das ist die gleiche alte Meinungsverschiedenheit, die jeden Versuch einer Verminderung der Flottenstärke seit Jahren unmöglich gemacht hat. Dies zeigte sich 1927 in Genf, 1930 in London und 1932 wiederum in Genf, als Präsident Hoover vorschlug, alle Rüstungen um ein Drittel zu vermindern. Und wenn nicht ein Wunder geschieht, wird dies bei allen Verhandlungen, die der japanischen Kündigung des Vertrages von Washington folgen, wiederum in Erscheinung treten. Der britische traditionelle Gedanke ist natürlich der amerikanischen Politik, die große Schlachtschiffe beibehalten will, scharf entgegengesetzt. England war immer gegen die übertriebene Größe in solchen Schiffsgattungen, wie großen Schlachtschiffen, Flugzeugmutterschiffen, und hat in Genf der Herabsetzung der oberen Grenze für die Schiffsgröße in solchen Klassen wie auch die Verringerung der Geschützkaliber angeboten. Wenn England an seiner Idee der Rüstungsbegrenzung festhält, wird Amerika gezwungen sein, die Zahl seiner großen Kriegsschiffe und einiger neugebauter 10 000-Tonnen-Kreuzer zu vermindern. Eine gründliche Untersuchung ergibt eine gewisse Ähnlichkeit zwischen der britischen und japanischen Idee der Verringerung der Größe von Kriegsschiffen, Mutterschiffen und großen Kreuzern. Werden die amerikanischen Admiräle bei der geringen Anzahl ihrer Flottenstützpunkte solche Schiffe aufzugeben bereit sein und die Wehrkraft der amerikanischen Flotte heruntersetzen?“

In diesem Zusammenhang wird es nützlich sein, den japanischen Vorschlag zu überdenken, welcher sich dem amerikanischen Programm von großen Kampfschiffen, großen Mutterschiffen und großen Kreuzern widersetzt. Gleichzeitig schlägt Japan eine wirkliche Veränderung der oberen Tonnengrenze für die Flotten der drei gleichberechtigten Mächte vor. Weiterhin wünschen die Japaner, daß jeder Nation der Bau von Kriegsschiffen erlaubt sein solle, daß die Schiffe der Verteidigungsmöglichkeit eines Landes jeweils angepaßt sein und innerhalb der dem Lande zugewilligten Höchsttonnage bleiben müßten.



Viele lehnen sich dagegen auf, daß Japan, nachdem es dem Verhältnis 5:5:3 bei der Washingtoner Konferenz zugestimmt hat, jetzt Gleichberechtigung fordert. Sie vergessen, daß sich Japan bei der Konferenz zu Washington dem zugeteilten Verhältnis unterwerfen mußte. Und das Japan von 1935 ist nicht das von 1920. Japan ist stärker geworden und befindet sich jetzt in einer günstigeren Lage als im Jahre 1920, da es plötzlich dem anglo-amerikanisch-chinesischen Zusammengehen und der Kündigung des anglo-japanischen Bündnisses gegenüberstand. Durch die Gründung von Mandschukuo hat Japan die volle Verantwortung für die Verteidigungsangelegenheiten dieses Landes übernommen. Auch das Wiedererscheinen der russischen Flotte im Pazifik hat eine neue Lage geschaffen. Japan ist gleichzeitig in bezug auf seine strategische Lage und die Beschaffung von Rohmaterialien für die Rüstungsindustrie besser gestellt als im Jahre 1920. Heute fühlt sich Japan stark genug, eine asiatische Monroe-Doktrin als feststehende Tatsache zu verkünden.

Die weltpolitischen Tatsachen im Pazifik sind weder für ein englisch-amerikanisches „all round understanding“ (was einem englisch-amerikanischen Bündnis gleichkommt), noch für eine erzwungene Isolierung Japans in der Weltpolitik günstig. Die japanischen Staatsmänner fördern eine Isolierung in der Weltpolitik sicherlich nicht. Sie versuchen im Gegenteil nach Möglichkeit, ihre Lage in der internationalen Politik zu verstärken. Die Lage im Pazifik ist heute, soweit Japan in Betracht kommt, ähnlich wie seinerzeit nach dem japanischen Sieg über China im ersten chinesisch-japanischen Krieg vor ungefähr 40 Jahren. Als sich China beim ersten Vertrag von Schimonoseki bereit erklärte, die Halbinsel Liau-tung abzutreten, gingen Rußland, Deutschland und Frankreich gemeinsam gegen Japan zugunsten Chinas vor. Daraufhin erklärte sich Japan bereit, Liau-tung wieder an China zurückzugeben, um die Isolierung in der Weltpolitik und eine Niederlage in einem Krieg gegen vier Mächte zu vermeiden. Heute hat Japan tatsächlich das Protektorat über die Mandschurei übernommen; Rußland, England und die Vereinigten Staaten sind beunruhigt über die Verstärkung japanischer Macht durch diese Ausbreitungspolitik. Aber heute sind weder die Vereinigten Staaten, noch England, noch Rußland bereit, eine gemeinsame Front zu bilden und — wenn notwendig durch einen Krieg — das Kaiserreich der aufgehenden Sonne zu bezwingen, weil das Japan von 1935 nicht das von 1895 ist und außerdem die weltpolitische Lage Japans nicht so ungünstig ist, wie ein schlecht Unter richteter denken könnte. Das steht bei Japans Weltpolitik fest: falls Japan wirklich durch ein Zusammengehen der Vereinigten Staaten, Englands, Rußlands, Chinas, Frankreichs und Italiens vor der Isolierung steht, wird es wahrscheinlich gewisse Konzessionen machen, genau wie 1895, um einen Krieg zu vermeiden. Die japanischen Staatsmänner befürchten jedoch nach der jüngsten Entwicklung im Pazifik nicht, daß ihr Land wirklich isoliert wird. Aber gleichzeitig fördern sie keinerlei Feindseligkeiten gegen irgendeine Großmacht. Besonders nicht gegen die Vereinigten



Staaten, England und Rußland. Dies erhellt aus der Tatsache, daß sie einen Nicht-angriffspakt mit Amerika und auch einen Dreimächte-Sicherheitspakt zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan unterzeichnen wollen. Sie sind gewillt, alle akuten Schwierigkeiten mit Rußland zu bereinigen und zu einer Verständigung mit der Sowjetrepublik auf der Basis gemeinsamer Sicherheit zu kommen.

Die wirkliche Lage im Pazifik ist nicht so dunkel. Wenn die amerikanischen Staatsmänner nicht den Engländern in die Hände spielen, die sich über ein Steigern des amerikanisch-japanischen Konfliktes freuen würden, und wenn die Vereinigten Staaten nicht durch die angeblich so großen Vorteile einer anglo-amerikanischen Zusammenarbeit gegen Japan sich weigern, ihre gegenwärtige Haltung Japan gegenüber freundlicher zu gestalten, werden die freundlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, wie sie früher zwischen den beiden Ländern während der Amtszeit des verstorbenen Präsidenten Th. Roosevelt bestanden, wieder aufleben. Es ist viel über die Notwendigkeit einer anglo-amerikanischen Zusammenarbeit gegen Japan zur Sicherheit des Weltfriedens geschrieben worden. Es ist jedoch meine feste Überzeugung, daß, ebenso wie im Jahre 1905 die englisch-französische Entente die damals bestehenden Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland nicht beseitigte, sondern vergrößerte und den Weltkrieg unvermeidlich machte, ein englisch-amerikanisches Zusammengehen gegen Japan den Frieden im Pazifik nicht sichern würde, sondern eher den Anlaß zu einem Konflikt im Pazifik und zu großen weltpolitischen Veränderungen werden könnte. Ein solcher Konflikt wird weder den Vereinigten Staaten noch Japan von Nutzen sein. Der zukünftige Frieden im Pazifik hängt von der Lösung bedeutender Schwierigkeiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ab, welche durch Unterhandlungen, die alle weitblickenden Staatsmänner der Vereinigten Staaten und Japans wünschen, erreicht werden kann. Eine solche Lösung ist die Unterlage für eine wirkliche Abrüstung und ein Faktor für den Weltfrieden.

### R. S.:

## Mandschukuo im Umbau

### Eindrücke von einer Reise

Tokio, in den ersten Tagen des Jahres 1935.

Seit Beginn der modernen Geschichte Japans, also seit 1868, ist die japanische Außenpolitik auf folgendes Generalziel ausgerichtet: Ausdehnung des zu engen Lebensraumes auf den asiatischen Kontinent. Formosa, Südsachalin waren Vorbereitungen, Korea, Kwangtung-Halbinsel ein erstes Fußfassen, Mandschukuo aber ist der Sprung auf das Festland selbst. Jede dieser Ausdehnungen hatte nicht bloß strategische Bedeutung. Japan ging immer dazu über, die erworbenen Gebiete mit neuem wirtschaftlichen und politischen Inhalte zu füllen, der einer höheren Ent-



wicklungsstufe entsprach als die vorher erreichte. Die Notwendigkeit einer solchen wirtschaftlichen und politischen Neugestaltung ist in Mandschukuo noch größer als bei den früheren Ausdehnungen. Der wirtschaftliche und politische Charakter des südlichen, ganz besonders des nördlichen Nachbarn zwingen, abgesehen von den stark empfundenen Notwendigkeiten Japans selbst, zu einer solchen positiven Ausfüllung dieses Landes. Mandschukuo nur als administrativ angegliedertes Gebiet oder großes Heerlager wäre für Japan auf die Dauer untragbar. Der geographisch abgegründete Charakter des neuen Staates, d. h. der früheren Mandchurei plus Jehol und die strategische Abgeschlossenheit von den beiden Nachbarn, geben günstige Voraussetzungen für eine solche wirtschaftliche und politische Zielsetzung.

Seit drei Jahren ist dieser Prozeß der Umgestaltung im Gange. Über die Fortschritte dieser Arbeit ist fast ebensoviel Propaganda verspritzt worden wie über den Akt der Schaffung Mandschukuos. Besonders Eifrige glaubten schon nach dieser kurzen Zeit von „unerhörten Fortschritten“ sprechen zu können. Ebenso fleißige Gegner konstatierten nichts als bloßen Niedergang oder die Entstehung eines riesenhaften Heerlagers. Der persönliche Eindruck einer Reise durch Mandschukuo wird beide Behauptungen korrigieren. Darüber hinaus aber gibt die Fühlungnahme mit Land und Leuten die Möglichkeit, die Grundprobleme zu erkennen, deren Lösung oder Vernachlässigung erhebliche Bedeutung für den Ausgang des großen japanischen Experimentes haben muß; ein Experiment, das Japan zur vorherrschenden asiatischen Insel-, aber auch Kontinentalmacht zugleich machen soll.

#### Mandschukuo im wirtschaftlichen Umbau

Die wirtschaftliche Entwicklung der Mandchurei war schon vor der Loslösung vom chinesischen Reiche erheblich durch Japan beeinflusst. In dem neuen Staate, dessen Kernstück die frühere Mandchurei bildet, ist diese Entwicklung fast ausschließlich durch Japan bestimmt und auf Japan zugeschnitten. Schon vor der Schaffung Mandschukuos waren über 70% aller ausländischen Kapitalanlagen in der Mandchurei in japanischen Händen. Im Außenhandel standen Japan und Korea mit 50 bis 60% an erster Stelle. Das japanische Wirtschaftsziel ist auf weitere kräftige Entfaltung des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern gerichtet, begleitet von zunehmendem Kapitalexport aus Japan. Diese Steigerung des Waren- und Kapitalexportes ist hauptsächlich auf die Entwicklung des Transportnetzes und Erschließung der für Japan wirtschaftlich-strategischen wichtigsten Rohstoffe eingestellt. Als Siedlungsland für die japanische Überbevölkerung hat es vorläufig wenigstens noch keine große Bedeutung.

Hier aber taucht das erste große Wirtschaftsproblem für Mandschukuo auf. Soll die Durchsetzung der obengenannten Wirtschaftsziele den großen japanischen Finanzgruppen mit ihren Privatinteressen überlassen werden, oder sollen diese nur so weit herangezogen werden, als sie einer staatskapitalistischen oder staatssozial-



stischen planmäßigen Entwicklung mit rationeller Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern nicht entgegenstehen. Dieser wichtige, zwar noch theoretische Gegensatz der japanischen Innenpolitik ist zu einem ernstesten praktischen Wirtschaftsproblem in Mandschukuo geworden.

Worum es dabei geht, das deutet eine im Oktober erschienene Broschüre des japanischen Kriegsministeriums zu den Fragen der Landesverteidigung an. Dort heißt es: „Der heutige ökonomische Organismus hat sich auf der Grundlage des Individualismus entwickelt ..., der von einer Minderheit angehäuften Reichtum ruft Elend der Massen, Hunger, Ruin der Kleinindustrie und der Landwirtschaft hervor; er beunruhigt das Leben der Nation.“ Oder noch deutlicher an einer anderen Stelle: „... es ist notwendig, daß die Auffassung von einer individualistischen und egoistischen Wirtschaft aufgegeben wird, die Anschauung eines ökonomischen Kollektivismus anerkannt wird...“ Wohl verstanden, diese Schrift ist vom Kriegsministerium herausgegeben worden, nicht von einzelnen Gruppen oder Personen.

Bis heute ist dieser Streit um die Vorherrschaft in Mandschukuo nur formell zugunsten des Militärs, nicht schon faktisch entschieden, was erhebliche Reibungen und Hemmungen für die wirtschaftliche Entwicklung hervorruft. Die Schwierigkeiten bereitende militärische Befriedung des Landes hat natürlich nicht sehr viel Zeit für die Durchführung der geplanten großzügigen Erschließung der für Japan so wichtigen mandschurischen Rohstoffe gelassen. Doch darüber hinaus haben gerade die erwähnten Meinungsverschiedenheiten ebenfalls sehr hemmend eingewirkt. Die Erschließung neuer Kohlengruben, neuer Eisenvorkommen, zentralisierte Bearbeitung der Goldvorkommen, systematischer Übergang zu Baumwollanpflanzungen und andere Pläne mehr sind bisher meistens auf dem Papiere stehengeblieben. Selbst die Nachforschung nach Petroleum in Jehol ist nicht voran gekommen, und die Ausnutzung der natürlichen Rohstoffe zur Aluminiumherstellung ist bis heute ein Fiasko geblieben. Die Sojabohnengewinnung macht sogar eine schwere Krise durch. Es mag kein Zufall sein, daß der Export aus Mandschukuo 1934 gefallen ist, sogar der Export nach Japan.

Dies schließt natürlich nicht aus, daß andere wichtige Unternehmungen in Gang gekommen sind. Von privatwirtschaftlicher Seite sind Ölmühlen, Zementfabriken, Sodawerke gebaut worden. Die halbstaatliche südmandschurische Eisenbahn hat ihr Bahnnetz und eine Reihe von Nebenbetrieben wie Eisenwerke vergrößert. Das japanische Privatkapital ist aber überwiegend andere Wege gegangen. Es hat sich mehr an die Stelle des früheren chinesischen und russischen Privatkapitals gesetzt. Vom Hotel bis zur Bierbrauerei, vom Kramladen in Hsinking bis zum Sojabohnengroßhandel hat japanisches Kapital das chinesische verdrängt. Dieser Prozeß der „Japanisierung“ des Vorhandenen ist noch nicht abgeschlossen. In der letzten Zeit ist aber eine bemerkenswerte Verlangsamung eingetreten.

Hier deutet sich das zweite wichtige Problem des wirtschaftlichen Umbaus

Mandschukuos an: die Frage nach der volkswirtschaftlichen Rentabilität der von Japan dort angelegten Kapitalien. Drei Jahre Mandschukuo haben dem japanischen Staate, abgesehen von den früher schon aufgewandten Summen, mehr als 300 Millionen für die militärische und politische Umgestaltung gekostet. Dazu kommen Millionenausgaben für den luxuriösen Ausbau der neuen Hauptstadt Hsinking, die kaum rentabel werden dürften. In allergroßzügigster Weise hat die halbstaatliche südmandschurische Eisenbahn das Bahnnetz erweitert, alte Bahnen erneuert und Schulden gestrichen. Im letzten Jahre sind allein dafür fast 400 Millionen angelegt worden. In direkter Verbindung führen jetzt Züge von Seishin in Korea über Tun-hua-Harbin bis hoch nach Norden dicht an den Amurfluß heran. Der größte Teil dieser Strecke ist erst seit 1931 gebaut oder fertiggestellt worden. Eine neue Bahn führt von Tumen an der koreanisch-mandschurischen Grenze nach Norden direkt bis zur nordmandschurischen Eisenbahn. Nach Jehol und Richtung Mongolei stoßen ebenfalls neue Linien vor. Und immer weiter geht der Ausbau des Bahnnetzes. In derselben großzügigsten Weise sind in Nordkorea die beiden wunderbaren Häfen Seishin und Rashin ausgebaut worden. Rashin zum modernen riesenhaften Kriegshafen, Seishin als Handelshafen, der als zweites Dairen gedacht ist. Wirtschaftlich sind alle diese ausgeführten Anlagen unrentabel; sie müssen es wohl auch noch lange bleiben. Der wirtschaftlich produktive Verkehr ist gering, zeigt nicht mal aufsteigende Tendenzen. In Seishin sieht man heute täglich vielleicht ein Schiff etwas einsam und verlassen an den Riesenschuppen des neuen Hafens liegen. Und selbst dieses eine Schiff hat meistens militärische Ladungen. Bald wird Erwerb und Reorganisation der nordmandschurischen Eisenbahn, um die seit Jahren gehandelt wird, neue Belastungen für die bisher so gut gehende südmandschurische Eisenbahn und damit für den japanischen Staat und Großfinanzunternehmen bringen. So großzügig auch all die Anlagen sind, immer häufiger wird die Frage gestellt: kann sich der in einer erheblichen Finanzkrise steckende japanische Staat solche Kühnheit im Ausgeben noch lange weiter leisten? Schon beginnen gewisse japanische Finanzkreise etwas nervös zu werden. Vom reinen strategischen Gesichtspunkte sind all diese Ausgaben selbstverständlich. Doch der Schaffung Mandschukuos liegen ja auch erhebliche wirtschaftliche Forderungen und Absichten zugrunde.

Damit kommen wir an das Kernproblem des wirtschaftlichen Umbaus Mandschukuos. Die bisherige wirtschaftliche Energieentfaltung und Konjunktur war überwiegend durch militärische und administrative Notwendigkeiten bedingt. Die Agrarwirtschaft aber, von der 80 bis 85% der Dreißig-Millionen-Bevölkerung lebt, ist in den bisherigen Aufstieg nicht mit hineingezogen worden.

Wohl bekommt der mandschurische Bauer, wenn er seine Sojabohnen absetzt, heute wertbeständiges Geld, nicht mehr wertlose Papierfetzen wie unter Chang hsue liang. Doch der Weltmarkt für Bohnen ist erheblich eingeschrumpft, die Preise noch stärker gefallen. Dagegen sind die Bedarfsartikel der Bauern, Salz, Werkzeuge,



Stoffe teilweise sogar teurer geworden. Die erstaunliche Leistung Japans, in kurzer Zeit eine grundlegende Geldreform durchgeführt zu haben, hat unter diesen Umständen für die Bauern schwere deflationistische Wirkung mit sich gebracht. Nach japanischen Angaben hatte der mandschurische Bauer selbst bei normaler Bohnenernte und ausreichendem Absatz jährlich nur 72 Yen Geldeinnahmen. Heute soll sich dies Einkommen teilweise um 30 bis 50% vermindert haben. Die neue Ernte ist nach amtlichen Angaben durchschnittlich um 20 bis 25% geringer. Viele Landstriche weisen noch niedrigere Zahlen auf. Die Anbaufläche ist zurückgegangen und schon tauchen hin und wieder die verdächtigen Mohnfelder auf. An Stelle Chang hsue liangs, der früher der Monopolist der Sojabohnenernte war, sind heute die großen japanischen Finanzgruppen getreten. Möglicherweise gerechtere Herren, aber auf keinen Fall mildere. Zu diesen harten Tatsachen kommen die ständig wiederkehrenden Überschwemmungen wichtiger Agrargebiete und die militärischen Aktionen gegen die Truppenreste der früheren chinesischen Generale und gegen die Banditen. Doch gerade die jetzige landwirtschaftliche Krise ist es, die dem Banditentume immer neue Kräfte aus der Bauernschaft zuführt und ihm teilweise einen anderen, bedeutsameren Charakter gibt. Es ist auch selbstverständlich, daß unter solchen Agrarverhältnissen an eine großzügige Ansiedlung japanischer Bauernmassen, selbst wenn sie aus dem Norden kämen, kaum zu denken ist. Bisher sind alle dahingehenden Versuche gescheitert.

In der Tatsache, daß sich in wichtigen Gebieten der Mandschurei die Lage der Bauernschaft nicht verbessert, teilweise sogar verschlechtert hat, liegen alle wirtschaftlichen Probleme und eine Reihe politischer des neuen Staates eingeschlossen. Und je schneller dieses Kernproblem gelöst wird, desto besser für Japan, für Mandschukuo und für die nach zunehmendem Handel mit diesem neuen Staate strebenden fremden Mächte.

Zwar haben eine Reihe von Ländern ihren Export nach Mandschukuo im Jahre 1934 steigern können. Deutschland um rund 900000 Yen, Amerika sogar um 9 Millionen, England um 5 Millionen (Januar bis Juli 1934). Japan allerdings steigerte seinen Export nach Mandschukuo um rund 49 Millionen in derselben Zeit. Doch diese Steigerung dürfte nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben, wenn nicht ein breiter Aufstieg der mandschurischen Landwirtschaft großzügige Möglichkeiten eines Massenabsatzes schafft, der auch durch weitere Entwicklung der japanischen Industrie allein von dieser nicht gedeckt werden kann. Heute führt Mandschukuo nur solche Waren ein, die Japan nicht liefern kann. Die Anzahl dieser Waren wird aber immer kleiner, selbst bei Anhalten der stark militärisch bedingten Exportkonjunktur. Es dürfte einleuchten, daß die zunehmenden Auslagen Japans für den neuen Staat den Druck der japanischen Privatwirtschaft bei der Vergebung von Aufträgen sehr verstärken müssen. Dazu kommt noch die Billigkeit der japanischen Waren und des japanischen Kapitals im Vergleich zum ausländi-

schen. Sehr offen wird bei Unterhaltungen mit offiziellen Persönlichkeiten auf diese Tatsache hingewiesen. Es müßten schon erhebliche politische Vorteile von anderer Seite angeboten werden, bevor Japan auf die Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Sonderstellung in Mandschukuo verzichten würde. England allein dürfte das Land sein, das hier besondere Berücksichtigung finden könnte und vielleicht schon gefunden hat. Doch größere Hoffnungen auf einen sich ständig erweiternden Absatz darf sich das Ausland nur dann machen, wenn die Agrarkrise in Mandschukuo überwunden ist und die 30 Millionen Menschen ihre Kaufkraft entschieden gesteigert haben.

Gerade an diesem Punkte könnte Deutschland zum Vorteile der Beteiligten Erhebliches leisten. Der Zusammenhang zwischen der Agrarkrise und dem fallenden Sojabohnenexport ist so einleuchtend, daß über kurz oder lang die verantwortlichen japanischen und Mandschukuokreise den von Deutschland gemachten häufigen Vorschlägen nicht mehr ausweichen können. Deutschland sollte mit allen Mitteln diese Zusammenhänge klarlegen. Es könnte sonst durchaus die Zeit kommen, wo für Deutschland das Problem eines Ausgleiches der deutsch-mandschukuoischen Handelsbilanz nicht mehr so wichtig ist; für die Sojabohnen aber der bedeutendste europäische Absatzmarkt endgültig verlorengegangen ist.

## II. Politische Probleme des neuen Staates

Die oben behandelten wirtschaftlichen Fragen Mandschukuos weisen deutlich auf eine Reihe mit ihnen verbundener politischer Probleme hin.

Der von Japan in den neuen Staat hineingetragene Meinungsstreit um privatwirtschaftliche oder staatlich kontrollierte planwirtschaftliche Entwicklung ist, ins Politische übersetzt, die Frage: Welche japanischen Kräfte, welche politischen Richtungen sollen verantwortlich für den Aufbau des neuen Staates sein. Entsprechend den inneren Gegensätzen in Japan selbst, stehen sich hier das Militär mit seinem nationalistisch-faschistischen zivilen Anhang und die großen Finanztrusts mit ihren verschiedenen Organen und Anhängern gegenüber. Gerade in diesen Tagen sind wichtige Entscheidungen gefallen, die dem Militär die Vormachtstellung auch formell gegeben haben. Selbst nach Abschluß der akuten militärischen Aktionen behält das Militär weiter das erste Wort in der Gesamtentwicklung Mandschukuos. Der Oberkommandierende der Armee in der Mandschurei ist zum höchsten Zivil- und Militärbeamten Japans im neuen Staate gemacht worden, das heißt praktisch zur höchsten ausübenden Gewalt. Seine Verantwortlichkeit der Tokioer Regierung gegenüber ist auf eine tatsächliche Verantwortlichkeit dem Kriegsminister gegenüber reduziert worden. Nur der japanische Außenminister kann ihm als einziger ziviler Minister, soweit es sich um außenpolitische Fragen Mandschukuos handelt, Anweisungen geben. Wie weit sich dieser Grundsatz aber durchführen läßt bei der starken außenpolitischen Aktivität des japanischen Militärs, dürfte nur von der



jeweiligen Persönlichkeit des Außenministers abhängen. Alle anderen Ministerien sind von der Beeinflussung der Entwicklung Mandschukuos ausgeschaltet worden.

Abgesehen von der großen Bedeutung dieser Beschlüsse für die innenpolitische Entwicklung in Japan, verstärken sie eine Reihe von schon vorhandenen Tendenzen in der Verwaltung und Politik Mandschukuos. Es muß mit einer verstärkten Einstellung aller privater und staatlicher Aktivität auf militär-politische Gesichtspunkte gerechnet werden. In dieser Beziehung dürfte auch nicht vor der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft haltgemacht werden, dem Bollwerk der großen Finanzinteressen<sup>1)</sup>. Mit der Reorganisation dieser Gesellschaft will das Militär auch einen wichtigen Stützpunkt der Parteien, die ihre finanzielle Kraft teilweise aus dieser Gesellschaft gezogen haben, treffen. Mit dem gestiegenen Einfluß des Militärs in Mandschukuo ist auch jeglicher Gedanke an provinzielle oder lokale Selbstverwaltung in Mandschukuo beseitigt. Für absehbare Zeit sind dahingehende Hoffnungen gewisser chinesischer Kreise begraben. Sicher ist auch, daß der Kampf gegen jegliche Oppositionsbewegung mit bisheriger Schärfe weitergeführt werden soll. Dabei wird das Militär auch nicht vor Opposition einzelner japanischer Kreise haltmachen. Der Versuch der zivilen Kwangtung-Polizei, sich der Kontrolle des Militärs zu entziehen, ist, wie bekannt, Ende dieses Jahres gründlichst gescheitert. Wie weit das Militär in der Lage ist, aus rein militärischen Gründen des Kampfes gegen die Banditen die häufig betonte Bauernfreundlichkeit in die Tat umzusetzen, muß die Zukunft lehren.

Hiermit stoßen wir auf das zweite große politische Problem: die weitere Entwicklung der Beziehungen der breiten mandschurischen Bevölkerung zur formellen und faktischen Regierungsgewalt; das heißt zu dem kleinen Kreis von Mandschukuo-Beamten und zu den Japanern. Das sogenannte Banditenwesen, das gerade heute spezifische Züge gegenüber dem Banditenunwesen zur Zeit Chang hsue lins (der Vater des verjagten Changs) entwickelt, muß als Ausdruck eines recht unbefriedigenden Verhältnisses angesehen werden. Besonders deutlich ist dies in Südost- und Ostmandschukuo. Hier ist die Verbindung des Banditentumes mit der Agrarkrise deutlicher, und auch eine antijapanische Einstellung scheint allgemeiner zu sein. Hier spielt das koreanische Element eine große Rolle, das nach den Unruhen von 1919 in Korea in die Mandschurei ausgewandert oder geflüchtet war. Die weitere Gestaltung der Agrarverhältnisse, das heißt Aufstieg oder Niedergang der Landwirtschaft, wird im wesentlichen entscheiden, ob diese Gegensätze zu einer ernststen Politisierung der teilweise gut bewaffneten Opposition führen oder ob Befriedung und Annäherung möglich sein wird. In den Städten aber, in denen sich die Agrarkrise natürlich ebenfalls auswirkt, wird bei der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zur Regierung die Art und Weise eine große Rolle spielen, wie die

1) Vgl. den Aufsatz Warneck: *Die südmandschurische Eisenbahngesellschaft in der jüngsten Entwicklung der Mandschurei*. *Ztschr. f. Geopolitik* XII/1935, Heft 1, Seite 29 ff. *Die Schriftl.*

„Japanisierung“ der kleinen und mittleren Wirtschaftsbetriebe durchgeführt wird. Geschieht diese rücksichtslos auf Kosten der chinesischen Unternehmer und Händler, dann kann die sich entwickelnde städtische Opposition leicht in Verbindung mit der bewaffneten ländlichen Bewegung treten. Auf jeden Fall ist die Frage nach dem Verhältnis der mandschurischen Bevölkerung zum neuen Staate noch nicht eindeutig positiv zu beantworten; noch ist es recht labil. Hier wird zum ersten Male das japanische Militär zu zeigen haben, ob es unter voller Verantwortung neue Verhältnisse auf neuen Wegen schaffen kann. Dann wird es sich auch entscheiden, ob die dünne Schicht der Gebildeten, die heute mit Japan zusammen arbeiten, zuverlässige Mitarbeiter werden. Nationalistische und kommunistische Propaganda werden die Schwierigkeiten bei der Lösung dieses Problems noch erhöhen.

Je labiler das Verhältnis zwischen Bevölkerung und neuem Staate wird, desto stärker wird sich die Tendenz durchsetzen, alle irgendwie mit Verantwortung verbundenen Posten mit Japanern zu besetzen. Es besteht also durchaus die Gefahr, daß sich die bisherige japanische Führung und Anleitung in eine kolonialmäßige Regierung und Verwaltung umwandelt.

Das wichtigste außenpolitische Problem des neuen Staates ist seine Beziehung zur SSSR., in zweiter Linie zu China und in dritter Linie zu den anderen Mächten. Doch selbst persönliche Eindrücke, in Mandschukuo gesammelt, genügen nicht, die von Tokio aus empfundene Unsicherheit bei der Beurteilung der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zur SSSR. zu beseitigen. Nur zwei Eindrücke drängen sich an Ort und Stelle unmittelbar auf: 1. daß der Verkauf der Sowjeteisenbahn noch längst keine Lösung der Spannung zwischen den beiden Nachbarn bringen wird, und 2. daß die geographischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Mandchukuos sich eindeutig gegen eine katastrophale Wendung durchsetzen müßten, wenn auf beiden Seiten die Köpfe kühl und logisch bleiben. Von großer Bedeutung für die weitere Beziehung zur SSSR., aber auch zu China, wird die Entwicklung der mandschurischen Agrarwirtschaft, und damit auch das Verhältnis der Bevölkerung zur mandschurischen Regierung sein. Es ist eindeutig, daß ein wirtschaftlicher Niedergang und damit ein Anwachsen der antijapanischen und anti-mandschurischen Stimmung unter der Bevölkerung sich recht ungünstig auf die außenpolitischen Beziehungen des neuen Staates zu den beiden Nachbarn auswirken muß. Die Wahrscheinlichkeit gesteigerter Wirkung der nationalistischen chinesischen und besonders der kommunistischen Propaganda wird in einem solchen Falle als ernste akute Gefahr empfunden werden. Bei persönlicher Fühlungnahme mit japanischen Beamten und Offizieren in Mandschukuo tritt die gesteigerte Empfindlichkeit für solche Einflüsse sehr deutlich hervor. Hier liegen politische Gefahrenquellen von schwer zu übersehender Größe, wobei die Gefahr der kommunistischen Beeinflussung der Freischärler und unzufriedenen Bauern größer als die der nationalistischen Propaganda koreanischer und chinesischer Elemente einge-



schätzt wird. Hier wird Rußland nicht bloß zum geographischen Feind, wie in früheren Zeiten, sondern auch gleichzeitig zum Systemfeind Japan-Mandschukuos. In der schon erwähnten Broschüre des Kriegsministeriums sind gerade in dieser Beziehung einige recht klare Formulierungen gebraucht: „Rußland hat nur deshalb die starke Armee, um die Weltrevolution durchzuführen. Weil diese Rüstungen gegen Japan gerichtet sind, müssen wir stark genug sein, um dem Bolschewismus entgegenzutreten. Die aktive Gegenwirkung muß einsetzen, wenn die passiven Mittel versagen. Das heißt, es bleibt dann nur der Krieg . . .“

Allerdings: positive wirtschaftliche Entwicklungen und Aufstieg könnten die oben-erwähnten Gefahren wesentlich einschränken. China gegenüber könnte sogar der Spieß umgedreht werden. Die propagandistische Wirkung eines wachsenden Wohlstandes der mandchurischen Bauern auf den chinesischen in China braucht nicht unterschätzt zu werden. Dann ließe sich der Traum mancher Japaner, aber auch Chinesen nach Erweiterung des neuen Staates in der Richtung Peiping leichter verwirklichen. Die Beziehungen Mandschukuos zur Mongolei sind noch völlig im Werden. Daß in der Richtung einer engen, eventuell engsten Beziehung gearbeitet wird, dürfte sicher sein<sup>1)</sup>.

Die politischen Beziehungen Mandschukuos zu den fremden Mächten hängen natürlich stark davon ab, welchen Anteil diese an dem Waren- und Kapitalexport nach Mandschukuo erhalten werden. Bedeutender wirtschaftlicher Aufstieg wird die fremden Mächte erheblich weicher in dieser Beziehung machen. Doch muß betont werden, daß die Frage der Anerkennung Mandschukuos heute schon einen Teil ihrer Zugkraft verloren hat. Man gewinnt den Eindruck, daß wenigstens das Militär nicht mehr sehr an einer solchen Anerkennung durch die anderen Staaten interessiert ist.

Japan hat seine seit Jahrzehnten vorbereitete Ausdehnung des zu engen Lebensraumes durchgeführt. Es gibt keine fremde Macht, die diese Tatsache rückgängig machen könnte. Japan hat also Zeit, das neue Gebiet wirtschaftlich und politisch auszufüllen. Es hat eine selten große Chance! Es ist in der Lage, auf einem verhältnismäßig unverdorbenem Boden wirtschaftliche Gesichtspunkte praktisch durchzuführen, die unseren Gedankengängen über Ziel und Zweck einer Volkswirtschaft sehr nahestehen und die in dem echt japanischen Begriff „Kodo“ enthalten sind. Es ist auch in der Lage, nach seinen zahlreichen Erklärungen und Versicherungen einen politischen Zustand in Mandschukuo zu schaffen, der nichts mit der durch den Westen gehandhabten kolonialen Niederhaltung zu tun haben soll. Und wenn diese etwas überschwengliche Zielsetzung reduziert werden würde auf die einfache Formel, daß ein Gebiet entwickelt werden soll, wo Millionen von Menschen von wirtschaftlicher Not befreit sein wollen — dann ist dies schon ein Mandschukuo wert.

1) Vgl. den folgenden Aufsatz Warneck: *Die Mongolei und ihre gegenwärtige Neugestaltung in diesem Heft.*

**SIEGFRIED WARNECK:****Die Mongolei und ihre gegenwärtige Neugestaltung**

Harbin, im Oktober 1934.

Geopolitisch betrachtet besteht der fernöstliche Teil des asiatischen Kontinents aus zwei, im Laufe vieler Jahrhunderte einander feindlich gegenüberstehenden Räumen — dem chinesischen Kulturraum von Tibet bis an die Küste des Stillen Ozeans im Süden und dem der Mittel- und Ostasiatischen Nomaden- und Jägervölker nördlich davon. Die Trennungslinie dieser fast in allem, Klima, Rasse der Bevölkerung, Kultur usw. so verschiedenen Räume hat schon sehr früh, im 3. Jahrhundert v. Chr., durch die Vollendung der chinesischen Großen Mauer (213 v. Chr.) ihren sichtbaren Ausdruck gefunden. Der Schwerpunkt der außenpolitischen Geschichte Chinas seit jener Zeit bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts lag in dem beinahe ununterbrochenen Kampf, welchen die Chinesen als Träger der einzigen dauerhaften selbständigen Kultur im Fernen Osten gegen die Nomaden des nördlichen Raumes vom Tarimbecken und der Dsungarei im Westen bis zur Mandschurei im Osten mit wechselhaftem Erfolg zu bestehen hatten. Gleich den Wogen des Meeres erhoben sich bis dahin unbekannte Stämme in der dunklen Tiefe der Steppen Asiens und zogen brausend und waffenklirrend in eiligem Marsch gegen die Grenzen des gelobten Landes der Mitte, um in andauernden Kämpfen ihren Anspruch auf Herrschaft und Beute geltend zu machen, genau wie einst die alten Germanen ihre Feldzüge gegen Rom unternahmen. Einzelne dieser Völker, so die Hsiung-nu (3. Jahrh. v. Chr. bis zu Beginn unserer Zeitrechnung), die Toba (4. bis 6. Jahrh. n. Chr.), die Kidan (Liao-Dynastie 907—1125), die Niudschen (Djin-Dynastie 1125—1234) gründeten mächtige Reiche, von denen manche neben dem heimatlichen Norden zeitweilig ganz Nordchina bis zum Yangtsetal beherrschten. Arm an Kultur, ohne historische Überlieferung und zahlenmäßig unterlegen, konnten diese Eroberervölker ihre russische Eigenart auf chinesischem Boden nicht erhalten; das besiegte Kulturland rächte sich an den Söhnen der Wildnis, indem es ihnen ihren kriegerischen Geist nahm und auf diesem Wege ihren Fall, sei es direkt oder indirekt, herbeiführte. Die staatlichen Gebilde der nördlichen Völker verschwanden mit derselben Leichtigkeit, wie sie entstanden waren.

Der soeben geschilderte Prozeß hat sich auch, allerdings in verschiedenem Maße, an den Mongolen und den Mandschus, den beiden letzten Eroberervölkern, die der nördliche Raum hervorgebracht hat, vollzogen. Während jedoch die Mandschus auch in ihrer Heimat beinahe restlos im chinesischen Ganzen aufgegangen sind<sup>1)</sup>, haben die wenig assimilierungsfähigen Mongolen sich in ihren heimischen Steppen in

1) Das neueste, 1934 von der Ostchinesischen Bahn herausgegebene Werk über die Mandschurei schätzt die Zahl der Mandschus, welche ihre Sprache noch sprechen oder wenigstens verstehen, auf höchstens 40—50 000.



großer Zahl und in klar ausgeprägter kultureller Eigenart erhalten<sup>1)</sup>. Im 13. Jahrhundert unter Tschinggis Chan und seinen unmittelbaren Nachfolgern die Beherrscher des größten Reiches der Weltgeschichte, haben sie seitdem keine weltpolitisch so bedeutende Rolle mehr gespielt; erst die jüngste politische Entwicklung scheint auf eine eventuelle Möglichkeit ihres Wiedererscheinens im Vordergrund des historischen Geschehens zu deuten. Wenn auch nur als mehr oder weniger unselbständiger passiver Faktor, werden sie vielleicht wieder zu größerer politischer Bedeutung gelangen. Um den jetzigen Stand der Mongoleifrage richtig zu erfassen, wollen wir uns in aller Kürze mit den historischen Geschicken des mongolischen Volkes vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart beschäftigen.

Der fünfte Großchan des mongolischen Weltreiches, Kublai Chan (gest. 1294), der seine Residenz aus Karakorum nach Khanbalik (das jetzige Peking) verlegt und die mongolische Yuan-Dynastie auf dem Throne Chinas begründet hatte, war der letzte, wenn auch teilweise nur mehr nominelle Beherrscher des gesamten Erbes Tschinggis Chans. Nach seinem Tode ging der Verfall des Reiches schnell vor sich. 1368 bereits mußte Togon-Temur, der letzte Kaiser der Yuan-Dynastie, aus Peking in die mongolische Heimat seiner Ahnen fliehen, die auch fernerhin vom Hause Tschinggis Chans regiert wurde, während der gewesene Mönch Dschu Yuan-Dschang in China die Ming-Dynastie begründete. Die darauffolgenden Jahrzehnte waren Zeugen eines langwierigen mongolisch-chinesischen Krieges und gleichzeitig großer innerer Kämpfe in der Mongolei. Infolge der Wirren teilten sich die mongolischen Stämme in eine östliche und eine westliche (bekannt als Oiraten oder Oleuten) Gruppe. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts entfalteten begabte Oiratenchane eine große Macht und vereinigten das Reich nördlich der Großen Mauer wieder in einer Hand. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts zerfällt das Mongolenreich jedoch bereits von neuem, um in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts zum letztenmal unter dem Tschinggischaniden Dajan Chan (1470—1544) geeinigt zu werden. Vor seinem Tode teilte Dajan Chan das Reich unter seine elf Söhne, von denen die älteren Anteile in der südlichen Mongolei erhielten, während das nördliche, jetzt als „Äußere Mongolei“ bekannte Gebiet der Chalha, dem jüngsten, Geressandsa, zugesprochen wurde. Damit wurde der Anfang für die jetzt bestehende Einteilung der östlichen Mongolei in eine „Äußere“ und eine „Innere“ gelegt. Von diesen Gebieten spielte anfangs die südliche Innere Mongolei die leitende Rolle. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts erfolgte die Einführung des

1) Zuverlässige Angaben über die Zahl der in Zentralasien lebenden Mongolen sind vorläufig noch nicht ermittelt worden. Owen Lattimore schätzt sie auf etwa 3,5 bis 4 Millionen (Äußere Mongolei etwa 1 Million, Innere — etwas unter 1 Million, Jehol — etwa 500 000 und die übrigen Teile Mandschukuo etwa 1 Million). Russische Quellen schätzen die Zahl der Mongolen dagegen auf nur etwas über 2 Millionen Köpfe (darunter: Äußere Mongolei (1921) etwa 542 000, ganz Mandschukuo mit Jehol (1934) etwa 1 Million; der Rest fällt auf den chinesisch gebliebenen Teil Mittelasiens).

Lamaismus, und bald darauf begann im Osten der Aufstieg einer neuen Macht — der der Mandschus — unter Nurchazi.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts hatte sich das Geschlecht der Nachkommen Dajan Chans und der übrigen Tschinggischaniden sehr vermehrt; dementsprechend war auch die Aufteilung der Mongolei in zahlreiche vereinzelter Fürstentümer weit vorgeschritten. Der Siegeszug der Mandschus im Kriege gegen die Mingchinesen in der südlichen Mandschurei hatte bereits begonnen, als Likdan Chan (gest. 1634), der Führer der Tschachar- (Chahar-) Mongolen den Versuch machte, die Südmongolei unter seiner Macht von neuem zu vereinigen. Dieser Umstand, nebst dem, daß Likdan Chan Verbündeter der Ming-Dynastie war, brachte es mit sich, daß viele den Mandschus anfangs feindlich gegenüberstehende Fürsten des östlichen Teiles der Inneren Mongolei in der Zeit nach 1620 (einzelne schon früher), die Oberhoheit des Mandschuherrschers anerkannten und mit ihm Bündnisse abschlossen. 1633 erlitten die Tschachar- und Tumetmongolen<sup>1)</sup> unter Likdan Chan eine entscheidende Niederlage durch die Mandschus und ihre Verbündeten, und bald darauf (1635), bekamen die endgültig unterworfenen Stämme, die Tschachar und Tumet, ihr jetziges Verwaltungssystem — eine beschränkte Selbstverwaltung, ausgeübt durch den einheimischen Adel, bei völliger Beseitigung der Regierungsgewalt der Fürsten. Im Jahre darauf (1636) erhob eine Konferenz der innermongolischen Fürsten in Ulan-Choto (jetzt Tschifeng) den zweiten Herrscher der Mandschus, Abachai, auf den südmongolischen Thron und trug ihm als ihrem Herrscher den Ehrennamen Degedu-Erdemtu (der Hochtugendhafte) an. Seit dieser Zeit standen die Fürsten der Inneren Mongolei in einem Verhältnis der Personalunion zum mandschurischen Kaiserhause, das erst nach der Abdankung des Kaisers Hsüan-Tung (Pu-Yi) am 12. Februar 1912 aufhörte.

Die Äußere Mongolei unterhielt damals zwar auch schon Beziehungen zum Mandschuhof, doch bewahrte sie vorläufig ihre Unabhängigkeit. Ihre Fürsten beteiligten sich 1640 an einem gemeinsamen Fürstentag mit den Vertretern der Oiraten, Tsaidam-<sup>2)</sup> und Wolgamongolen, der Maßnahmen zur inneren Stärkung und Gesundung der Mongolei angesichts der anwachsenden Macht äußerer Feinde beschließen sollte, doch war die Wirkung dieser Konferenz nur eine vorübergehende. Im Westen in der Dsungarei schien unterdessen der kriegerische Geist der Mongolen von neuem erwacht zu sein, dessen Träger dieses Mal die Oiraten waren. Ihr Führer, Galdan, geleitet vom Gedanken, Großchan der Mongolen zu werden und danach die Macht der Mandschus zu brechen, begann einen Eroberungskrieg gegen die Chalchamongolen, denen er 1688 eine furchtbare Niederlage beibrachte. In ihrer Not beschloß der Fürstentag der Äußeren Mongolei auf Rat Undur-

1) Die Tschachamongolen besiedeln den südlichen Teil der jetzigen Provinz Tschachar, die Tumetmongolen den Südosten der Provinz Suiyuan.

2) In der jetzigen Provinz Tjinghai (Kuku-nor).



Geghens, des ersten Khutuchta (Lebenden Buddhas) von Urga, den Mandschukaiser Kang-Hsi (1661—1722) um Hilfe und Beistand zu bitten und ihn zum Großchan zu wählen. Kang-Hsi gab seine Zustimmung und nahm 1691, auf dem Fürstentag zu Dolonnor, in der inneren Mongolei, die neue Würde formell an. Dadurch traten die Chalchamongolen in den mandschurischen Reichsverband, nicht als Besiegte, wie die Chinesen, sondern als gleichberechtigte Verbündete der Mandschus. — Der Kampf gegen die Oiraten, den Kang-Hsi begann, fand erst unter seinem Großsohn Tjiän-Lung (Ch'ien-lung) [1736—1796] im Jahre 1758, als Amursana, der letzte Oiratenherrscher, nach Rußland floh, sein Ende. Seitdem war der ganze mongolische Stamm, die Burjaten in Transbaikalien und die Kalmücken an der Wolga<sup>1)</sup> ausgenommen, den Mandschus untertan. Die Wirren und Kriege in der Mongolei hörten auf. Ein Zustand völliger Ruhe und politischer Tatenlosigkeit trat ein, der erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts gestört wurde.

Die mongolische Politik der Mandschukaiser war, besonders seit der Beseitigung der Oiratengefahr, dahin gerichtet, die mongolischen Fürsten in einem Zustande politischer Ohnmacht und Unterwürfigkeit zu halten, ohne jedoch dabei ihre persönlichen oder nationalen Gefühle zu verletzen. Die Selbständigkeit der Fürsten in inneren Angelegenheiten ihrer Fürstentümer blieb fast unversehrt, da es genügend andere Wege und Mittel gab, um sich ihren unbedingten Gehorsam zu sichern. Hierzu gehört u. a. die Verleihung neuer Titel, die mit einem gewissen Einkommen und dem Anrecht auf ein entsprechendes Gefolge verbunden waren, die wirtschaftliche Verknebelung der Mongolenhäuptlinge durch die sehr bedeutenden Spesen, welche durch die alle drei Jahre zu wiederholenden Neujahrsbesuche am Kaiserhofe hervorgerufen wurden, das vielfach benutzte Recht des Kaisers, unbotmäßige Fürsten abzusetzen, Verheiratung der Fürsten mit mandschurischen Prinzessinnen usw. Da ein Wiedererwachen der kriegerischen Tradition unter den Mongolen im allgemeinen unerwünscht war, wurde der Lamaismus weitgehendst gefördert, während gleichzeitig die bestehende militärische Organisation mit den Jahren immer mehr vernachlässigt wurde. Ferner wurde die Bildung neuer Fürstentümer (Hoschuns) durch Teilung der vorhandenen nach dem Tode eines Fürsten keineswegs verhindert, da diese Zersplitterung zur weiteren Schwächung der Mongolen führte. Endlich wurde eine Neuerung in der Verwaltung größerer Gebiete eingeführt, die ebenfalls dazu bestimmt war, das Entstehen einer bedeutenden politischen Macht zu verhindern. Diese Neuerung bestand in der Bildung der sog. Bünde oder großen Vereinigungen vieler Hoschuns. Bis dahin kannte das mongolische Verwaltungssystem nur zwei Verwaltungseinheiten — den Aimak und den Hoschun<sup>2)</sup>.

1) Die Kalmücken trennten sich von den übrigen Westmongolen im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts infolge innerer Zwistigkeiten mit denselben und zogen über Westsibirien an den Unterlauf der Wolga. Von dort kehrte 1771—72 ein Teil wieder nach Mittelasien zurück, während die Nachkommen des anderen auch heute noch an der Wolga zu finden sind.

2) Ein Aimak ist ein Fürstentum oder eine Gruppe von Fürstentümern, die ursprünglich

Die Mandschus teilten nun die Hoschuns der Inneren Mongolei sechs Bündeln zu (Dscherim, Dschouda, Dschossotu, Silingol, Ulan-Tsab und Iehedzu), ohne dabei die bisherige Zusammengehörigkeit der Aimaks viel zu berücksichtigen. An der Spitze dieser neugeschaffenen losen Verbände stand ein von den Fürsten des Bundes aus eigener Mitte gewählter und vom Kaiser bestätigter Vorsitzender des Bundes (Darga) nebst einem Stellvertreter, beide mit sehr beschränkten Vollmachten. 1727 wurde dieses System auch auf die Äußere Mongolei ausgedehnt, mit dem Unterschiede jedoch, daß die Grenzen und die Zahl der Bünde dort mit der der Aimaks übereinstimmte, so daß die Reform lediglich darauf abgezielt war, den erblichen Häuptern der Aimaks ihre Macht zu entwinden und sie auf das Niveau gewöhnlicher Dschassaks herabzudrücken. Die chinesische bzw. mandschurische Verwaltung in der Mongolei unterstand dem Li-fan-yuan (unter der Republik durch das Büro für Mongolische und Tibetische Angelegenheiten ersetzt) in Peking, einer Behörde, die alle Angelegenheiten der Vasallen des Mandschuthrones zu erledigen hatte, und war durch den Tartarengeneral in Uliassutai, die Ambans (Residenten) in Urga und Kobdo, besondere Beamte in Guihuatscheng (Kuku-Hoto), Kalgan usw. vertreten.

Unter den mongolischen Gebieten des Da Tjing-Reiches ist neben der Äußeren und der Inneren Mongolei noch die in den Einflußbereich des Gouverneurs von Heilungkiang gehörende Barga besonders zu erwähnen. Die Barga, seit 1689 formell zum Mandschureich gehörig, wurde 1732—1735 unter Anordnungen des Kaisers Yung-Dscheng (1722—1736) von Mongolen, Dauren, Solonen und Orotschonen neu besiedelt: Die Ansiedler erhielten eine der der Tschachar- und Tumetmongolen ähnliche Bannerorganisation unter einem besonderen Beamten in Hailar. Die Sonderrechte der Barguten wurden 1793 durch einen speziellen Erlaß des Kaisers Tjien-Lung neu bekräftigt.

Dies war der politische Zustand der Mongolei bis zur Zeit des Boxeraufstands (1900). Sie lag außerhalb des Bereiches der großen Weltpolitik der Mächte, und die friedlichen mongolischen Nomaden konnten Jahr für Jahr ungestört ihre Herden pflegen und nach uralter Art Viehzucht treiben. Die einzige Großmacht, die ein allmählich wachsendes Interesse für die Mongolei zu zeigen begann, war Rußland.

Seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts durchquerten russische Handelskarawanen auf dem Wege nach Peking über Urga und Kalgan das Land. Später wurde der Handel nach Kiachta verlegt, doch war es hauptsächlich ein russisch-chinesischer

das Erbteil eines Fürsten bildeten und sich unter dessen Nachkommen vererben. Trotzdem die Aimaks in den meisten Fällen im Laufe der Zeit in etliche selbständige Hoschuns zerfallen sind, ist die Verbindung und ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen ihren einzelnen Gliedern nicht gebrochen; den Ausdruck hierfür bildet die Anerkennung des Ältesten im Fürstengeschlecht eines Aimaks als dessen Haupt. Ein Hoschun ist ein von einem einzelnen Fürsten (Dschassak) regiertes mongolisches Fürstentum. Zur Zeit der chinesischen Revolution von 1911 bestand die Innere Mongolei aus 49 Hoschuns, die unter 24 Aimaks aufgeteilt waren, die Äußere — aus 86 (mit dem Kobdodistrikt aus 111), welche vier (mit Kobdo — sechs) Aimaks angehörten: Tsetsen-Chan, Tuschetu-Chan, Sain-Noïn-Chan und Dschasaktu-Chan.



Handel, durch den die Mongolen wohl kaum profitierten. Der Pekingener Vertrag von 1860 eröffnete Urga dem russischen Handel, wo 1861 ein russisches Konsulat errichtet wurde. Etwas später erscheinen russische Forschungsexpeditionen (Prschewalskij, Potanin), russische Kaufleute setzen sich in Uliassutai und Kobdo fest, jedoch war das politische Interesse Rußlands vorläufig weiter ostwärts, im Amur- und Küstengebiet, konzentriert, so daß die zaristische Regierung damals nicht einmal von dem ihr 1881 zugestandenen Recht, Konsulate in Kobdo und Uliassutai zu eröffnen, Gebrauch machte<sup>1)</sup>. Die russische Regierung wollte aber unter keinen Umständen andere Mächte zur wirtschaftlichen Erschließung der Mongolei zulassen. Deshalb sicherte sie sich 1899 durch einen Notenaustausch mit der chinesischen Regierung das 1902 und 1905 von neuem bestätigte ausschließliche Recht, Eisenbahnen von Peking aus in nördlicher, nordwestlicher oder überhaupt irgend-einer Richtung, die zur russischen Grenze führt, zu bauen. Bereits einige Wochen vorher, am 29. April 1899, hatte sich Rußland auch die Zusage Großbritanniens gesichert, keine Eisenbahnkonzessionen nördlich der Großen Mauer zu erwerben und den von Rußland unterstützten nicht in den Weg zu treten.

Der Boxeraufstand (1900) brachte eine sichtliche Änderung des Verhaltens der chinesischen Regierung den Mongolen gegenüber mit sich. Während des Aufstandes hatten sich die Mongolenfürsten im allgemeinen den Anordnungen Pekings zuwider nicht russenfeindlich, sondern russenfreundlich verhalten. Der Mißmut der Steppensöhne gegen die unbarmherzige Ausbeutung durch chinesische Kaufleute, die Regierung selbst, und in den Grenzgebieten, durch Siedler, die dem mongolischen Vieh die Weiden nahmen, kam deutlich zum Ausdruck. In Peking wurde man plötzlich gewahr, daß die Mongolen keine zuverlässigen Hüter der Grenzgebiete mehr waren. Den einzigen sicheren Weg zur Stärkung ihrer Stellung in den mongolischen Gebieten sah die Regierung in der systematischen Besiedlung der fremden Einflüssen am meisten zugänglichen Teile der Mongolei durch chinesische Siedler. Die hierzu notwendigen Schritte wurden unverzüglich unternommen.

Die unregelmäßige Besiedlung der an China und die Mandschurei grenzenden innermongolischen Ländereien begann bereits unter dem Erbauer der kaiserlichen Sommerresidenz in Jehol, dem Kaiser Kang-Hsi, der 1698 chinesische Beamte ins südliche Jehol (Dschossotu-Bund) schickte. Im Laufe des 18. und des 19. Jahrhunderts besiedelten chinesische Einwanderer ziemlich bedeutende Gebiete hauptsächlich in den östlichen Hoschuns der Bünde Dscherim und Dschouda, dem Dschossotubunde und in dem nördlich von der chinesischen Provinz Schanhsi gelegenen Lande der Tumet- und Tschacharmongolen. Die von den Mandschus entwaffneten mongolischen Dschassaks waren angesichts des chinesischen Andrangs machtlos; ihre Proteste fanden in den meisten Fällen keine Berücksichtigung am Pekingener Hof. Die Chinesen brachten ihre eigene Verwaltung mit sich, und, da die

1) Das Konsulat in Uliassutai wurde erst 1905, das in Kobdo 1911 eröffnet.

mongolische für die Mongolen ebenfalls bestehen blieb, bot das Siedlungsgebiet das Bild eines sonderbaren Durcheinanders mongolischer und chinesischer Elemente dar. Der 1898 durch die Russen begonnene Bau der Ostchinesischen Bahn, die westlich (Barga, Fürstentümer Durbet und Nord-Gorlos des Dscherim-Bundes) und südlich (Fürstentum Süd-Gorlos des Dscherim-Bundes) von Harbin teilweise mongolisches Gebiet durchquert, gab der chinesischen Kolonisation einen neuen, dieses Mal von Peking aktiv unterstützten Anstoß. Große Teile der mongolischen Steppe wurden von eigens dazu geschaffenen chinesischen Behörden enteignet und den Siedlern verkauft. Am meisten litten dabei die gemeinen Mongolen, während die Fürsten ihren guten Anteil an den Profiten hatten, der sie nebst der Furcht, ihre Sonderrechte und Privilegien zu verlieren, zu größerer Nachgiebigkeit bewog. Die Kolonisationspolitik der Chinesen erstreckte sich auch auf die Barga, wo 1905 chinesische Truppen an Stelle der bargutischen den Grenzschutz übernahmen, und sogar auf die Äußere Mongolei, in der chinesische Bauern in den Tälern nördlich von Urga (um das Eindringen der Russen zu verhindern?) angesiedelt wurden und die Einführung größerer chinesischer Truppenteile vorbereitet wurde<sup>1)</sup>.

Die Unzufriedenheit der Mongolen war allgemein. 1911, noch ehe die republikanische Revolution in Wutschang ausgebrochen war, wandte sich eine Gruppe hervorragender Fürsten und Lamas der Äußeren Mongolei an die russische Regierung mit der Bitte um Beistand und Unterstützung; kurz darauf faßte eine Konferenz der Bargutenführer in Hailar den Beschluß, die Wiederherstellung des status quo in der Barga zu fordern. Rußland, das nach seiner Niederlage im Kriege mit Japan seine Aktivität in der Mongolei bedeutend erhöht hatte, stand dieser Entwicklung wohlwollend gegenüber. Als die am 10. Oktober 1911 ausgebrochene Revolution den Thron der Mandschukaiser ins Wanken brachte, war der geeignete Moment zur Neugestaltung der Mongolei in russischem Sinne gekommen. Die strategische (Flankenangriff auf die Sibirische Bahn!) und wirtschaftliche Bedeutung des Landes erkennend, wollten die Russen sich von dieser Seite vollkommen sichern.

Am 1. Dezember 1911 fand ein Staatsstreich in Urga statt, infolgedessen der Amban und die chinesischen Truppen die Stadt verlassen mußten. Eine rein mongolische Regierung wurde gebildet, welche die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei mit dem Bogdo-Geghen Khutuchta von Urga als Staatsoberhaupt proklamierte. Diese Bewegung fand starken Widerhall in allen Teilen der Mongolei. Im Januar 1912 mußten die Chinesen die Barga räumen, die bald darauf die Oberhoheit des Khutuchta anerkannten, im Frühjahr wurden die Repräsentanten der chinesischen Verwaltung aus Uliassutai und Kobdo vertrieben; in der Inneren Mongolei erklärten die drei westlichen Bünde, Silingol, Ulan-Tsab und Ichedzu

1) Maiskij („Ssovremennaja Mongolija“, Irkutsk 1921) schätzt die chinesische Bevölkerung der Äußeren Mongolei im Jahre 1911 bereits auf 100 000 Seelen. Jetzt dürfte sich nur ein geringer Teil davon noch im Gebiet erhalten haben.



ihren Anschluß ans neue Reich, in den stark von chinesischem Element durchdrungenen östlichen Bünden kam es auch zu erheblichen Unruhen. Mangels geeigneter Führer und Unterstützung von außen konnte die innermongolische Bewegung jedoch keine dauernden Erfolge zeitigen — die Chinesen beherrschten bald wieder das ganze Land. — Anders gestaltete sich das Schicksal der Äußeren Mongolei und der Barga, wo, wie gesagt, Rußland die Hand mit im Spiele hatte.

Der Status der Äußeren Mongolei wurde durch drei Verträge, das russisch-mongolische Abkommen vom 3. November (21. Oktober a. St.) 1912, die gemeinsame russisch-chinesische Deklaration vom 5. November (23. Oktober a. St.) 1913 und das dreiseitige chinesisch-russisch-mongolische Abkommen von Kiachta vom 7. Juni (25. Mai a. St.) 1915, festgelegt. Durch das Abkommen von 1912 verpflichtete sich Rußland, der Mongolei bei der Aufrechterhaltung ihrer Autonomie und eines nationalen Heeres behilflich zu sein, die Einführung chinesischer Truppen in mongolisches Gebiet nicht zuzulassen und eine erneute Besiedlung der Mongolei durch Chinesen zu verhindern. Dafür öffnete die mongolische Regierung ihr Land weitgehend russischer wirtschaftlicher Expansion. Die Russen durften im Gebiet der Autonomen Mongolei unbehindert reisen, Grundstücke ankaufen und Häuser bauen, zollfreien Handel betreiben, eine eigene Post unterhalten, sich an der mongolischen Binnenschifffahrt beteiligen, Brücken bauen usw. Russische Staatsangehörige durften nur nach russischen Gesetzen gerichtet werden. Durch ein besonderes Abkommen von Kiachta vom 17. September 1914 verpflichtete sich die mongolische autonome Regierung ferner, keine Eisenbahnkonzessionen in ihrem Gebiet ohne vorherige Verständigung mit der russischen zu verleihen (vgl. Notenaustausch von 1899). Die Äußere Mongolei bildete von nun ab de facto ein russisches Protektorat, das von Rußland finanziert (Anleihen 1913 und 1914 — insgesamt 5,1 Millionen Rubel) und politisch und wirtschaftlich weitgehendst beeinflußt wurde. China erkannte die neugeschaffene Lage durch die Deklaration von 1913 formell an. In dieser Deklaration und im Abkommen von 1915 wurde die mongolische Autonomie unter Beibehaltung einer rein nominellen chinesischen Souveränität anerkannt und bestätigt. China sicherte sich zwar das Recht, einen Vertreter in Urga nebst Gehilfen in Uliassutai, Kobdo und Mongolisch-Kiachta zu unterhalten, sicherte seinen Staatsangehörigen einen exterritorialen Status, gab aber in allem übrigen nach. Die Mongolei durfte sogar selbständige wirtschaftliche Verträge (jedoch keine politischen) mit fremden Mächten abschließen.

Die Barga wurde bei der Bestimmung des territorialen Bestandes der Autonomen Mongolei im Kiachtaer Abkommen von 1915 der Regierung des Khutuchta nicht zugestanden. Vielmehr schloß Rußland mit China am 6. November (24. Oktober a. St.) 1915 einen speziellen Vertrag über die Sonderlage des Gebietes von Hulunbuir (der Barga), das von nun ab einen besonderen, unmittelbar der chinesischen Zentralregierung unterstehenden Distrikt bilden sollte, an dessen Spitze ein

vom chinesischen Präsidenten ernannter Fudutung von Hulunbuir mit den Rechten eines Provinzialgouverneurs stand, der unter den höchsten einheimischen Beamten zu wählen war. Die Verwaltung des Fudutungs sollte aus zwei Abteilungen bestehen; den Chef einer ernannte der Fudutung, den der anderen der chinesische Minister des Innern; beide mußten von der Regierung bestätigt werden. China durfte, Fälle äußerster Not ausgenommen, keine Truppen in der Barga unterhalten, keine chinesischen Behörden wurden zugelassen (Ausnahme das Seezollamt in Mantschuli und Vertreter der Salzmonopolverwaltung), auch keine Einwanderer usw. Dieser Vertrag enthielt ebenfalls eine Klausel über besondere russische Vorrechte auf dem Gebiete des Eisenbahnbaues.

Die soeben geschilderten Verträge und Abkommen wurden von China nur erzwungenermaßen, unter dem Druck der russischen Übermacht, genehmigt. Es ist deshalb wenig überraschend, daß China, als die russische Macht infolge der Revolution von 1917 zeitweilig nicht mehr in Betracht kam, sich beeilte, den alten Zustand der mongolischen Gebiete wiederherzustellen. Unter dem Vorwande des Schutzes vor einem eventuellen russischen Einfall wurden 1919 chinesische Truppen in die Äußere Mongolei eingeführt. Im November zwang der chinesische Befehlshaber General Hsü die Mitglieder der mongolischen Regierung, ein Gesuch an den Präsidenten von China zu richten, mit der Bitte, die Autonomie aufzuheben, dem der Präsident am 22. November 1919 bereitwilligst entsprach, indem er die mongolische Autonomie durch ein Mandat aufhob und das alte Verwaltungssystem der Kaiserzeit von neuem ins Leben rief. Kurz darauf, am 28. Januar 1920, wurde auch die Sonderstellung der Barga annulliert, die von chinesischen Truppen besetzt und zu einem Bezirk der Provinz Heilunkiang gemacht wurde. Wie überall in den von Mongolen besiedelten Gebieten, blieb übrigens die mongolische Verwaltung auch fernerhin, neben der chinesischen, zur Leitung der rein mongolischen Angelegenheiten, bestehen. Die damals noch anerkannten diplomatischen Vertreter der früheren russischen Regierung protestierten vergebens gegen die Mißachtung der Verträge.

Noch einmal hatten die Chinesen die gesamte Mongolei in ihrer Hand, doch die chinesische Regierung verstand es nicht, sich diesen Erfolg dauernd zu sichern. Schon das Verhalten der chinesischen Truppen in der Äußeren Mongolei allein war nicht derartig, daß es mongolische Sympathien hervorrufen konnte. Außerdem begingen die Vertreter Chinas gleich von vornherein den Fehler, den Mongolen übertriebene Rechnungen für 1911 bis 1912 verursachte Verluste zu stellen (z. B. im Kobdodistrikt) und darüber hinaus gar noch die Möglichkeit der Eintreibung der alten mongolischen Schulden aus der kaiserlichen Zeit zu erörtern<sup>1)</sup>.

---

1) Die Gesamtverschuldung der Mongolen aller Stände und Gruppen in der Äußeren Mongolei betrug 1911 etwa 11 Millionen Taels, bei dem geringen Nationalvermögen eine schier unbezahlbare Summe, von deren Last die Mongolen durch den Umsturz desselben Jahres befreit worden sind.



Im Oktober 1920 wurde Urga von den aus Weißrussen, Burjaten, Mongolen (!) und Tibetern bestehenden Freischaren des Barons v. Ungern-Sternberg angegriffen<sup>1)</sup>.

Die Kämpfe zwischen diesen Truppen und den Chinesen dauerten bis Anfang 1921, wobei die letzten sich erdreisteten, den lebenden Buddha (Khutuchta) selbst zur großen Empörung aller Lamaiten in Urga zu verhaften. In den ersten Februar-tagen 1921 hielt v. Ungern-Sternberg seinen Einzug in Urga, wo er sofort, zur all-gemeinen Genugtuung, den Khutuchta wieder als Staatsoberhaupt der freien Mon-golei einsetzte. Die Beliebtheit des Barons bei den Mongolen wich jedoch bald infolge der von ihm eingeführten Herrschaft vollkommener Willkür, einem Gefühl bittersten Hasses, der sich baldigst volllauf zur Geltung brachte, als es nämlich zum Krieg gegen die Sowjetrussen kam, in dem v. Ungern eine vollkommene Niederlage erlitt. Im Juli 1921 besetzten die roten Truppen Urga und machten der Schreckens-herrschaft des besiegten Barons ein Ende.

Seitdem befindet sich die Äußere Mongolei vollkommen in der Einflußsphäre Moskaus. In dem neuen mongolischen Staat, den die Roten gründeten, war an-fangs auch der Khutuchta das Oberhaupt, doch bemühten sich die Sowjets mit Hilfe der Burjaten, die bereits der zaristischen Regierung in der Mongolei gute Dienste geleistet hatten, den Mongolen eine neue Ideologie einzupflegen. Die junge Generation erwies sich als sehr aufnahmefähig für „progressive“ Ideen. Sie bildete den Hauptbestand der neuen mongolischen Volkspartei, welche im Juli 1924, nach-dem der Khutuchta unter Verdacht erregenden Umständen gestorben war, die Mongolische Volksrepublik ausrief. In den 13 Jahren, seit 1921, hat die Sowjet-union in der Mongolei eine Politik geführt, die der imperialistischen Politik des Zarenreiches um nichts nachstand. Trotzdem sie bereits am 5. November 1921 die Unabhängigkeit der Mongolei anerkannt hatte, erkannte sie im russisch-chinesischen Vertrag von Peking im Mai 1924 auch das Oberhoheitsrecht Chinas über die Äußere Mongolei an, was jedoch nichts in der tatsächlichen Sachlage am Orte änderte. Diese Sachlage schien anfangs den Sowjets ziemlich günstig zu sein, da die Regie-rung der formell unabhängigen Mongolischen Volksrepublik, von einer aktiven Minderheit des Volkes unterstützt, sich willig auf dem ihr vorgeschriebenen Weg leiten ließ, während die Fürsten und Lamas, die bisherigen Regenten des Landes, es nicht wagten und nicht verstanden, sich zu widersetzen. Durch geschickte, haupt-sächlich von Burjaten, die auch in der mongolischen Regierung eine bedeutende Rolle spielen, geleitete Propaganda, das ständige Bereithalten einer ergebenen ein-heimischen Truppenmacht und rücksichtsloses Eingreifen, wenn Widerstand ge-leistet wurde, gelang es den Sowjetrussen, vermittels ihrer Agenten eine völlige Umwandlung des politischen und des Wirtschaftssystems der Äußeren Mongolei

1) Bei dieser Gelegenheit veranstalteten die chinesischen Truppen in Urga einen allge-meinen Raubüberfall auf die friedliche russische Bevölkerung der Stadt, wobei die russischen Läden und Häuser völlig ausgeplündert wurden.

durchzuführen. In den letzten Jahren scheint jedoch der von der Sowjetunion ausgeübte wirtschaftliche Druck eine stark abstoßende Wirkung auf einen großen Teil der Bevölkerung des Landes gehabt zu haben. Die oft wiederholten Requisitionen der Viehbestände haben den auch bis dahin nicht glänzenden Wohlstand der Mongolen offenbar so empfindlich gefährdet, daß es nach vorliegenden Pressenachrichten mehrmals, zuletzt im Oktober und Dezember 1933, zu ernststen Revolten kam, die blutig unterdrückt worden sind.

Die Chinesische Republik hatte 1912, bei der Übernahme des Mandschuerbes, feierlichst die völlige Gleichberechtigung der fünf Nationalitäten des Reiches (Chinesen, Mandschus, die muhammedanischen Stämme des Westens, Mongolen und Tibetaner) proklamiert. Dies änderte jedoch nichts an der chinesischen Politik in der ihr übriggebliebenen Inneren Mongolei, wo die rücksichtslose Besiedlung der mongolischen Weideplätze ohne jegliches Verständnis für die wirklichen Bedürfnisse beider Teile, der Mongolen wie auch der Chinesen selbst, unentwegt fortgesetzt wurde. Um die Zeit des Beginns des Mandschurei-Konfliktes im Jahre 1931 war als einziger nur der Silingol-Bund noch nicht von der chinesischen Kolonisation berührt worden. Das chinesische Verwaltungssystem, und mit ihm die chinesischen Einwanderer, drangen immer tiefer ins mongolische Land hinein, die Mongolen vor die Alternative des Fortzugs in andere, noch freie Gebiete, deren Zahl in ständigem Abnehmen begriffen war, oder des Übergangs zum Ackerbau stellend. Da in den meisten Fällen die erstere Lösung der Frage gewählt wurde, gibt es heute große, ehemals rein mongolische Gegenden, in denen es, außer vielleicht der Residenz des zurückgebliebenen Fürsten und einigen alten Lamatempeln, nichts Mongolisches mehr gibt. Als die Kuomintangregierung in China ans Ruder kam (1927 bis 1928), wurde die Tendenz zur völligen Sinisierung der innermongolischen Gebiete deutlich bemerkbar. Offenbar wollte man die Möglichkeit der Wiederholung der Ereignisse von 1912 und der darauffolgenden Jahre ein für allemal verhindern und die Innere Mongolei endgültig dem chinesischen Reiche einverleiben. Im September 1928 erfolgte die formelle Umwandlung des größten Teiles der Inneren Mongolei in die drei Provinzen Jehol, Tschahar (Chahar) und Suiyuan, wobei allerdings die mongolische Verwaltung vorläufig noch unangetastet blieb. Die nicht zu diesen Provinzen gehörenden Teile der Inneren Mongolei sind schon früher den mandschurischen Provinzen zugeteilt worden. Im Mai 1930 trat in Nanking eine Konferenz für mongolische Angelegenheiten (Mongolian Affairs Conference) zusammen, an der angebliche „Vertreter“ der innermongolischen Hoshuns und Bünde beteiligt waren, welche u. a. folgende Beschlüsse von großer Tragweite faßte: Abschaffung der noch bestehenden Art von Leibeigenschaft, Registrierung und Nationalisierung der Tempel, Unterrichtszwang (offenbar chinesischer Unterricht gemeint!), Reorganisation des Systems der Banner und Bünde, Regelung des Grundbesitzes usw. Die Bekanntgabe dieser Beschlüsse rief einen Sturm der Ent-



rüstung in mongolischen Kreisen hervor, die erklärten, nichts von der Wahl ihrer in Nanking versammelten „Vertreter“, deren Kompetenz in mongolischen Angelegenheiten sie nicht anerkannten, je gehört zu haben. Die vorerst unwahrscheinliche Durchführung der Nankinger Beschlüsse würde einen sehr schweren Schlag nicht nur für die Fürsten und die lamaistische Geistlichkeit, sondern auch für das innermongolische Mongolentum überhaupt bedeuten.

Ehe wir nun zur Übersicht der durch den Mandschurei-Konflikt in der Mongolei geschaffenen vollkommen neuen Situation schreiten, muß noch die Betätigung des seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts im Ringen um die Mongolei neu beteiligten dritten Machtfaktors, Japans, einer kurzen Betrachtung gewürdigt werden.

Ein gewisses Interesse für die Angelegenheiten der Inneren Mongolei wurde japanischerseits noch vor Ausbruch des russisch-japanischen Krieges gezeigt. Als sich Japan nach 1905 in der Südmandschurei endgültig festsetzte, steigerte sich dies Interesse natürlicherweise bedeutend. Ende 1913 waren japanisch-chinesische Unterhandlungen über den Bau neuer Eisenbahnlinien im Gange, darunter befanden sich die Projekte der Strecken Tschangtschun-Taunan, Taunan-Jehol und eine Linie von der letztgenannten Bahn bis zur Meeresküste, alle in der Inneren Mongolei. In den am 18. Januar 1915 überreichten bekannten japanischen „21 Forderungen“ lesen wir bereits (Einleitung zu Gruppe II) die etwas zweifelhafte Behauptung, China hätte „stets die Sonderposition Japans in der Südmandschurei in der Östlichen Inneren Mongolei anerkannt“; auf Grund dieser „Tatsache“ beanspruchte Japan in der „Östlichen Inneren Mongolei“ (ein geographisch unbestimmter Begriff, der nie genau definiert worden ist) eine maßgebende Vormachtstellung, die jedoch nicht zugestanden wurde. Am 10. Oktober 1918 gab die Industrial Bank of Japan den Abschluß einer Anleihe von 50 Millionen Yen zum Bau neuer Eisenbahnen bekannt, worunter sich die, außer den obenerwähnten Bahnen Taunan-Jehol und der Strecke aus der Provinz Jehol bis zur Küste, auch die Bahn Ssupinggai-Taunan befand. Die letztere wurde, nebst einer Abzweigung nach Tungliau, 1923 vollendet und 1925 durch die Bahn Taunan-Angangtsi (Tsitsikar) ergänzt. Dadurch übte Japan einen aktiven Einfluß auf die Geschehnisse der Inneren Mongolei aus, denn der Bau der neuen Bahnen beschleunigte und förderte die chinesische Kolonisation der betreffenden Gebiete. Noch vor dem, in den Jahren 1918 bis 1919, versuchte Japan mit wenig Geschick ein abenteuerliches Unternehmen des weißrussischen Führers Ataman Semjenow zu fördern — eine panmongolische Bewegung, die jedoch vollkommen mißlang. Trotz allem waren jedoch die vielerwähnten japanischen Sonderrechte in der Östlichen Inneren Mongolei ungefähr noch ebenso unklar, wie dieser Begriff selbst, als am 18. September 1931 der Mandschurei-Konflikt ausbrach, dessen wichtigste Folge bisher die Gründung von Mandschukuo war.

Einer der ersten Schritte der neuen Regierung von Mandschukuo war die am

9. März 1932 proklamierte Bildung einer mongolischen Hsingan- (Chingan) Provinz aus den westlichen Teilen der Mandschurei. Diese Tatsache, nebst der, daß Pu-Yi, der Erbe der Mandschukaiser und folglich auch des Anspruches auf die Oberhoheit über die Mongolei, Chef der Regierung und seit dem 1. März 1934 Kaiser wurde, ist für die politische Weiterentwicklung der Mongolei von größter Bedeutung.

Die neue Hsingan-Provinz nimmt unter den übrigen Provinzen von Mandschukuo in vielen Beziehungen eine Sonderstellung ein. Dem Areal nach die größte des Reiches (ca. 398 000 Quadratkilometer)<sup>1)</sup> umfaßt sie die erst teilweise und zum Teil noch gar nicht von Chinesen besiedelten Teile der Provinzen Heilungkiang, Mukden (Liaoning oder Fengtjän) und Jehol. Administrativ zerfällt sie in vier Vizegouvernements oder Bezirke, von denen der nördliche der Barga entspricht (Verwaltungszentrum Hailar), der östliche sich auf die von Solonen, Daürenreste der Mandschus und Orotschonen besiedelten Ostabhänge des Großen Chingan westlich von Tsitsikar erstreckt (Verwaltungszentrum — Dschalantun an der Ostchinesischen Bahn), der südliche aus dem größeren Teil der Aimaks Chortschin und Dschalait des Dscherim-Bundes besteht (Zentrum-Residenz des Fürsten Darchan-Wang), und endlich der westliche aus den Fürstentümern des Dschouda-Bundes: Dsung- und Barun-Dscharod, Aru-Chortschin, Dsung- und Barun-Bairin, Keschikten (nach einer anderen Angabe gehören außerdem noch Teile der Hoschuns Naiman und Tsochot-Chalcha zum südlichen Bezirk) gebildet worden ist<sup>2)</sup> (Zentrum-Kailu). Die Hsingan-Provinz umfaßt demnach nicht das gesamte frühere mongolische, jetzt zu Mandschukuo gehörige Gebiet, sondern bloß den Teil desselben, in dem sich die nichtchinesische Bevölkerung mehr oder weniger zahlreich erhalten hat. Nichtsdestoweniger bilden die Chinesen auch hier die Mehrzahl der Bevölkerung (rund 1 140 000 gegen ca. 610 000 Ureinwohner). Die einheimische Bevölkerung überwiegt zahlenmäßig bloß im nördlichen und im östlichen Bezirk. In allen Bezirken ist die chinesische Einteilung in Distrikte (hsiän) abgeschafft und das alte System der Hoschuns und Banner wiederhergestellt oder neu eingeführt (Ostbezirk) worden. An der Spitze der Bezirke stehen vier Vizegouverneure, die, im Gegensatz zu den Gouverneuren der anderen Provinzen, in keinem Abhängigkeitsverhältnis zum Innenministerium stehen, sondern allein und ausschließlich von der neuen Hauptverwaltung für Mongolische Angelegenheiten in Hsinking abhängig sind. Deren Chef, der im Range eines Ministers steht und unmittelbar dem Ministerrat unterstellt ist, ersetzt gewissermaßen den fehlenden Gouverneur der Hsingan-Provinz.

Die in der Provinz Jehol belassenen Mongolen (Dschossotu-Bund und der Süden des Dschouda-Bundes) sind, neuesten Pressenachrichten gemäß, auch im Begriff,

1) Die Gesamtfläche von Mandschukuo beträgt nach russischen Angaben etwa 1 312 000 Quadratkilometer, nach japanischen Quellen nur 1 196 134 Quadratkilometer, während chinesische Quellen sogar 1 776 613 Quadratkilometer nennen sollen.

2) Diese Fürstentümer bildeten bisher den nördlichen Teil der Provinz Jehol und sind erst im März 1933 der Provinz Hsingan zugeteilt worden.



einige Neuerungen im Sinne der Vereinheitlichung ihres Verwaltungssystems durchzuführen. Zu diesem Zwecke sollte am 3. September 1934 in der Provinzialhauptstadt Jehol eine Konferenz mongolischer Fürsten zusammentreten.

Es ist heute noch nicht ganz klar, zu welchem Zweck die Regierung von Mandschukuo und die Japaner die eine Art mongolisch-tungusischer Reservation darstellende Provinz Hsingan geschaffen haben. Teilweise geschah es vielleicht, um die für japanische Zukunftspläne (Wollproduktion) wichtigen Weideplätze und den Viehbestand der Mongolen nebst dem sehr wertvollen Waldbestand der Provinz vor der Vernichtung durch chinesische Kolonisten zu retten. Zweifelsohne geschah es außerdem, um in der dünn besiedelten westlichen Grenzzone in den kriegersich den Chinesen weit überlegenen Einheimischen, die jetzt mit dem militärischen Schutz der Provinz betraut worden sind, eine wertvolle Stütze zu gewinnen, ohne welche das Gebiet auf die Dauer überhaupt unhaltbar sein würde. Die Berechnung scheint sich, wie der rein chinesische Aufstand Su Bin-wens in der Barga (Herbst 1932) zeigte, bewährt zu haben — die Barguten sind dem neuen Regime loyal geblieben. Endlich soll die neue Provinz wohl auch einen Anziehungspunkt für die außerhalb der Grenzen Mandschukuos stehenden Mongolen der Inneren und der Äußeren Mongolei bilden, dessen Wirkung jedoch erst dann voll zur Geltung kommen kann, wenn die Regierung ihr Versprechen, den Mongolen eine tatsächliche und nicht bloß nominelle Selbstverwaltung zu gewähren, halten wird.

Auf jeden Fall ist die Schaffung der Hsingan-Provinz für das gesamte südliche Mongolentum ein Ereignis erster Größe. Die anscheinlich schon dem langsamen Untergang geweihten Mongolen der Inneren Mongolei fühlen sich plötzlich wieder aus dem Nichts zu selbständiger politischer Bedeutung hervorgehoben. In der westlichen, chinesisch gebliebenen Inneren Mongolei (die Bünde Silingol, Ulantsab und Iehedzu) fand die Neugestaltung des Ostens einen unerwartet starken Widerhall in der unter Leitung des jungen Ded-Darga (Vizepräsidenten) des Silingol-Bundes, des Dö-(Teh)Wang, entfachten Bewegung zugunsten einer innermongolischen Autonomie. Der Dö-Wang, der übrigens gut Chinesisch, Japanisch und Englisch sprechen soll, ist ein Vertreter jener neuen Gruppe der jungen mongolischen Generation, welche ihre Bildung außerhalb der Mongolei, in China oder Japan, genossen hat und die leitende Schicht der sog. Jungmongolen bildet. Die Jungmongolen der Inneren Mongolei (nicht zu verwechseln mit den Jungmongolen der Äußeren, die in der kommunistischen Schule aufgewachsen sind) träumen von einer Wiederherstellung einer mongolischen Mongolei; deshalb sind sie wohl meistens den die Mehrheit bildenden Fürsten und der lamaistischen Geistlichkeit, die viele Jahre hindurch dem Volke keinen einzigen Führer von Bedeutung gegeben haben, wenig gewogen, doch könnte sich diese Haltung wahrscheinlich noch ändern, wenn die Fürsten, eingedenk des ihnen zustehenden Platzes, endlich aktiv an die Spitze der mongolischen Bewegung treten würden.

Die Bewegung Dö-Wangs scheint durch Erfolg gekrönt worden zu sein. Im Oktober 1933 tagte in Balingmiao, in der Inneren Mongolei, nördlich von Gui-hua-tschang, eine Konferenz der innermongolischen Fürsten (mit über 150 Teilnehmern) unter Vorsitz des Hauptes des Ulan-Tsab-Bundes, welche ein organisches Gesetz der Regierung der Autonomen Inneren Mongolei ausarbeitete und von Nanking die Genehmigung desselben verlangte. Nanking entsandte daraufhin den Innenminister Huang Schau-Hsiung mit einer Sondermission nach Balingmiao, der, als gute Worte nichts halfen, gezwungen gewesen zu sein scheint, den Mongolen gewisse Konzessionen zu machen. Infolge weiterer mongolisch-chinesischer Verhandlungen begann dann auch tatsächlich, laut einem Bericht Hallet Abends, des bekannten Korrespondenten der „New York Times“, der die Innere Mongolei in diesem Jahr bereist hat, die Regierung der Autonomen Inneren Mongolei (Political Council of Autonome Inner Mongolia) am 23. April 1934 in Balingmiao ihre Tätigkeit. Die neue Regierung soll aus 28 Mitgliedern bestehen, welche alle mongolischen Bünde des chinesischen Machtbereiches, also auch die Provinzen Ninghsia und Tjinghai (Kuku-nor), vertreten. Der Regierung stehen zwei chinesische Berater zur Seite, deren Zustimmung bei der Entscheidung besonders wichtiger Fragen erforderlich ist. Die Vollmachten, welcher sich die Selbstverwaltung erfreut, sind sehr weitgehend, sie erstrecken sich, auswärtige Angelegenheiten ausgenommen, sogar auf militärische Fragen (Bildung einer mongolischen Armee!). Die Jungmongolen sollen eine hervorragende Rolle in Balingmiao spielen und große Reformpläne vorbereiten.

Die Gewährung der innermongolischen Autonomie ist ein meisterhafter, allerdings erzwungener, Schachzug der Chinesen. Durch diesen Schritt ist die Möglichkeit eines freiwilligen Anschlusses der westlichen Inneren Mongolei an Mandschukuo beinahe geschwunden. Die Bedeutung des Kaisers von Mandschukuo als eines Sammelpunktes für die Mongolen darf nicht überschätzt werden. Die Ereignisse der letzten 30 bis 35 Jahre haben dem Ansehen des Kaiserhauses in mongolischen Augen sehr geschadet; zudem dürfte der Anschluß an Mandschukuo nur für die konservativen Elemente des Mongolentums verlockend erscheinen, da die jetzt auch in der chinesischen Inneren Mongolei zu Bedeutung gelangten Jungmongolen eine neue fortschrittliche Mongolei erstreben, deren Verwirklichung im Rahmen eines japanisch beeinflussten mandchurisch-mongolischen Reiches als ausgeschlossen betrachtet werden kann. Ebenso, ja noch mehr unwahrscheinlich erscheint der Anschluß der autonomen Mongolei an die Äußere. Die dort geführte Gewaltherrschaft, von der zahlreiche Flüchtlinge berichten, hat sogar die Prosovietgefühle der Jungmongolen schon längst abgekühlt. Natürlich kann auch von einer Anhänglichkeit der Mongolen China gegenüber nicht die Rede sein, doch wird die politische Notwendigkeit sie vorläufig zu einem loyalen Verhalten zwingen.

Wenn wir auch der viel verbreiteten Ansicht, daß die Mongolei bei einem even-



tuellen russisch-japanischen Kriege das Feld wichtigster Entscheidungen sein wird, nicht widersprechen wollen, scheint es uns doch, daß dieser Krieg nicht sobald ausbrechen wird und daß die jetzige Lage der Mongolei, für eine Reihe von Jahren wenigstens, als eine permanente zu betrachten ist. Die jetzige Lösung der Frage der westlichen Inneren Mongolei, in Form der Bildung eines autonomen Gebietes, ist auch die für eine Friedenspolitik einzig mögliche Lösung, denn das Vorschieben eines mandschurisch-japanischen Keiles zwischen China und die Sowjetunion, oder gar die Annexion des Gebietes durch die letztere, würde die gesamte Lage beinahe sofort unhaltbar machen (schon vom strategischen Standpunkt aus allein betrachtet) und unbedingt zu dem bis jetzt so sorgfältig vermiedenen Casus belli führen. Auf jeden Fall haben die Mongolen durch die Entwicklung der letzten Jahre nur gewonnen und vielleicht sogar die Möglichkeit erlangt, bei der zukünftigen endgültigen Entscheidung ihrer Frage ein gewichtiges Wort mitzureden.

**MAX BAUMANN:**

### Die deutsche Aufgabe der Seeschifffahrt

Zum „Tag der deutschen Seefahrt“ in Hamburg

Die großen und klaren Tendenzen, von denen die Seemächte und die Kontinentalmächte der Erde in kraftvoller Eindeutigkeit ausgerichtet werden, überschneiden einander im mitteleuropäischen Raum; er ist durch die mannigfaltige Verflechtung mit dem eurasiatischen Kontinent dessen geopolitischen Gesetzmäßigkeiten unterworfen, während der über die Küsten der Nordsee einströmende Rhythmus des Meeres ihn auf die besonderen Probleme des Seemachtlebens einstellt. Daher ist denn die deutsche Politik im großen Zug ihrer Entwicklung von gewaltigen Spannungen erfüllt; sie stellten den deutschen Staatsmann von jeher vor überaus schwierige und gefährliche Aufgaben und verwehrten ihm zumeist die den oben genannten Mächten mögliche eindeutige Lösung. Es handelt sich dabei um Spannungen, die in den letzten Tiefen des deutschen Wesens verankert sind und aus der geopolitischen Struktur unseres Lebensraumes und seiner Lage herauswachsen.

Selbstverständlich war es die erste und dringlichste Aufgabe eines wieder erwachenden und zu den naturhaften Grundlagen seines Daseins zurückkehrenden Deutschland, die elementaren Fundamente seiner volklich-nationalen Existenz zu sichern. Der deutsche Bauer war in Gefahr, aus der Verflechtung in die Weltwirtschaft heraus infolge mangelnder Rentabilität seiner Wirtschaft und, was gefährlicher war, durch die allmähliche, aber unheimlich sicher wirkende Zersetzung der seelischen Basis seines Lebens dem deutschen Raum innerlich und äußerlich entfremdet zu werden. Daraus hätte mit Notwendigkeit einer Zerstörung der Naturseite unseres Staates erfolgen müssen, die durch Raum und Volk sowie deren Be-

ziehungen zueinander gekennzeichnet ist. Die Bauernpolitik des Nationalsozialismus hat hier grundlegenden Wandel geschaffen, was alljährlich im Tag des deutschen Bauern für das ganze Volk und für die Welt sichtbar wird.

Nachdem solchermaßen die Grundlage gesichert war, erforderten die übrigen Probleme unserer volklichen Existenz in stets steigendem Maße die Arbeitskraft der nationalsozialistischen Staatsmänner. Die geopolitischen Grundsteine unseres Staates, Raum und Volk, mußten nach jeder Seite hin gesichert werden. Ein immer stärkeres Hineinwachsen der deutschen Menschen in ihren Raum ist notwendig, wozu neben der Bauernpolitik die Wiederverwurzelung des Stadtmenschen, vor allem des Industriearbeiters gehört — eine Aufgabe, die nur auf lange Sicht angepackt werden kann. Hierzu gehören die Maßnahmen des Arbeitsdienstes und die Erschließung des Ödlandes, die Weckung des Grenzbewußtseins und viele andere Dinge. Die volkliche Seite unseres Daseins erfordert, daß wir Deutsche uns planmäßig der Pflege unseres ganzen großen Volkes annehmen, es als ein weltweites Kraftfeld erkennen, dessen Zentrum zwar in Mitteleuropa liegt, so daß die Besonderheiten deutscher Haltung durch die geopolitischen Gesetzmäßigkeiten dieses Raumes weitgehend geformt sind, dessen letzte Vorposten aber weit vorgeschoben sind in alle Länder der Erde. Auf der einen Seite finden sich deutsche Streusiedlungen bekanntlich überall im östlichen Raum der Slawen; von der Einzelsiedlung bis zur großen, geschlossen siedelnden Volksgruppe gibt es, bis an die Grenzen Asiens, alle Größenordnungen deutscher Siedlungen inmitten fremden Volkstums. Die Betreuung ihres Lebens ist für uns politisch außerordentlich schwierig, da es nicht in der Absicht des neuen Reiches liegen kann, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Aber die volkspolitische Forschung kann doch die Möglichkeiten untersuchen, jenen Volksgenossen Hilfe zu bringen, wenn es nottut. Sie kann die Welt hinweisen auf die friedensgefährdenden Spannungen, die aus einer falschen Minderheitenpolitik erwachsen müssen, kann Maßnahmen zu ihrer Beseitigung vorschlagen.

Von ganz anderer Art sind die Probleme des Überseedeutstums, das zu einem erheblichen Teil aus Reichsdeutschen besteht, die in mehr oder minder großen Kolonien, oft nur wenige Mann stark, als Kaufleute oder Techniker, als Wissenschaftler oder Farmer in fremden Ländern arbeiten. In ihnen reicht das Kraftfeld des deutschen Volkes weit hinein in die überseeischen Bereiche. So wenig wir in jenen fernen Bereichen irgendwelche politischen Absichten haben und haben können, so notwendig ist es doch, die Verbindung zu jenen äußersten Vorposten unseres Volkstums nicht abreißen zu lassen. Diese Verbindung wird hergestellt durch den deutschen Seemann. Die Linien unserer Schifffahrt stellen nicht nur Verdichtungen unserer wirtschaftlichen Betätigung dar, sondern sie sind gleichzeitig außerordentlich wichtige „ethnopolitische Kraftlinien“, kennzeichnen die Stromrichtung, auf denen der Seemann den Deutschen in Übersee Kunde bringt vom neuen Aufbau im nationalsozialistischen Staat, auf denen er gleichsam die gewaltige Kraft,



die jetzt im Reich freigesetzt wird, hinüberleitet zu jenen Vorposten des Deutschtums, sie dadurch volklich-kulturell immer fester an ihr Volk bindend.

Die Betreuung des nationalsozialistischen Deutschtums in Übersee ist Aufgabe der Auslandsorganisation der NSDAP., die sich unter der tatkräftigen und zielbewußten Leitung durch Gauleiter E. W. Bohle zu einem der bedeutendsten Glieder der Bewegung entwickelt hat. Ihre Arbeit ist als Ganzes auch dann, wenn es den Einzelnen gar nicht klar bewußt sein sollte, unter die tiefen Erkenntnisse gestellt, die wir der Geopolitik entnehmen. Durch planmäßige Leitung und Zusammenfassung wird künftig vermieden, daß die Deutschen in Übersee in eine stets wachsende Isolierung geraten, die sie ihrem Volkstum und der Heimat schließlich völlig entfremdet. Träger der Verbindung sind zu einem ganz erheblichen Teil die deutschen Seeleute. Deshalb wurden die Parteigenossen unter ihnen auch schon 1932 als „Abteilung Seefahrt“ der Auslandsorganisation eingegliedert. Auch sie wurden dadurch aus einer Isolierung befreit, die der ganze Stand in den Augen vornehmlich des Binnendeutschen früher oft hatte. Der Seemann galt als ein Mensch zweiter Klasse, als der Typ der gescheiterten Existenz oder als dem bürgerlichen Leben entfremdeter Romantiker. Seine Lebenssphäre grenzte während der kurzen Zeit, wo er an Land war, fast an den Bereich der sozialen Unterwelt, so daß hier fortgesetzt die Gefahr bestand, daß wertvolle Glieder unserem Volkstum innerlich entfremdet wurden, daß sie der sozialen und volklichen Ausgliederung unterlagen.

Diese Isolierung war natürlich nicht mehr möglich, wenn man den Seemann planmäßig und bewußt als Bindeglied zu den Deutschen draußen benutzen wollte. Eine solche Verbindung kann nur herstellen, wer ganz fest im deutschen Volkstum wurzelt, wer ihm durch untrennbare Fäden verhaftet ist. Voraussetzung dafür ist außerdem die Regelung der sozialen Frage des Seemannslebens; auch hier darf es keine unklaren und trüben Bereiche geben, sondern es ist eine überschaubare und befriedigende Situation unerläßlich. Die Auslandsorganisation nimmt sich, in ständiger Zusammenarbeit mit den anderen an diesen Problemen interessierten Stellen, der Regelung dieser Dinge an. Sie hat dadurch ermöglicht, daß der deutsche Seemann jetzt eine Kleinarbeit von großer geopolitischer Bedeutung leistet.

Die zweite Aufgabe des Seemanns ist nicht minder schwierig und verantwortungsvoll: Er ist den anderen Völkern gegenüber der Repräsentant des Deutschtums, von dem diese oft genug einen wesentlichen Teil der Maßstäbe entnehmen, an denen sie uns später als Ganzes messen und werten. Die Berührung zwischen der raumentflossenen Wesenheit des deutschen Volkes und jener anderer Völker geht also sehr häufig im Seemann vor sich. Er selbst wird dann zum äußersten Vorposten des Deutschtums inmitten einer fremden Welt. Die unmittelbare Aufgabe, in deren Erfüllung der Seemann in diese fremden Länder kommt, ist stets eine friedliche. Seine Arbeit setzt in Handels- und Passagierverkehr, sowie in der Hochseefischerei stets gute Beziehungen zwischen den Völkern voraus; sie

führt in den Einrichtungen zur internationalen Hilfe auf See, im Signalwesen und in vielen anderen Dingen zu einer Verständigung zwischen den Völkern, die frei ist von aller leeren Ideologie und gerade dadurch Keimzelle für weitergehende Zusammenarbeit sein kann. Der deutsche Seemann als Repräsentant unseres Volkstums ist daher ein Beweis für die friedlichen Tendenzen des deutschen Lebens.

Diese friedliche Mission ist außerordentlich notwendig. Deshalb kann Deutschland nicht auf Seegeltung verzichten. Es will keine überragende Kriegsflotte, aber es will, daß man den deutschen Namen auf den Meeren der Erde mit Achtung nennt, daß man den deutschen Seemann überall gern sieht als Boten friedlicher Zusammenarbeit und als Vertreter eines Volkes, das mit allen Kräften um die friedliche Sicherung seiner Existenz ringt.

Solche Gedanken trugen den „Tag der deutschen Seefahrt“, der am 25. und 26. Mai in Hamburg, dem Tor Deutschlands zur Welt, veranstaltet wurde von der Abteilung Seefahrt der Auslandsorganisation der NSDAP. Ansprachen und Referate bekundeten im einzelnen den Willen des nationalsozialistischen Deutschland, sich die friedlichen Tendenzen der Seeschifffahrt zunutze zu machen. Welche Bedeutung man ihnen beilegen muß, wurde durch die Anwesenheit des Stellvertreters des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, eindrucksvoll unterstrichen. Weit über den Inhalt der Referate hinaus scheint uns dieser Tag, der in Zukunft alljährlich veranstaltet werden soll, eine tiefe geopolitische Symbolik zu bergen. Die Reichsregierung und die Wehrmacht, die verschiedenen Gliederungen der Bewegung und deutscher Länder vereinigten sich hier, um vor dem ganzen deutschen Volk und darüber hinaus vor der Welt den Seemann als Bannerträger einer friedlichen Mission zu ehren. Der Wille des nationalsozialistischen Deutschland zu einer, den tiefsten geopolitischen Gesetzmäßigkeiten unseres Daseins entsprechenden und mit allen Kräften den Frieden, die friedliche Zusammenarbeit und den friedlichen Wettbewerb unter den Völkern sichernden Politik konnte nicht nachhaltiger und eindringlicher demonstriert werden, als durch die Veranstaltung dieses Tages der deutschen Seefahrt von seiten der Auslandsorganisation der NSDAP., deren Leiter, Gauleiter Bohle, als Zweck dieses Tages formulierte, „die Deutschen im Reich über den Beruf des Seemannes und seine hohe Bedeutung aufzuklären; dem Seemann vor Augen zu führen, was für Deutschland von ihm und seinem Tun im Ausland abhängt, und ihm die Gewißheit zu geben, daß an ihn gedacht und für ihn gearbeitet wird“.



**ALBRECHT HAUSHOFER:****Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Am 17. Mai 1933 hat Adolf Hitler drohende Kriegsgefahr durch eine mutige und weitschauende Rede gebannt. Zwei Jahre später — der Jahrestag selbst ist durch Pilsudskis Tod nicht der gleiche — hat eine neue Rede die hochgehenden Wogen der europäischen Wirrung geglättet und noch einmal die Aussicht eröffnet, daß der große binneneuropäische Zusammenstoß, der keinem der europäischen Völker nützen könnte, vermieden wird. Zwischen den beiden Reden vom Mai 1933 und vom Mai 1935 liegt eine Gefahrenzone der deutschen Außenpolitik und mit ihr der europäischen Politik überhaupt — eine Gefahrenzone, von deren Ausmaß und Bedeutung sich die wenigsten volle Rechenschaft geben konnten. Im Frühjahr 1933 war die deutsche Gleichberechtigung ein Zugeständnis der Zukunft, ungern mit der linken Hand in Aussicht gestellt, mit der rechten schon wieder zurückgezogen. Im Mai 1935 ist die deutsche Gleichberechtigung eine Tatsache, der vielleicht noch das eine oder andere internationale Siegel fehlt, an deren Wirklichkeit aber nicht zu deuteln bleibt — gleichviel, ob und wann das letzte Siegel unter diplomatische Schriftstücke gesetzt wird. Damit hat sich die Gleichgewichtslage Europas in wesentlichen Zügen verändert. Statt einer Mitte, die beliebige Kräfte der peripheren Gebiete in einen machtlos leeren Raum geradezu hereinlockte, muß das äußere Europa heute mit einem festgefügteten Körper rechnen, der bereit ist, Wirkungen zu tauschen, zu empfangen und zu geben, Einfluß ebenso zu üben wie zu erfahren. Damit ergeben sich freilich unüberbrückbare Schwierigkeiten für alle jene Kräfte, die glauben, die Versailler Maschinerie, mit Genfer Wandlungen versehen, auf unbestimmte Zeit in Europa bedienen zu können. Das geht nicht mehr. Um so mehr aber bleibt zu fragen, welches Gesetz der kleine Teilkontinent, den wir Europa nennen, sich geben wird, um das Mindestmaß an Selbstbehauptung zu sichern, das er für das Bestehen seiner vielgestaltigen Werte gegenüber den kontinentalen Größen der asiatischen und amerikanischen Welt bedarf. Wer die Politik der letzten Monate verfolgt hat, weiß um die Versuche, ein Netz von Koalitionen im alten Stil des 18. und 19. Jahrhunderts über Europa zu werfen. Sie können, ob es eingestanden wird oder nicht, nur zu einem Ziele führen: den status quo um jeden Preis zu halten, nötigenfalls mit Gewalt. Wir wissen, daß geschichtliche Bewegungen nicht stillstehen. So hat man nur die Wahl, ihnen geordnete Bahnen zu weisen oder Explosionen in Kauf zu nehmen. Explosionen kann Europa nicht vertragen. Die Gemeinsamkeit dieser Erkenntnis und der Versuch, daraus Folgerungen zu ziehen, sind es, die verantwortliche Staatsmänner in Deutschland und England zum Suchen einer gemeinsamen Lösung treibt. Träte die britische Macht endgültig auf die Seite der französisch-russischen Militärallianz, würde sich die Option Eduards VII. zum zwei-

tenmal vollziehen, so wäre gewiß, in welches Verhängnis der Weg Europas führt. Die führenden Staatsmänner des Britischen Gesamtreiches wissen das. Denjenigen Mitgliedern des englischen Kabinetts, die es vielleicht vergessen haben mochten, ist es um so deutlicher eingeprägt worden von den Ministerpräsidenten der Dominien, die zum Regierungsjubiläum König Georgs in London versammelt waren. Die deutsche Kanzlerrede hat in London das Gewicht derer gestärkt, die den Weg der Koalition vermeiden und den Versuch machen wollen, unter voller Anerkennung der wiedergewonnenen deutschen Machtstellung zu einer dauerhaften europäischen Ordnung zu gelangen. Möglichkeiten eines Rüstungsabkommens zeichnen sich selbst für einen so vorsichtigen Mann wie den kommenden englischen Ministerpräsidenten Stanley Baldwin ab. Die Verhandlungen darüber werden bald beginnen. Ihr Ablauf entscheidet über die Stellung Europas in der Welt.

Der schwere Ernst dieses Hintergrundes darf nicht vergessen werden, will man die Einzelvorgänge auf der europäischen Bühne richtig bewerten. Deren wichtigster ist der italienisch-abessinische Streitfall. Die ostafrikanische Regenzeit bewährt sich als Hemmnis für einen Krieg. Wäre sie nicht, so hätten Laval und Eden größere Mühe gehabt, die italienische Regierung von unmittelbarem Eingreifen abzuhalten. So gelang es, wenigstens für eine Frist von drei Monaten das Gesicht des Völkerbundes zu wahren. Es würde uns wundern, wenn in dieser für Verhandlungen offengehaltenen Zeit ein wirklicher Abschluß zwischen Italien und Abessinien zustande käme. Denn das italienische Programm sieht mehr vor, als Abessinien ohne Kampf bewilligen kann: eine Grenzregulierung an der Somaligrenze, die schon keine Grenzregulierung mehr ist, sondern eine recht erhebliche Annexion. Darüber hinaus eine Vorherrschaft in ganz Abessinien, die kaum auf etwas anderes Rücksicht nehmen würde, als auf die englischen Interessen im Quellgebiet des Blauen Nils. Der Kaiser von Abessinien hat aus dem mandschurischen Beispiel gelernt, was friedliche Durchdringung für ein halbverschlossenes Land bedeuten kann. Er wird kaum bereit sein, die Konzessionen zu machen, die den Italienern die Möglichkeit geben, mit einem billigen diplomatischen Sieg aus der afrikanischen Feldschlacht heimzukehren. So halten wir die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts im Herbst für wesentlich größer als die Möglichkeit einer friedlichen Schlichtung, und sehen damit eine Anspannung der italienischen Kräfte voraus, die leicht zu einer Überspannung führen könnte. Das Gewicht Italiens auf der Waage der europäischen Politik wird nach dem Beginn eines abessinischen Konflikts mit Waffen alles andere sein als die bei aller Beweglichkeit des Einsatzes konstante Größe, mit der man in den letzten Jahren rechnen konnte. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, konnte das der letzten Rede Mussolinis entnehmen. Es liegt viel darin, wenn gesagt wird, Italien habe nicht die Absicht, sich am Brenner festnageln zu lassen. Wer gewohnt ist, weite geschichtliche Spannen zu überschauen, wird freilich kaum das Bedauern unterdrücken können, daß im Jahre 1919 die Gelegenheit versäumt worden ist, das



Verhältnis zwischen dem deutschen und dem italienischen Volk endgültig allen gegenseitigen Übergreifens zu entkleiden. Es gibt kaum eine Volkstumsgrenze in Europa, die so klar wäre und geographisch so wohl definiert wie die zwischen Deutschen und Italienern auf ihrem Lauf vom Ortlerkamm durch die Salurner Klause zu den Sextener Dolomiten. Trient und sein unbestrittenes Italienertum ist in der Zeit der österreichischen, d. h. der deutschen Herrschaft ein Gegenstand dauernder Sorge und steter Verteidigungsbereitschaft gewesen. Das deutsche Bozen unter italienischer Herrschaft übt auf die Beweglichkeit und Souveränität der italienischen Außenpolitik, bewußt oder unbewußt, eine ähnliche Hemmung, wie sie Trient einmal für Österreich gewesen ist. Die italienische Wacht am Brenner ist ebensowenig eine wirkliche Stärke des Staates und des ihn tragenden Volkes, wie es die Wacht an den Ausgängen zum oberitalienischen Festungsviereck für Österreich war.

Fragen der inneren Struktur haben sich zu gleicher Zeit für die zwei slawischen Hauptmächte der Kleinen Entente gestellt. Die südslawische Regentschaft, der begreiflicherweise der harte Griff der königlichen Diktatur fehlt, wie sie unter Alexander bestanden hatte, ist mit einem gemischten Regierungssystem in die Wahlen gegangen. Es hat sich herausgestellt, daß der alte Stammesgegensatz zwischen Kroaten und Serben so lebendig ist, wie er vor dem Eingreifen König Alexanders war. Es zeigt sich, daß in Südslawien nur auf zweierlei Weise regiert werden kann: entweder im Sinne einer straffen Diktatur, die militärischen Panzer über einen auseinanderstrebenden Staatskörper wirft; oder auf dem Weg einer ehrlichen Föderation, die bedeuten würde, daß ein für allemal darauf verzichtet wird, Kroatien, Slowenien, Bosnien und Dalmatien nach altserbischen Gesichtspunkten zu regieren. Solange zwischen beiden Kursen geschwankt wird, ist das Gewicht Südslawiens in Europa verringert. Selbst dann, wenn es sich bei dem wiedereingeführten System einer halben Parlamentsregierung nur um ein Zwischenspiel handeln sollte, hat sich dabei enthüllt, wie wenig es im Laufe einer halben Generation gelungen ist, die Grundspannungen des südslawischen Staates zu mildern. Schon in Polen hat sich gezeigt, wie schwer es ist, ein Volk wieder zusammenzufügen, das mehr als ein Jahrhundert in drei verschiedene Teile zerrissen war und sich jeweils anzupassen hatte. Aber im Fall Polens lag vor der Teilung eine Zeit geschlossener Staatstradition durch viele Jahrhunderte. Südslawien hat es schwerer. Ein volles halbes Jahrtausend ist das Schicksal der einzelnen südslawischen Stämme grundverschieden gewesen. Der Gegensatz zwischen türkischer und deutscher Vorherrschaft war viel größer als der zwischen deutscher und russischer im polnischen Fall. So wäre es ein Wunder, wenn sich ein einheitliches Volksgefühl und ein einheitliches Staatsgefüge der Südslawen in dem kurzen Zeitraum von 15 Jahren hätte herstellen lassen.

Fast zur gleichen Zeit, wo das Ergebnis der Wahl die Schwächen des südslawischen Gefüges aufgezeigt hat, ist in der Tschechoslovakei das zusammengebrochen.

was vor der Geschichte später einmal die „Fiktion Benesch“ genannt werden könnte. Daß die Sudetendeutsche Partei Henleins, die zur Partei der Sudetendeutschen überhaupt geworden war, die zahlenstärkste Partei des tschechoslovakischen Staates geworden ist, mochte für den keine Überraschung sein, der um die Einheit des Volkstums weiß, sofern ihm nur die Bevölkerungsziffern des tschechoslovakischen Nationalitätenstaates geläufig waren. In Westeuropa scheint man jetzt erst entdeckt zu haben, daß es in der Tschechoslowakei 3½ Millionen Deutsche gibt. Und jetzt erst fragt man sich nach dem Sinn der seit Versailles von den Tschechen betriebenen Politik. Man fragt sich natürlich auch nach der Standsicherheit des tschechischen Staatsgebildes für den Fall eines europäischen Sturmes und wundert sich ein wenig der Eile, mit der Benesch am Vortag der Wahl noch das verschleierte Militärabkommen mit der Sowjetunion unterzeichnet hat.

Das Verbot der Tschechoslowakei an die polnische Luftfahrt, weiterhin die Fluglinie Warschau—Wien mit Überfliegung tschechoslovakischen Gebietes zu betreiben, paßt ganz in die Linie einer Politik, die für die Fragwürdigkeit ihrer Grundlagen kein Verständnis zu haben scheint. Im Augenblick des Todes von Pilsudski ist es außerdem ein seltsames Zeugnis slawischer Nachbargesinnung. Auch die Teschener und Beskiden-Grenze ist kein Bereich unbedingter Ruhe!

Der Tod des Marschalls Pilsudski hat Polen seines eigentlichen Gründers beraubt. Wie groß das Lebenswerk Pilsudskis vor der Geschichte bestehen wird, hängt im hohen Maß davon ab, ob es seinen Nachfolgern gelingt, die polnische Politik auf der gleichen sicheren Linie, unabhängig von Frankreich, zwischen Deutschland und Rußland zu steuern. Die letzten Bestimmungen des Marschalls mit der symbolischen Heimkehr nach Wilna lassen deutlich erkennen, wo niemals eine territoriale Konzession gemacht werden wird. In Kowno freilich versteht man weder diese Sprache noch jede andere — mit Ausnahme der Sprache des russischen Gesandten, der Funken schürt, wo selbst die Garantiemächte für Memel (England, Japan, Frankreich, Italien) bemüht sind, mäßigend einzuwirken. Es ist bezeichnend für den Zustand Europas, daß einem Kleinstaat wie Litauen erlaubt wird, die Lunte an das große Pulverfaß zu legen, die dann, schon brennend, durch staatsmännische Leistungen der Großmächte, wie sie sich in den Reden Hitlers und Baldwins ausdrücken, wieder ausgetreten werden muß. Man fragt sich, wie lange dergleichen geduldet werden kann.

In welcher räumlicher Nähe vom Pulverfaß die Idylle wohnen kann, zeigt uns ein Sprung über die Ostsee. In Kopenhagen und Stockholm ist eine Kronprinzenhochzeit gefeiert worden, die Gelegenheit gab, freundliche Nachbarschaft der skandinavischen Reiche zu betonen — der gleichen skandinavischen Reiche, die grimmige Jahrhunderterte scheinbar unüberwindlicher „Erbfeindschaft“ hinter sich haben. Auch in Europa gibt es Grenzen, die wirklich entspannt sind, deren historische Dynamik so lange erloschen bleiben wird, als nicht das gesamte Gleichgewicht Europas durch einen Stoß von außen her Erschütterungen erleidet, deren Auswirkungen unbe-



rechenbar bleiben. In diesem Zusammenhang lohnt es, auch das zu lesen, was Baldwin in seiner letzten Rede über das englische Verhältnis zu Frankreich und über die Unvorstellbarkeit eines Konfliktes zwischen den beiden Nachbarn am Kanal gesagt hat. Die Zeit, in der man in Westeuropa mit Innenfronten einen Krieg führen konnte oder wollte, sind vorbei. Das schließt nicht aus, daß zwischen Paris und London Meinungsverschiedenheiten großen Stils bestehen. Man wird sie ausgleichen, von Fall zu Fall, von Kompromiß zu Kompromiß.

Während Italien einem afrikanischen Unternehmen mit weniger innerer Zuversicht entgegentreibt als nach außen gezeigt wird, melden sich in Frankreich innere Hemmungen von der Wirtschaft her. Der Goldblock wankt; es ist sehr die Frage, ob die noch bestehenden Goldwährungen gehalten werden können. Was geschieht, wenn auch der Franken und die Lira dem Pfund und dem Dollar folgen? Wohin führt der Weg, den man mit dem Außerkraftsetzen der Maßstäbe für die internationale Handelspolitik beschritten hat, wenn man ihn immer weiter fortsetzt? Man denke sich die Valuten der Goldblockländer dem Dollar und dem Pfund angepaßt — werden Amerika und England neuerdings entwerten, wird der japanische Yen vielleicht den Anfang machen? Wohin führt solcher Wettlauf?

In den Vereinigten Staaten haben die Juristen des Obersten Gerichts einen erheblichen Teil der Rooseveltchen Wirtschaftsreorganisation als verfassungswidrig außer Kraft gesetzt; wenige Tage vorher ist es Roosevelt nur mit Mühe gelungen, sein Veto gegen eine Maßnahme offener Inflation im Senat aufrechtzuerhalten. Die soziale Unrast in Amerika wird größer; die Verschiedenartigkeit der Heilmittel, die von Leuten wie Long und Coughlin angepriesen werden, mag den Herrscher im Weißen Haus beunruhigen, der sich die Kräfte des Zauberers in Goethes bekanntem Gedicht wohl zugetraut hat, aber heute sieht, daß es manche Abstufung auf dem Weg vom Lehrling zum Meister gibt, und daß ein aufgeregtes Volk nicht immer geneigt ist, als Hexenmeister den anzuerkennen, der sich selbst dafür hält.

Außenpolitisch hält der Rückzug der Vereinigten Staaten sowohl im pazifischen wie im amerikanischen Bereich an. Das Unabhängigkeitsgesetz der Philippinen ist angenommen. Die pazifischen Manöver der amerikanischen Flotte haben seestrategisch nicht ganz das gehalten, was man von ihnen erwartet hatte. In Süd- und Mittelamerika weicht der amerikanische Einfluß zurück — so weit sogar, daß sich kubanische Politiker fragen, ob noch mit einem Eingreifen der Vereinigten Staaten gerechnet werden könnte, wenn auf diesem tropischen Experimentierfeld plötzlich einmal eine Sowjetplantage empor sproßte. Auf den Westindischen Inseln mit ihrem Rassengewirr und ihren gefährdeten Monokulturen ist schon vieles möglich gewesen, was man in kühleren Klimaten für ausgeschlossen hielt, noch in dem Augenblick, wo es geschah. Nicht nur die Philippinen, auch die Antillen sind ein Manometer; und der Rückzug der dritten Internationale aus den französischen Rüstungsbetrieben, die Niederlage der chinesischen Roten in den Bergländern des oberen Jangtse

sind kein Ende gefährlicher Vorgänge, sondern ein Anreiz, die Flamme an anderen Stellen zu entfachen. Auch den Vereinigten Staaten könnte die Ahnungslosigkeit ihres Geschäftsverkehrs mit Moskau noch zum Schaden geraten. Angelsächsische und russische Staatskunst liegen in der Technik so weit auseinander, daß mancher Angelsachse von heute Gefahr läuft, in der Aussprache mit den Erben Potemkins den Kürzeren zu ziehen. Das scheint auch dem englischen Lordsiegelbewahrer widerfahren zu sein — dessen Betrauung mit der Leitung des Foreign Office wir daraufhin für ein Zeichen bedauerlicher Instinktlosigkeit seitens der Führer des Empire halten würden.

Die Umbildung des englischen Kabinetts steht unmittelbar bevor. Sie soll eine Regierungsdauer der nationalen Regierung für weitere fünf Jahre gewährleisten. Das Bedürfnis auch der kommenden Regierung Baldwin nach außenpolitischem Erfolg ist unverkennbar. Außenpolitischer Erfolg ist aber in den Augen der englischen Öffentlichkeit jeder Schritt zu wirklichem europäischen Frieden. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Sicherung des Friedens auch in der englischen Vorstellung nicht mit ausgesprochener militärischer Unterlegenheit gegenüber benachbarten Großmächten verbunden sein kann. Wohl mag die Formel der Parität die Zauberformel für den Frieden Europas werden. Es liegt gewiß nicht an Deutschland und an England, wenn diese Formel versagen sollte.

Aus dem weiten Bereich des Empire seien zum Schluß einige bedeutendere Tatsachen angeführt. Zunächst aus dem Bereich der Anglo-Persischen Ölgesellschaft und der mesopotamischen Basis der Imperial Airways ein Streit zwischen Irak und Iran (alias Persien) um die Hoheitsrechte auf dem Schatt-el-Araba, dessen Gewässer nach einer alten türkisch-persischen Abmachung heute der Bagdader Regierung unterstehen, obwohl das linke Ufer persisch ist. Persien will seinen Anteil bis zum Stromstrich und unterstützt die Forderung mit einer zur Zeit in Mohammerah liegenden Flotte. Der Völkerbund wird damit um ein kleines Problem bereichert, nachdem er sich der Chaco-Frage zugunsten der südamerikanischen Großmächte erledigt und den abessinischen Streitfall bis zum Ende der Regenzeit vertagt hat.

Arabische Vergangenheiten — fast möchten wir sagen: arabische Nächte — des britischen Weltreichs aber wurden aufgerührt durch den Tod des Obersten Lawrence, des vielleicht letzten britischen Reichsbaumeisters von völlig unbürgerlichem, im Zeitstil um ein gutes Jahrhundert verspätetem Schnitt. Sein seltsames Leben wird einmal von künftigen Historikern als Zeugnis dafür gewertet werden, daß der Vergrößerungswille des Britischen Reiches an der Schwelle vom Weltkrieg zur Nachkriegszeit erloschen ist. Aus Vorderasien ist nicht ein zweites, freieres Indien geworden.

Noch aber lebt die Kraft ausgleichender Reichserhaltung in den Trägern des Empire. Dessen ist die Reise des Generals Hertzog nach London ein Zeugnis. Er bringt ein Gentlemans Agreement über die Frage der südafrikanischen Protektorate nach Hause, das für den Juristen nichts, für den Staatsmann sehr viel bedeuten



kann. Man hat einfach beschlossen, unbeschadet aller Kompetenzen, durch praktische Zusammenarbeit in allen Fragen, die Swazi-, Basuto- und Betschuana-Land betreffen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen einmal die Übertragung der Protektorate an die Südafrikanische Union erfolgen kann. Damit ist kein Prestige verletz; man verläßt sich darauf, daß die praktisch entstehenden Formen der Zusammenarbeit am Ende zwanglos zum abschließenden Paragraphenwerk führen.

In ähnlicher Weise wird auch das westaustralische Problem geprüft und angegangen. Auch hier keine schroffen Standpunkte, kein hartes Hineinregieren. Man fördert die Notwendigkeiten inneren Ausgleichs innerhalb des Dominions, das eben erst in den Wahlen von Neusüdwaes bewiesen hat, daß es gute politische Führung zu würdigen weiß.

### KARL HAUSHOFER:

#### Bericht über den indopazifischen Raum

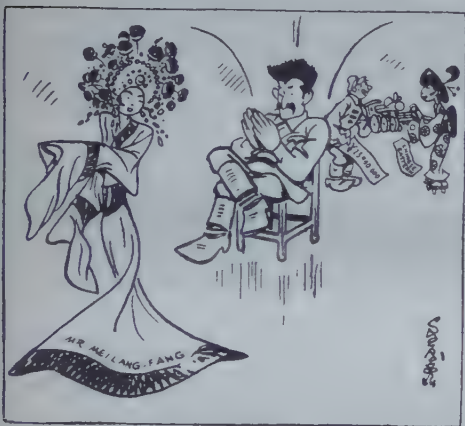
„China ist ein Meer, das alle Flüsse salzig macht, die sich hinein ergießen.“ Diese von großem Vertrauen in die einschmelzende Rassenkraft zeugende Prägung über eine wesentliche Eigenschaft chinesischen Volksbodens klang mir einmal von einem chinesischen Staatsmann entgegen, als ich ihm meine Verwunderung über die restlose Aufsaugung der einstigen, über Land gekommenen jüdischen Kolonie in Sian aussprach. Nun steht sie wieder auf, in etwas anderer Form, in einem Vortrag, den der japanische Botschafter Saito im Council of Foreign Relations in Chicago über „den russischen Faktor in China“ hielt — zwischen den Zeilen natürlich auch über den japanischen dort. Da hieß es unter anderm: „Einige Amerikaner wünschen die Probleme in andern Teilen der Erde etwas zu schnell abgerollt zu sehen.“ So habe ein chinesischer Gelehrter erst jüngst einem amerikanischen Bekanntenkreise bei der Diskussion über die japanische Eindringungsfrage in China sagen müssen: „Wenn sie so dumm wären, würde es ihr Ende bedeuten.“ „How“, fragt der Amerikaner. „Wir würden sie aufsaugen, wie wir das mit jedem Eindringling machen. Es würde nicht lange dauern.“ „Wie lange?“ meinte der Amerikaner. „Oh, nicht mehr als drei- bis vierhundert Jahre!“ war die Antwort. „Aber der Amerikaner war damit nicht zufrieden, er wollte die Sache bei seinen Lebzeiten getan haben.“

In dieser Geschichte spricht sich der ganze Spannungsunterschied zwischen dem west- und ostpazifischen Ufer aus: Viertausend Jahre geopolitisch bewußten Geschichtserlebens gegen keine vierhundert!

Drei bemerkenswerte Äußerungen von Ostasiaten: der vorstehende Vortrag von Botschafter Saito und ein anderer über das chinesische Verkehrswesen von Verkehrsminister Chu Chia-Hua, einem wohlgeneigten Kenner Deutschlands (beide in der März-Nr. d. „Far Eastern Review“), und ein bestelltes Fragespiel mit Dr. Hu Shih („The Peoples Tribune“, Shanghai, 16. 4. 35, S. 85—93) werfen Licht auf

diesen geopolitisch entscheidenden Unterschied in der Dynamik. Die Russen überschauen vergleichend beide verschiedenen Tourenzahlen; das ist ihre Stärke. Immerhin sind sie gelegentlich schnell aus Gefürchteten zu Verächten geworden.

Wenn aber gar bei australisch-japanischen Ausstellungen in Melbourne betont wird, der Schwerpunkt des Welthandels und der Weltpolitik sei längst vom Atlantischen in den Pazifischen Ozean gegliitten, so ist dies schon unvorsichtig, wenn es der japanische Vertreter sagt; aber der Australier dürfte es schwerlich ohne rassenpolitische Beklemmungen anhören. Denkt er geopolitisch, so empfehlen wir ihm eine überschlagsweise Zählung in seiner Umwelt nach voll-



Ein Kenner



besetzten und menschenleeren, arbeiterhungrigen Quadratkilometern; denkt er ethnopolitisch (was man mindestens nach der Fortdauer der australischen, kanadischen und USamerikanischen Rassengesetzgebung annehmen muß), so genügt eine einfache Zusammenzählung nach Menschenmillionen der für den „White-Australia“-Gedanken erwünschten und unerwünschten Pazifiknachbarn.

Solche Zählungen für den Indopazifischen Raum sind allen Rassenpolitikern, die noch nicht über kleineuropäische Kirchturmschatten und Einfriedigungen hinausgeblickt haben sollten, dringend zu empfehlen.

Sie werden dann auch die Frage ernsthafter prüfen, ob es zweckmäßig ist, den nachgedunkelten Ariern Indiens auf den Straßen das zarte Wort „Nigger“ nachzurufen — während sie in Paris und Rom ehrende Aufnahme, Freifahrt von der Landesgrenze nach Rom usw. erwartet —, ob die Georgier, Tataren und Uralaltaier der Roten Armee den sicheren Wächtern der europäischen Kulturwelt beigezählt werden können, und ob es gute Politik ist, ihre wahrscheinlichen Gegner zu vergrämen und ihnen Ausgleichs nahezu legen.



Hört man Botschafter Saito und Außenminister Hirota, so wünschen sie einen Ausgleich mit China schon als Abwehr gegen die Drohung des Kommunismus, dessen Übergreifen nach Sinkiang Saito in Chicago offen besprach. Mit dem Sicherheitsbegriff arbeitete der japanische Botschafter in USA. so gewandt, wie wenn er bei Poincaré in Privatschule gegangen wäre, und erklärte, eine höhere Standfestigkeit Chinas schon aus Gründen geopolitischer Nachbarschaft und wirtschaftlicher Mitleidenschaft zu wünschen. „Mit uns verfuhr die Geographie nicht so großmütig wie mit den USA.“ Stimmt das? Nicht ganz so „klar geschnitten und einfach“ wie dem Japaner, scheint die japanische Ostasienpolitik auch heute noch dem Chinesen. Ihm liegt der Block „Manchutikuo“ als unübersteigliches Hindernis im Wege, wenigstens für den Durchschnitt der Parteipolitik, während sich weitsichtige Chinesen mit dem politischen Verlust auf nahe Sicht, der bevölkerungspolitischen Rückerobung auf weite Sicht abgefunden haben, aber sich aus Rücksicht auf die politischen Schreier nicht dazu bekennen.

Hu Shih läßt sich zur Frage der Möglichkeit chinesisch-japanischer Zusammenarbeit elf Fragen vorlegen; er stellt zunächst (1), eben wegen der Mandchureiabtrennung, jede Besserung der chinesisch-japanischen Beziehungen in jüngster Zeit in Abrede, obwohl beide Mächte sie (2) dringend nötig hätten. Besänftigend hat inzwischen die Anerkennung des Botschafterrangs für die beiderseitigen Vertretungen durch die Westmächte, Deutschland, die USA. gewirkt, nachdem die Sowjets längst, Japan in neuerer Zeit damit vorangegangen waren.

Bei der Bedeutung, die man im Fernen Osten auch heute noch Fragen des Gesichts, des äußeren Ansehens beimißt, war die potentielle Großmachtanerkennung sicher besänftigend; und zweifellos sind Haßausbrüche, wie die Boykotthetze, abgeblasen worden, was natürlich nicht von heute auf morgen überall Erfolg hat (3). Nach seiner ganzen Haltung mußte Hu Shih über den japanischen Militarismus hinweg nach dem chinesischen Hiebe führen (4) und von Japans „nationalem Selbstmord“ sprechen (5). Seltsamerweise glaubt diese Art chinesischer liberaler Politiker offenbar, daß ihnen der so heiß begehrte „Norden“, einschließlich der gefährdeten Landschaften Chahar und Ninghsia, wieder ohne eigenes Rühren irgendwie in den Schoß fallen werde (6), (7). Befragt, wie er sich denn eine Zusammenarbeit oder Lösung der Mandchureifrage vorstelle, wick der Chinesen (8) und (9) aus und empfahl die Völkerbundsresolution (10) vom 27. 3. 33 Japan zur „serious consideration“, womit er jedenfalls in Tokio einen großen Heiterkeitserfolg hatte. Schließlich ließ er Japan die Wahl zwischen einem „England des Ostens“, einem „Deutschland nach dem Weltkrieg“ und einem „niedergebrochenen Spanien“ — als Cliché.

Man sieht aus der Schlußwendung von Hu Shih, noch mehr aber aus den weiteren Folgerungen des Berichters über das pazifische Sicherungssystem von 1922, über Sun Yat Sens etwas verschwommene „Great-Asia“-Lehre und ihren Gegensatz zur

japanischen panasiatischen Doktrin, daß auch der Ferne Osten mit einem eisernen Bestand geopolitischer Grundanschauungen arbeitet.

Man möchte vor allem in diesen chinesischen Kreisen nicht durch den Ruf „Asien für die Asiaten“ die Möglichkeit des Ausspielens von Amerika, Europa und Japan gegeneinander verlieren, was Japan sich offenbar zum Ziel gesetzt hat.

„China wartet“ — wie schon einmal vorher Sun Yat Sen zwischen 1919 und 1921 gewartet hat, ehe er sich den Russen zuwandte — „auf das Zusammenwirken der Mächte, deren wirtschaftliche und politische Lebensinteressen im Spiel sind.“ Da kann es lange warten! (Deutschland hat Erfahrung genug damit!)

„China hat zwischen zwei Linien seiner Außenpolitik zu wählen. Es wird immer zwischen ihnen wählen müssen“, meint der Mann der „Peoples Tribune“. Die Freiheit der Wahl ist längst vorbei! Wer Herr im eignen Hause bleiben will, muß es in Ordnung halten können.

„China bringt sein Haus in Ordnung“ (S. 93). Mehr als „Peoples Tribune“ glauben wir dabei dem energischen Verkehrsminister. Vom „Stehen und Warten“ aber kommt in Chinas jetziger Lage nichts Gutes. Es wird schon Entschlüsse fassen und handeln müssen!

Man kann ja an Äthiopien sehen, wohin der Anruf nach Genf und das Warten auf Hilfe des Völkerbundes führt. Noch schützt die nahende tropische Regenzeit. Aber Plassey wurde am 23. 6. 1757 geschlagen, Adua schon am 1. 3. 1896 — und doch bezeichnet das erste den glänzendsten Sieg, das zweite die schwerste Niederlage weißer Kolonialmachtausdehnung. Mit beiden begannen große Kolonialmachtverlagerungen; mit Adua hing Italiens Abfuhr in der chinesischen Sanmun-Bucht-Angelegenheit zusammen. „Der alte Respekt war eben fort.“ Kommt er neu?

Wir können ja indische Druckmesser danach befragen!

Fassen wir die Frühjahrsvorgänge in Indien nach ihrer geopolitischen Bedeutung zusammen, so scheinen uns im Vordergrund des Anteils zu stehen: Außenpolitisch die Aufmerksamkeit, mit der die Warnungsrufe von General Smuts (Kandidat für die Vizekönigswürde neben Sir John Anderson!) über das Erwachen des schlafenden Asien aufgenommen wurden („firm grasp on realities“), die Spannung, mit der Italiens Reichserweiterungen verfolgt worden sind (Anil Ch. Banerjee „The New Roman Empire“ in Amrita Bazar Patrika vom 22. und 23. 2. 1935 — „Vital importance of the Abyssinian problem“), endlich die Hellhörigkeit in der Frage der Verlangsamung der Indianisierung des Heeres in Indien.

In dieser Frage haben Sir Philip Chetwode, der Oberkommandierende, und der Kriegssekretär Tottenham wahrlich keinen leichten Stand gegenüber den indischen Fragestellern, die immer wieder den Lastenunterschied zwischen den 850 Rupien für jeden britischen Soldaten gegenüber den 285 für jeden indischen betonten und die Festsetzung eines Dauerverhältnisses von zwei Indern auf einen Briten, 120 000 Inder gegen 60 000 Briten bemängelten. Schließlich riß Totten-



ham die Geduld, und er fuhr heraus: „Es ist offensichtlich für jeden, der nicht ein geborener Trottel (Idiot) ist, daß die Armee niemals indisiert werden kann.“

„Die Katze ist schließlich aus dem Sack“, schrieben die indischen Zeitungen dazu. Es ist ja unvorsichtig, wenn man sie herausläßt; aber man kann es den geplagten Nerven eines anglo-indischen Kriegsministers (Army Secretary) zugute halten. Hören wird er es noch oft und den Fragen damit nicht entgegen.

Innenpolitisch beherrscht die Agrarpolitik des nur zu 11% verstädterten, zu 89% landverwurzelten Indien das Feld. Ein großer Bodenverbesserungs- und Berieselungsplan (vgl. Skizze) erstreckt sich auf die gewaltige, an sich zu höchster Fruchtbarkeit entwickelbare Fläche des Ganges-Brahmaputra-Deltas in Bengalen unter Neubelebung toter Flußläufe. Große Arbeiten und Summen würden hier noch größere Erträge und soziale Hebung herbeiführen. („Amrita Bazar Patrika“ vom 9. 3. 1935; ebenda vom 15. 3. eine gute Zusammenfassung von Bejoy Bhuson Chatterjee: „Rural Problem of India“; Verfechter der Dorfindustrie.)

Vorläufig aber hat die übrige Welt, die schon das von ihr so genannte japanische Dumping so peinlich empfindet, alle Ursache Gott und den guten Geistern der indischen und chinesischen Kultur zu danken, daß die erste nur zu 11%, die letzte zu etwa 20% verstädtert ist.

Aber ist nicht in breiter geopolitischer Betrachtung das Wort Dumping eben überhaupt unangebracht, wenn ein Erdraum es fertig bringt, einer weiblichen Arbeitskraft bei 30 Yen Lohn für 13½ Yen eine menschenwürdige Lebensführung zu verschaffen, einer männlichen bei mehr als 45 Yen Lohn für 26,90 Yen, einer Familie zu zweien bei freier Wohnung für 21,06 Yen, einer zu vieren für 38,29 Y., und wenn ein anderer Erdraum dazu nicht fähig ist, und sei es Our Lords own country? Solche Arbeiterhaushaltszahlen sind, leicht nachprüfbar, z. B. in Arno S. Pearce: „Report on the Japan and China Cotton Industry“ (1929) abgedruckt, und eine Zuschrift an den „Manchester Guardian“ vom 17. 5. 1935, S. 22 wiederholt die wesentlichen Zahlen, er weist nach, daß seit Japans Abgang vom Goldstand und dem Absinken des Yen um die Hälfte, der japanische Arbeitslohn im Wert etwa ein Viertel des britischen für Webarbeiter und dennoch auskömmlich ist.

Wird man da von Dumping sprechen dürfen? oder wird man nicht von günstigeren Anpassungsvorbedingungen und geopolitischem Vorsprung größerer Lagen- und Raumgunst reden müssen? Und was erfolgt, wenn sich die andern Monsunländer ihrer vollen Möglichkeiten bewußt werden oder sie auch nur so nutzen lernen, wie die Sowjetbünde ihre Raumweiten und die Leidsfähigkeit ihrer 163 Millionen?

Die Möglichkeit arischer Herrschafts- oder gar Mehrheitsbildungen und ihrer Erhaltung im Indopazifischen Raume hängt daran, wohin sich die 353 Millionen Indiens rechnen werden, und mit wem die stärkste, rein pazifische Macht ihr Schicksal vereinigt. Stellen sich beide gegen einen raum- und rassenpolitischen Er-

# INDEX MAP OF SUGGESTED IRRIGATION AND DRAINAGE SCHEMES



neuerungsgedanken, so hat er in diesen beiden Weltmeeren einen unmöglichen Stand. Wieviel Verlaß dabei auf Frankreichs Überseereich und seine Sowjetverbündeten wäre, das erklärt klar und nüchtern O. Maull im Göschensband 1089 mit 12 Karten und höchst wertvollen Schlußbetrachtungen über das Reich als völkische und Kulturgemeinschaft und Machtorganisation.

Zweifelloos besteht zur Zeit auch das französische Kolonialreich, nicht nur das



britische, an einer wichtigen Wendeflagge vom atlantischen, vom Mittelmeerraum zum indopazifischen, durch das italienische Vorgehen von Eritrea und Somalia aus gegen Äthiopien eine ebenso peinliche Belastungs- und Zerrungsprobe wie der Völkerbundgedanke selbst.

Daß die beiden Hauptkolonialmächte alten Stils aus dieser Lage keinen Ausweg finden, haben sie hauptsächlich ihrer stur verneinenden Haltung gegen Deutschland in ihrem kleineuropäischen Spiel zu verdanken, das kecken Unruhestiftern, die ihre Verlegenheit kennen, weltüber freie Bahn gibt und den Sowjetbünden ein Maß von Einfluß, das den Weltkapitalismus erschreckt.

Jene kühnen Freilanzten und Gegenspieler, die England in besseren Zeiten in solchen Fällen zur Verfügung standen, um sein geopolitisches Spiel ganz außerhalb offizieller Wege auch für neue Wendungen offenzuhalten, aus deren Reihen es einige seiner wertvollsten Reichserbauer, allerdings auch seiner schrullenhaftigsten und spleenigsten Einzelgänger bezog, scheinen ihm augenblicklich zu fehlen. Sie fanden namentlich im Nahen und Mittleren Osten ein reiches Feld für geopolitische Auflockerungsarbeit, wenn die amtliche Politik festgefahren schien. In bunter Reihe tauchen die Schatten von Clive und Warren Hastings, Stamford Raffles und Radscha Brooke, Lady Esther Stanhope und Gordon, Cecil Rhodes und Kitchener und selbst Byrons edles Profil auf; ihnen hat sich jetzt Oberst Lawrence gesellt, dem wir als geopolitischer Kraft einige Worte des Nachrufs widmen müssen. Solche Gestalten sind nur in weiträumigen Kraftfeldern denkbar: ihr „Feld ist die Welt“, auch wenn sie sich, wie dieser Archäolog und Orientalist, zunächst eine ausgefallene Stelle zur Vorbereitung ihrer Wirkung herausgesucht haben. Aber stand es nicht mit Lord Kitchener und seiner langen abseitigen Nah-Ost-Laufbahn (vgl. meine Coleman-Biographie) ähnlich? Kam die Gelegenheit, so wurden solche Männer Premierminister, Staatengründer, Feldmarschälle und ließen neue Ordnungen entstehen. Sprangen sie fehl, so lag zuletzt „ein zerschmettertes, herrliches Werkzeug des Herrn“ auf dem Plan. So war es mit T. E. Lawrence of Arabia, wie jetzt seine Nachrufe sagen, der am 19. 5. als Kraftfahrer Shaw mit 46 Jahren den Verkehrstod starb.

Lawrence wollte mit seinem Freunde Faisal (später König von Irak) ein großarabisches Reich und verstand es, die Randkräfte der Wüste durch dieses Fata-Morgana-Bild im Weltkrieg tätig werden zu lassen, während er die zentralen Kräfte der Wüste (Ibn Saud) unterschätzte; er wurde das Werkzeug zur kleinräumigen Zergliederung des Nahen Ostens und verzweifelte darüber. Das ist, auf letzte kurze Form gebracht, das tragische Schicksal des merkwürdigen, hochbegabten Mannes gewesen. Der britische grüne Tisch war stärker als er; trotz aller Nachrufe von Lord Allenby und Lloyd George, Jan Hamilton und Sassun, aller Irakminister, Arabisten und Archäologen.

Zur gleichen Zeit fährt Ibn Saud — das Pferd, gegen das Lawrence gesetzt

hatte — als geehrter Gast nach Rom, vielleicht arabische Rückendeckung für eine unberechenbare Rassenpolitik mit doppelseitiger Britenumfassung am Schlüsselpunkt von Aden, am „Tor der Tränen“ (Bab el mandeb), während. Wo ist augenblicklich ein Mann für dieses Zerrungsfeld, der für das Britenreich tun kann, was Kitchener in seiner Nähe bei Omdurman und Faschoda tat, und Lawrence von der Hedschasbahn bis Damaskus, und an der östlichen Gegenpforte Stamford Raffles gegen den Willen von Außenamt und Kolonialminister in Singapore getan haben? Aber wie sind schließlich Peters, Wissmann u. a. nach ähnlicher Leistung bei uns behandelt worden?

„Männer machen die Geschichte.“ Gewiß. Aber sie können es nicht ohne Lebensraum und Atemweite und geopolitisches Fingerspitzengefühl, das irgendwie erworben werden muß durch Tatenspielraum und vorbereitende Gedankenweitung. Wenn Ormsby Gore unwillig davon spricht, daß die deutsche Jugend „air-mad“ (lufttoll, luft-trunken) sei, und der Historiker G. P. Gooch von Japan und Deutschland als „Supreme obstacles to peace“ redet, obwohl er seinen Vortrag darüber beginnen muß, „daß nur ein Wunder Krieg zwischen Italien und Abessinien verhindern könne“ — woran Deutschland und Japan wahrhaftig räumlich unbeteiligt sind —, so ist eben vielleicht ein letzter Grund, daß man den Mächten der Erneuerung zu wenig an Land- und Seeraum übriggelassen hat; das erkennt selbst Gooch, wenn er dem „Japanese Imperialism in the Far East „nur“ German dissatisfaction in the heart of Europe“ gegenüberstellt. Daß wir mit dieser Lage auch noch zufrieden sein sollen, ist wirklich zuviel verlangt. Auch alle britischen „Empirebuilder“ waren es nicht; und hätten doch mehr Grund gehabt, es zu sein!

### Dem Fünfziger Colin Ross (4. Juni)

In bösen Tagen nicht nur die eigenen Augen, sondern auch die der Deutschen im ganzen weltüber offen gehalten zu haben, bei gründlichem Durchpflügen der vollen Weite des Erdballs, ist das große Verdienst dieses Weltfahrers und wissenschaftlichen Freilanzfechters. Zu einer Zeit, wo deutsche Wissenschaft mühsam darum rang, Mitteleuropa den Pazifischen Ozean als „das Meer der Entscheidungen“ zu zeigen, hat er ihr redlich dabei geholfen. Im Grenzrain zwischen Auslandsdienst der Presse und den Ackerfurchen, die mit voller Gefechtschwere die Wissenschaft zog, hat er mit gekämpft und ist kühn über diesen Grenzrain hin und her gesprungen. Aber das haben, wie er, auch die großen Pfadfinder der Geopolitik tun müssen: Ratzel und Richthofen, Rudolf Kjellén und Mahan, und wie sie alle heißen. Diesen Pfadfindermut und die daraus folgende Wegbahnungsarbeit für das Ansehen des Deutschen im Ausland und für sein Weltbild grüßt K. Haushofer.

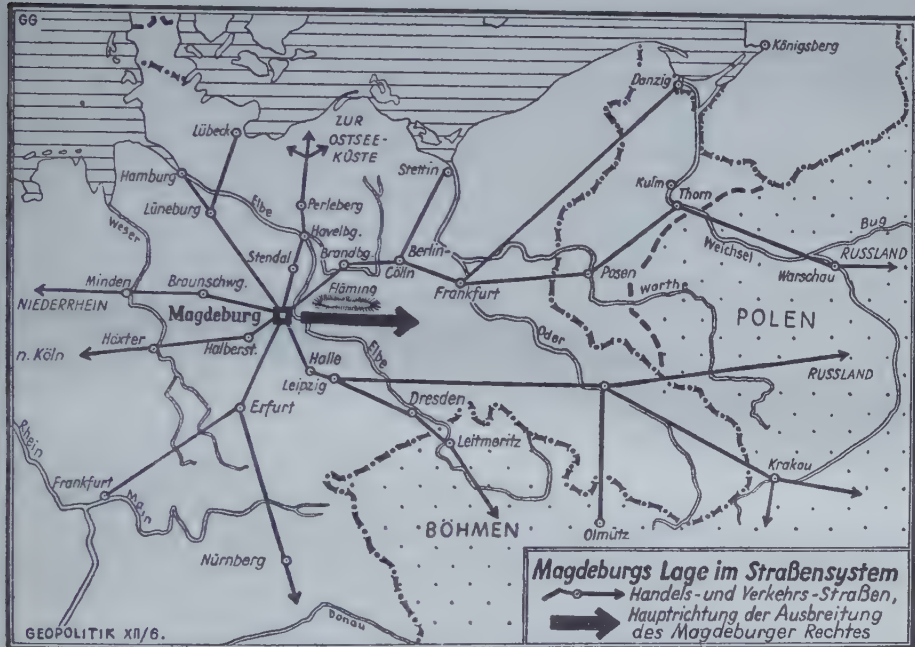
**FR. MARKMANN:****Zur Geopolitik des Magdeburger Rechts**

Wenn das deutsche Mittelalter die schicksalhafte Epoche unserer Nation darstellt, dann ist als Leitmotiv dieses Zeitabschnittes unseres geschichtlichen Staatswerdens die Zielstrebigkeit gen Osten ausschlaggebend. Das Gesicht unserer Nation ist nach dem Osten Europas gerichtet. Dieser Drang nach dem Osten zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze deutsche Geschichte, einmal an Stärke und Intensität anschwellend, dann wieder schwächer werdend, aber doch über alle Tages- und Zeitereignisse sich immer von neuem hinwegsetzend. Der tiefere Grund hierfür dürfte in geographischen Momenten zu suchen sein. Die nordalpinen Länder zeigen einen betont starken Unterschied in ihren Bodenprodukten und klimatischen Verhältnissen im Vergleich zu den südeuropäischen Ländern, bedingt durch den Verlauf der nördlichen europäischen Küstengrenzen nicht von West nach Ost, sondern generell gesehen von Südwest nach Nordosten. Diese Differenzierung der Lebensbedingungen wird noch unterstrichen durch den die westliche Europaküste bespülenden und erwärmenden Golfstrom; durch diese stärkere Anreicherung günstigerer Lebensgrundlagen wurde im raumengen Westen im Gegensatz zum raumweiteren Osten die Grundlage geschaffen für eine frühere und auch um so reichere Kultur, verbunden mit für die frühmittelalterlichen Verhältnisse starkem Volksreichtum. Die damit verbundene intensive Bedarfsdeckungswirtschaft Westeuropas zwang innerhalb des Erdteils zum Wirtschaftsausgleich mit dem menschenärmeren Osten, der aber an Rohstoffen desto reicher war. Somit ist diese Westoststrebigkeit zweifellos geographischen Naturgegebenheiten und Bedingungen unterworfen. In ihrer Stärke ist sie beeinträchtigt durch die 1482 erfolgte Entdeckung Amerikas und die damit verbundene Schwergewichtsverlagerung der europäischen Ausgleichswirtschaft in der Bedarfsdeckung; ihre historisch bedingte Richtung hat sie trotz dieses Ereignisses beibehalten und wird sie entgegen aller politischen Schwierigkeiten auch für die Zukunft sich zu erhalten wissen.

Diese für die Entwicklung des Magdeburger Rechtes prima facie abwegigen Erörterungen sind doch entwicklungshistorisch gesehen von ausschlaggebender Bedeutung hinsichtlich des inneren Charakterbildes der Magdeburger Rechtsschöpfung geworden. Das eigentliche Ausdehnungsgebiet des alten deutschen Reiches fand unter Karl dem Großen seine Beherrschungsgrenzen an der Weser, unter den Ottonen an der Elbe. Wenngleich der Franke Karl bis zur Elbe verschiedentlich vorstieß, war von einer eigentlichen stabilisierten Souveränität noch keineswegs die Rede. Erst die Ottonen, insbesondere Otto I., schufen konkrete Hoheitsmöglichkeiten für das Land zwischen Weser und Elbe, um von hier aus durch intensive Wachstumsspitzen in das ostelbische Slawengebiet vorzustößen, das nicht nur



politisch, sondern auch kirchlich allmählich gebändigt wurde. Die unter den nach-ottonischen Kaisern bis zu den Staufern einsetzende Schwächung der kaiserlichen Zentralgewalt und die damit verbundene Stärkung der fürstlichen Territorialgewalten schufen im Zusammenhang mit den zerrissenen geographischen Gliederungen Westdeutschlands, den uneinheitlichen Strom- und Gebirgsverhältnissen partikularistische Auswirkungen allergrößten Ausmaßes, die sich selbstverständlich auch auf die Bildung von Rechtsgebieten erstreckten. Die Grenze dieser Zer-



rissenheit bildete die alte Slawengrenze, die Elbe-Saalelinie. Westlich dieser Linie entwickelte sich im eigentlichen Mittelalter die ganze Fülle stadtrechtlicher Familien mit der ihnen eigenen individualistischen Buntheit, mit dem Durcheinander der sogenannten Oberhöfe und der partikularistisch eigensinnigen Beachtung traditionell oder privilegiert gegebener Kompetenzen. Da das Reich als Zentralgewalt versagte, wurde der aufgliedernde Einfluß des Raumes überwiegend in der Bildung einzelner Territorialstaaten und verhinderte somit die Schöpfung eines einheitlichen Rechtes.

Ganz anders die Verhältnisse östlich der Elbe-Saale-Linie. Vor unseren Blicken tut sich die weiträumige Landschaft der norddeutschen Tiefebene auf. Ungehemmt von Gebirgszügen schweift das Auge umher; ab und zu wird das Blickfeld unterbrochen von den leichtgewellten, niedrigen Moränengebildeten der Eiszeit, die aber

im Gesamtbild der Landschaft keineswegs hemmen, sondern nur gliedern. Ausgedehnte Sümpfe trennen weite Landschaften, wie in Westdeutschland hohe Gebirgsrücken. Trotz allem ein Raum, geeignet für großzügige Herrschaftsplanung, wenngleich er als slawischer und damit als dem Deutschen feindlicher Boden in harter Kriegs- und Kolonisationsarbeit dem Deutschtum gewonnen werden muß. Jeder Kampf schafft zähe Menschen mit harten Charakteren und trotzdem konform gerichteten Willensbildungen. Nicht umsonst ist in diesem Raum der deutsche Ritterorden zu höchster Blüte geführt worden, nicht umsonst erwuchs in diesem Kolonisationsland das harte, spartanisch zähe Preußen; mit Recht ist vom Osten her der Grundstein für das große Deutsche Reich gelegt worden. Große Taten, große völkererschütternde Ideen verlangen große Räume, und so hat die Weiträumigkeit des deutschen Ostens aus der kolonisatorischen Kampfeinheit der vordringenden deutschen Pioniere die Einheit des Ostens in politischer Hinsicht entstehen lassen. Jedes Gebilde großräumigen Ausmaßes verlangt aber einheitliches Recht. Und so ist mit dem Vordringen des Deutschtums auch das Recht mitgewandert und hat das einzigartige Gebilde des großen Magdeburger Stadtrechtskreises geschaffen, ein Werk, in seiner rechtlichen Auswirkung nur den Rechtshistorikern bekannt, in seiner kulturellen Beeinflussung bis heute unwürdigt. Das Magdeburger Recht umfaßte nicht nur den Wirkungsbereich deutscher Kolonisationsarbeit, sondern ging bei weitem darüber hinaus in den russischen Raum und in die Ukraine. Die Rechtseinheit des deutschen Ostens bestand bereits lange vor der politischen Einheit, und zwar auf der Grundlage des Magdeburger Rechtes, dessen Aktivlegitimation zu dieser ungeheuren Kulturaufgabe in seinem inneren Wert, in seinem Charakter lag.

Die Grundlage des Magdeburger Rechtes war das gemeine sächsische Recht, d. h. das Recht der Sachsen, in deren östlichem Gebiet Magdeburg lag. Magdeburg war schon immer im sächsischen Stammesverband eine Grenzstadt gegen die Slawen, galt schon immer als Brückenkopf gegen das feindliche Slawenland. Und als zwischen 1220 und 1235 Eike von Rebgoß das damals in den Bistümern Magdeburg und Halberstadt gültige allgemeine sächsische Recht aufzeichnete und zu seinem Sachsenspiegel ordnete, da trug dieses Recht bereits in sich einen gewissen Grenzcharakter, eine Angleichung an die Notwendigkeiten, die jedes Grenzleben, jedes kolonisatorische Streben in sich birgt. Es soll mit diesen Ausführungen keineswegs behauptet werden, daß das Magdeburger Recht dem Recht des Sachsenspiegels gleichzusetzen sei. Es darf aber festgestellt werden, daß das Stadtrecht von Magdeburg als die reinste stadtrechtliche Umbildung und juristische Ausprägung des Sachsenspiegels anzusehen ist. Die Grundlage des materiellen Rechtes war zweifellos im allgemeinen sächsischen Recht zu suchen, das mit der Ausbildung der Stadt zu einem besonderen Gerichtssprengel, mit der Konzentration militärischer und kirchlicher Machtbefugnisse in seinen Mauern und mit der ständig stei-

genden Bedeutung als Kolonisationsknotenpunkt für den Osten die Grundlage für eine in Satzungen und Willküren festgelegte Fortbildung des sächsischen Rechtes schuf. Diese verkehrs-, wirtschafts-, kirchen- und militärpolitisch geschaffenen Gegebenheiten schufen verfassungsmäßig ihren praktischen Niederschlag in einer „constitutio“ vom Bischof Wichmann aus dem Jahre 1188. Der individuelle Charakter der Stadt schuf sich ein individuelles Recht, das in sich die Seele der großräumigen Ostfalenlandschaft trug, das aber als Recht einer kriegerischen Grenzstadt auch in sich den Keim zu weiterer Pionierarbeit legte, verbunden mit stammesgefügter Tradition altsächsischen Ursprungs.

Der Charakter der Stadt unterlag, ganz abgesehen von seiner politischen und kirchlichen Ausprägung, insbesondere der Beeinflussung durch die ausschlaggebende Stellung als Verkehrsknotenpunkt allergrößten Ausmaßes, der zweifellos als Stützpunkt des Heeres erhebliche Bedeutung besaß. „Die strategisch wichtigsten Straßen waren für Karl (den Franken) die, die gleichzeitig quer durch das Sachsengebiet und in das Herz des zweiten, des slawischen, Feindes führten. Dabei muß zunächst der Weser-, dann der Elbeübergang gesichert werden. Der eine wichtige Weserübergang ist bei Höxter, der andere bei Minden. Von Minden ostwärts führt die im ganzen Mittelalter bedeutende große Heeresstraße, der Hellweg, über Hildesheim zur Elbe bei Magdeburg. Die unter den Franken meistbegangene Straße von der Weser zur Elbe zieht sich von Minden über Hannover—Braunschweig zur Elbe bei Magdeburg. Dort ist der berühmte Elbübergang. Von der mittleren Elbe bei Magdeburg bis zur Mündung gab es drei Übergänge, die für ein Heer in Betracht kamen: der erste bei Magdeburg, der zweite bei Hühbeck, der dritte unterhalb von Bardowieck. Bei Magdeburg setzte Karl im Jahre 780 über und errichtete dort am rechten Ufer im Jahre 805 den Brückenkopf Burg. Welche Rolle diese Plätze, zunächst für Kriegszwecke geschaffen, wiederum für die friedliche Durchdringung des Landes spielten, ersieht man aus ihrer Entwicklung zu Handelszentren: im Jahre 805 hat Karl ihnen durch Verordnung den Handel mit den Slawen freigegeben. Der erste Handelsplatz ist Magdeburg, der zweite Schepla (?) bei Lüchow hinter dem Hühbeck, der dritte Bardowieck.“ (Brettschneider.) Die genannten Straßen galten als Königsstraßen — *via regalis*.

Daß insbesondere die Ottonen Magdeburg militärisch und kirchlich stärkten, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Am 18. Oktober 968 wurde durch Otto I. das Erzbistum Magdeburg geschaffen, dem die Bistümer Havelberg, Brandenburg, Merseburg, Naumburg und Meißen unterstellt wurden. Die Gründung des Erzbistums Magdeburg war im Reich insofern von besonderer Bedeutung, als dadurch dem ständig wachsenden Mainz ein ebenbürtiger kirchlicher Faktor im Osten des Reiches gegenübergestellt werden konnte, der, wie Mainz auf fränkischer, Magdeburg auf sächsischer Basis fundierte.

Diese ganzen so ausgeprägten Faktoren bildeten das Schicksal Magdeburgs als der



Vorburg deutschen Wollens und Handelns im osteuropäischen Raum und prägten selbstverständlich auch ihre Spuren dem allmählich sich entwickelnden und den wechselnden Tatsachen sich anpassenden Magdeburger Recht auf. An dieses Magdeburger Recht knüpfte eine ganze Reihe bedeutungsvoller Privatarbeiten, deren inhaltreichste das „Sächsische Weichbild“ ist, das sich aus zwei Teilen zusammensetzt. Der eine Teil wird gebildet aus dem Magdeburger Schöffengericht, das sich am Ende des 13. Jahrhunderts auf der Grundlage von Magdeburger Rechtsmitteilungen nach Breslau (1261 und 1295) bildete; den andern Teil umfaßt das Weichbildrecht (Gerichtsverfassung), das zwischen 1237 und 1250 abgefaßt wurde und historische Nachrichten über Magdeburg mit allgemeinen Rechtslehren, Magdeburger Recht und Wendenrecht umfaßt. Dieses Weichbild ist in seiner weiteren Entwicklung in das Lateinische, Polnische und Tschechische übersetzt worden. Als weitere Emanation des Magdeburger Rechtes ist das Meißener Rechtsbuch zu betrachten, desgleichen das sogenannte „Schematische Schöffengericht“, das auf Magdeburger Weistümern an Breslau und Breslauer Schöffensprüchen nach Magdeburger Recht aufbaut. Zu demselben Kreis gehört das Glogauer Rechtsbuch und der „alte Kulm“, ebenso die „Magdeburger Fragen“, die eine Sammlung von echten Magdeburger Oberhofurteilen auf Anfragen aus Thorn, Kulm und Schlesien umfassen. Auf ihnen bauen die 1400—1402 vom Thorner Stadtschreiber Walther Ekhardi verfaßten „Neue Bücher Magdeburger Rechtes“ auf. In der Mitte des 15. Jahrhunderts entstand in Danzig ein zum Magdeburger Rechtskreis gehöriges Werk, die landläufigen Kulmischen Rechte, die die Grundlage für das Danziger Schöffengericht darstellten. Um für die polnischen Verhältnisse das Magdeburger Recht richtig anwenden zu können, ließ der polnische König Kasimir der Große, der bedeutende Förderer deutscher Einwanderer, um 1347 im Wieslitzer Statut den gesamten Inhalt des Magdeburger Rechtes aufzeichnen. Wir sehen also die außerordentliche Befruchtung, die vom Magdeburger Rechtskreis ausging und Magdeburgs geschichtlich-politische Schicksalssendung auch kulturell fundierte.

Dieser durch das Schicksal gestellten Aufgabe konnte nicht ein Recht gerecht werden, das seine Entstehung kleinen räumlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen verdankte. Ein westdeutsches Recht wäre wohl kaum imstande gewesen, dieser ungeheuren kulturellen Aufgabe gewachsen zu sein. Nur ein Recht, das in seiner Entstehung, im Keime bereits alle die von einer Großraumidee zu fordernden Bedingungen in sich trug, konnte die kulturelle Strahlungskraft aufbringen, die erforderlich war, das weiträumige Osteuropa ideenmäßig zu erfüllen und auf dem betreffenden Kulturgebiet gleichzuschalten. Auch das Recht ist bis zu einem gewissen Grade eine Emanation des Raumes, der Landschaft, und so war die Magdeburger Landschaft prädestiniert zur Schaffung eines für das weiträumige Osteuropa geeigneten Rechtes.

Zu diesen so in der Natur des Magdeburger Rechtes liegenden Grundbedingungen

trat ein politischer Faktor, der bisher m. E. nach nicht die genügende historische Würdigung erfahren hat, nämlich die Beeinflussung der Ausweitung des Magdeburger Stadtrechtskreises durch den Deutschen Ritterorden. Im Jahre 1227 wurde Waldemar von Dänemark nach seiner von 1223—1225 in Burg Dannenberg a. Elbe durchgeführten Haft bei Bornhöved vernichtend geschlagen. Bereits im Anschluß an den 1225 mit Waldemar geschlossenen Vertrag hatte der Ordensmeister Hermann von Salza bei Friedrich II. die Forderung aufgestellt, Lübeck zur freien Reichsstadt zu machen und dem Orden dadurch Gelegenheit zur Schaffung einer Wachstumsspitze für den ostdeutschen Schiffsverkehr zu geben. Dieser Forderung wurde 1226 entsprochen. Gleichzeitig konzentrierte Hermann von Salza seinen militärischen Nachschub in Magdeburg, wo der Orden seit seiner Gründung eine Mission unterhielt. Erst nachdem so die militärischen Grundlagen geschaffen waren, war der Boden vorbereitet für den Ordensvorstoß in das Slawenland, den der niederdeutsche Landmeister Hermann Balk führte. Schlag auf Schlag folgten mit dem militärischen Vordringen die kulturell und wehrpolitisch bedeutsamen Städtegründungen von Thorn und Kulm 1231, Marienwerder 1233. Zwar ist das Ordensheer stets ein Heer mit kirchlichem Charakter und geistlicher Prägung gewesen, aber niemals ist die Politik des Ordens rein kirchlich bestimmt gewesen. Von Anfang an hat sich der Orden auf weltliche Bündnisse und Unterstützungen verlassen und verlassen müssen. Die föderative Politik des Ordensmeisters fand stets weltliche Stützen, und so betrieb er eine weltliche Politik, die über die kirchlichen Lebensforderungen weit hinaus ging und das gesamte Gebiet des Nahen Ostens umfaßte. Seine Politik fand keineswegs ihre Begrenzung in der Interessensphäre der Kirche, sondern weitete diesen Rahmen erheblich. Die Erfassung der außenpolitischen Gesetzmäßigkeiten und Gegebenheiten durch den Orden schufen dem Magdeburger Recht, das der Orden durch seine Niederlassung in Magdeburg kennen und schätzen gelernt hatte und somit mit auf den Weg nach dem Osten nahm, die gesunde Basis zu einer Ausdehnung, die auch das ganze Ordensgebiet zunächst mit seinen gesamten neuen Städtegründungen dem Macht- und Geltungsbereich des Magdeburger Stadtrechtskreises unterwarf und seine Krönung in der Kulmischen Handveste fand, die auf der Grundlage Magdeburger Rechtsbegriffe eine Anpassung an die rechtlichen Erfordernisse des Ordensgebietes umfaßte. Zwar schnitt sich in einzelnen Küstengebieten der Magdeburger Rechtskreis bei denjenigen Städten, die in Magdeburg zu Hof gingen und den Magdeburger Oberhof anerkannten, mit dem maritim bedingten Lübschen Stadtrechtskreis, aber überwiegend gehört das gesamte Ordensgebiet bis über die Memel und Düna hinüber zu Magdeburg.

Das geographisch wichtigste Einfalltor von Magdeburg aus nach dem Osten war die Verlängerung des Hellweges zwischen Planebruch und Elbe den Fläming entlang. Zweifellos ist es im mittleren Gebiet des nahen Osteuropas geistlicher Kolonisationsarbeit zu verdanken, daß das Magdeburger Recht von den von der Kirche angesie-

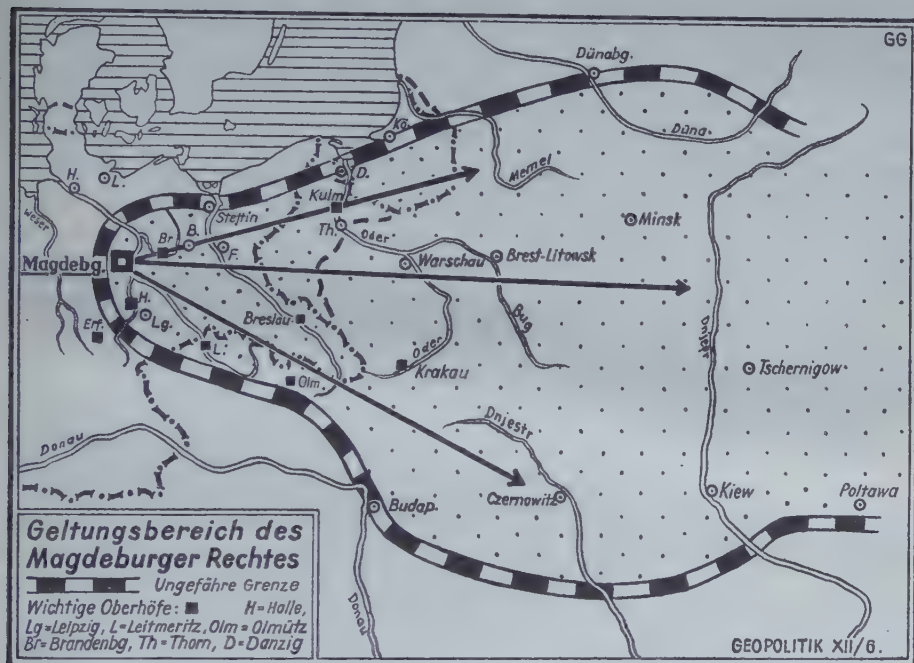
delten, besonders niedersächsischen Siedlern nach Osten mitgenommen und zur Geltung gebracht wurde. Es sei nur in diesem Zusammenhang an die Gründung Gnesens und deren weitere Auswirkung erinnert. Die Ausbreitung des Magdeburger Stadtrechtskreises in den Gebieten zwischen Oder und Weichsel führte zur Begabung der Hauptstädte Krakau, Lemberg und Warschau. Damit war nicht nur der Norden, sondern auch die Mitte Osteuropas dem Magdeburger Stadtrechtskreis erschlossen. Beschleunigt wurde diese Aufbereitung für Magdeburger Rechtsideen durch die Flüsse als Haupthandelswege. Jede punktuelle kartographische Darstellung der Ausdehnung zeigt die ausschlaggebende Bedeutung des ostdeutschen Flußsystems für die Verbreitung Magdeburger Rechtsideen, die einmal durch die Kolonisation west-östlich in den osteuropäischen Raum drangen, zum andern die allgemein südost-nordwestlich gerichteten Flußsysteme entlang wanderten.

Das stärkste Einflußgebiet des Magdeburger Rechtes war Schlesien. Geopolitisch gesehen bildet der schlesische Raum eine große Einheit mit gleichgelagerter historischer und kultureller Geschichte. Es gibt kaum einen Raum in Europa, der sich auf allen Gebieten der Entwicklungsmöglichkeiten so konform gestaltet und dadurch eine so starke landschaftliche Eigenheit gebildet hat wie das Oderschlesien mit seinem zentralen, alle großen Straßenzüge des Raumes bindenden Mittelpunkt Breslau. Schlesien ist stets eine räumliche Individualität *sui generis* gewesen. Und so war es ganz erklärlich, daß, als Breslau im Jahre 1261 mit Magdeburger Stadtrecht belehnt wurde, damit das ganze schlesische Landschaftsgebilde dem Magdeburger Stadtrechtskreis erschlossen wurde. Im Jahre 1000 wurde Breslau dem Erzbistum Gnesen angegliedert. Nach stärkerer Ausprägung der Magdeburger Rechtsideen war es verständlich, daß dieses den Bedingungen des Ostens angepaßte Recht in die jungen, neu gegründeten geistlichen Städte des Ostens wanderte. Ging doch das Magdeburger Recht selbst auf eine geistliche „Constitutio“ des Bischofs Wichmann zurück. Das Land Schlesien selbst ist mit Ausnahme des Nordens von allen Seiten bergigsmäßig abgeschlossen. Das wirtschaftliche Schwergewicht neigt insbesondere durch die verkehrspolitischen Gegebenheiten der Oder nach Norden und sucht Anschluß an den mitteldeutschen Raum mit seinem Zentralknotenpunkt Magdeburg. Und nur so ist es zu begründen, daß es kaum ein Landschaftsgebilde gibt, das von Natur aus so stark zur Bildung einer landschaftlich bestimmten Rechtsraumeinheit neigt wie Schlesien.

Daß neben Schlesien auch Sachsen und die Niederlausitz zu den Einflußsphären des Magdeburger Stadtrechtskreises gehörten, dürfte auf der Hand liegen. Bereits frühzeitig vor 1235 wurde Halle mit Magdeburger Stadtrecht bewidmet und prägte somit eine eigene Rechtsfamilie aus, als es 1182 und 1352 durch Weitergabe seines Rechtes nach Leipzig und Neumarkt, Dresden, Naumburg und Meißen seinen Wirkungskreis ausdehnte, ohne jedoch damit Magdeburg als Oberhof auszuschalten. Darin lag ja überhaupt das kulturell bedeutungsvolle Schwergewicht der Bewidmung



von Städten mit Magdeburger Recht, daß in Zweifelsfällen Rückfragen an den Magdeburger Schöffenstuhl gerichtet wurden, der diese Zweifel gegen Erstattung einer Gebühr durch ein Weistum behob. Ich führe zu einem Teil darauf den früheren Reichtum der Stadt Magdeburg zurück. Selbstverständlich sicherte diese Ausbildung des Instanzenzuges auch gleichzeitig die Einheit der Rechtsprechung in allen mit Magdeburger Recht begabten Städten. Und als am 10. Mai 1631 Magdeburg in Trümmer sank, wurde damit das ganze kostbare Archiv der Magdeburger Schöffensprüche vernichtet. Wer also heute eine generelle Bearbeitung des Magde-



burger Stadtrechtes vornehmen will, der muß in die Archive der mit Magdeburger Recht begabten Städte gehen und in mühsamer Forschungsarbeit das Rechtsgebilde rekonstruieren, eine Aufgabe, die noch ihres wissenschaftlichen Meisters harrt.

Ein erhebliches Ausdehnungsgebiet des Magdeburger Stadtrechtskreises lag westlich der Elbe, begünstigt durch die starke Straßenverkehrsentwicklung. Zu diesem Kreis gehören Stendal (1151), Tangermünde, Seehausen und Salzwedel, das sein Recht an das ostelbische Perleberg abgab. Die politische Zugehörigkeit dieser altmärkischen Städte zum Herrschaftsbereich der Askanier erschloß mit der fortschreitenden Kolonisation durch niedersächsische Siedler die Mark Brandenburg der Magdeburger Rechtssphäre, insbesondere nachdem 1315 die Stadt Brandenburg nach Erhebung zum Bischofssitz das Magdeburger Stadtrecht annahm. Daß Kulm, Danzig,

Thorn und Königsberg dem Magdeburger Recht erschlossen wurden, ist aus der bereits erwähnten Kolonisationstendenz des Ordens erklärlich. Besonders Danzig scheint ein typischer Beweis für die Qualität des Magdeburger Rechtes gewesen zu sein, hat doch nach wissenschaftlichen Feststellungen das Magdeburger Recht in Danzig das lübische Recht verdrängt.

Auf dieser so chronologisch sich entwickelnden kulturellen Operationsbasis schob sich das Magdeburger Recht immer weiter gen Osten vor. Es ist kennzeichnend für die innere Stärke, daß die Bedeutung des Stadtrechtes räumlich keineswegs zusammenfällt mit den Einflußgrenzen der kirchlichen Organisationsbasis des Erzbistums, sondern sich weit darüber hinaus besonders nach dem Osten ausdehnte, gestützt auf die starke Politik des deutschen Kaisertums und des Ritterordens. Magdeburgs geschichtliche Sendung lag nun einmal in seinem Charakter als Zentrale der Germanisierung des Ostens. Interessant ist die weitere Ausdehnung des Stadtrechtes nach Polen und der Ukraine hinein. Von Schlesien aus erreichte es Krakau und Lemberg und wanderte über den San den Dnjestr abwärts bis Czernowitz und den Dnjepr aufwärts über Poltawa bis Mohilew, wo es sich in Witebsk mit dem Flußlauf der Düna traf und Anschluß an den Magdeburger Dünarechtskreis mit Polodsk, Gorodok und Dünaburg fand. In Ungarn traf es sich mit dem von Prag und Wien ausgehenden süddeutschen Stadtrecht, demgegenüber es sich als großräumiges Recht nicht allzu stark durchsetzen konnte. So zeigt denn Ungarn eine Mischung zwischen Magdeburger und süddeutschem Recht. Die durch die Gebirgsbildungen im eigentlichen Ungarn und in Rumänien verursachte Kleinräumigkeit machte das Magdeburger Recht untauglich für diese Landschaftsgebilde und überließ sie in stärkerem Ausmaß dem ihrem Charakter entsprechenden süddeutschen Stadtrechtskreis.

Mit der wachsenden politischen Erstarkung der osteuropäischen Staatenbildungen auf kolonisatorischer Grundlage erwuchs den Staaten der Wunsch nach Loslösung von dem Magdeburger Oberhof. Nach der Bestimmung des Brandenburger Schöffentuhls als letzter Oberhof für alle mit Magdeburger Recht begabten Städte der Mark schuf 1325 Johann von Luxemburg den Leitmeritzer Oberhof für alle Städte Magdeburger Rechtes in Böhmen, 1444 König Ladislaus III. den Oberhof Lemberg für alle Städte Galiziens, 1353 wurde Olmütz Oberhof für Mähren, 1356 Krakau für Polen. Wenngleich damit noch keineswegs die sofortige Loslösung vom Magdeburger Oberhof verbunden war, so zeigten sich doch die Tendenzen erstarkender Selbständigkeitsbestrebungen mehr und mehr. Das 16. Jahrhundert brachte ein stärkeres Absinken der Bedeutung Magdeburgs als Oberhof, der 10. Mai 1631 machte dieser allbeherrschenden Stellung mit der Zerstörung der Stadt endgültig ein Ende. Magdeburg hatte damit zunächst aufgehört, seine rechtsbeherrschende Stellung für den Osten Europas aufrechtzuerhalten. Die dem Magdeburger Rechtsideenkreis innewohnende gesunde Kraft ließ einen Teil seines Ehrechtes in das

heute in Polen noch gültige Eherecht eingehen. Erwähnenswert ist, daß noch im 18. Jahrhundert in Tschernigow Urteile zu Zwangsarbeit in Sibirien auf Grund der Magdeburger Rechtsideen gefällt wurden, desgleichen in Poltawa.

Magdeburg hatte damit für das deutsche Mittelalter seine kulturelle Sendung auf dem Rechtsgebiet erfüllt. Daß das niedersächsische Rechtsgefühl eine gesunde Grundlage für Kolonisationstendenzen enthält, zeigt gleicherweise auch das Landrecht. Es ist jenes wenig bekannte Schartauer Recht, das seinen Namen nach einem kleinen Kolonistendorf Schartau im Nordosten Magdeburgs trägt und das als Bürger Recht als allgemeines Kolonistenrecht in die deutsche Rechtsgeschichte eingegangen ist.

### W. JANTZEN:

#### Aussprache über Geopolitik

In Bad Saarow am 11. und 15. Mai 1935

*Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik in Bad Saarow erscheint uns so bedeutsam, daß wir einen der Einberußer gebeten haben, uns unmittelbar nach ihrem Abschluß einen ersten Bericht über die Verhandlungen und seine Eindrücke zu geben. Das Ergebnis selbst wird in einer Denkschrift niedergelegt, die wir nach ihrer Fertigstellung veröffentlichen werden. Die Schriftleitung.*

Mit dem Jahr 1933 gelangte die praktische geopolitische Arbeit nach 10 Jahren stiller Vorbereitung in Deutschland zu einer Bedeutung, die auch heute von vielen Kreisen in ihrer ganzen Ausgedehntheit und Reichweite noch nicht erkannt ist, weil sie weniger mit tönenden Worten betrieben wird als in zäher Kleinarbeit, sei es in der geistigen Vorarbeit, im Gelände oder in der Führerschulung der meisten Gliederungen der Bewegung sowie in den deutschen Schulstuben. Der rasche und in vieler Hinsicht erfolgreiche Vorstoß einer neuen Arbeitsweise ist nicht zum mindesten veranlaßt worden durch das zustimmende Bekenntnis führender Männer des neuen Deutschland auf der einen Seite und durch das immer weitere Vordringen grundsätzlicher Gedanken, wie sie in der Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik von 1933: „Geopolitik als nationale Staatswissenschaft“ zusammengefaßt sind.

Die Tatsache, daß im deutschen Arbeitsdienst, in den Schulen, in der Studentenschaft, in der Landesplanung und an vielen anderen Stellen die geopolitische Arbeit bereits in bedeutendem Maße aufgenommen und entwickelt worden ist, machte eine Klärung mit jenen anderen Stellen notwendig, die von der Seite der Wissenschaft her dazu berufen sind, das notwendige Handwerkszeug für die Arbeit im Volke bereitzustellen und die leitenden Gesichtspunkte laufend zu vertiefen. Es liegt nahe, daß in Deutschland auf der Suche nach geistigen Pflegestätten für Forschung und für die Beratung der geopolitischen Arbeit in den Landschaften zunächst an die Universitäten gedacht werden muß. Leider war hier das Gelände oftmals mehr Kampfplatz als geeignet für friedliche Aufbauarbeit. Noch bis vor kurzer Zeit



wurde seitens mancher Vertreter der Erdkunde ein teils offener, teils verdeckter Krieg gegen die Geopolitik geführt, über dessen Beweggründe zu streiten, heute Anlaß und Zeit fehlen. Tatsache ist, daß der neue Staat mit aller Macht die Gedanken der organisch gesehenen Gesamtschau vorwärts treibt; Ressortenge und Fachegoismus dürfen an seinen Universitäten und Schulungsstätten keinen Platz mehr beanspruchen. Es gilt Aufbauarbeit zu leisten und alles Persönliche im Kampfe um Fachgrenzen zurückzustellen.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht — Berlin — und die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik glaubten, den aufgezeigten Zwiespalt zwischen der bereits weit entwickelten praktischen geopolitischen Arbeit und der durchaus noch mangelhaften Ausbildung landschaftlich gebundener geopolitischer Lehr- und Forschungsstellen an den Universitäten nach Möglichkeit durch eine Aussprache der beteiligten aufbauenden Kräfte beseitigen zu sollen. Diese Aussprache fand in Bad Saarow am 11. und 12. 5. 1935 statt. Eine größere Anzahl von Ministerien und Reichsstellen der Bewegung, geladene Gäste der Hochschule, höheren Schule und Volksschule, des Arbeitsdienstes und der Landesplanung kamen zusammen und vermochten in der Tat in offener Rede und Gegenrede, die von einem unserem Wollen entsprechenden gegenseitigem Vertrauen getragen waren, zu einer Klarheit und Einmütigkeit vorzustoßen, die der Weiterarbeit Tür und Tor öffnen.

\*

General Haushofer übernahm selbst die Einleitung und Leitung des ersten Teiles der Aussprache über die Frage „Geopolitik und Hochschule“. Er stellte über allen alten Streit, über Ressortenge und vergangene politische und wissenschaftliche Zeitforderungen die einfache und große Forderung nach guter geopolitischer Schulung für das deutsche Volk als Unterbauung seines politischen Wollens und Denkens. Er erhob sich in seinen Worten hoch über die Kleinheit jener Kämpfer um Grenzstreitigkeiten und über jene Zeitgenossen, die sich keine Wissenschaft und keine Weltanschauung, also auch keine Geopolitik, ohne „10 Gebote über deren Wesen und Anwendbarkeit“ vorstellen können. Scharfe Geißelung erfuhr besonders der heute teilweise katastrophale Zustand bei Prüfungen junger Geopolitiker an unseren Universitäten. Das Ziel der Geopolitik ist enthalten in dem Wort von Blut und Boden, wobei ihr, die sie von der Raumwissenschaft her kommt, heute noch der erste Teil dieses Wortes ein wenig näher steht. Niemals aber darf vergessen werden, daß gerade die Verknüpfung beider, der Gesetze des Blutes und der des Bodens, wichtigste Grundlage für alles politische Denken und damit für die Geopolitik als die politische Wissenschaft schlechthin sind. Aufgabe der Wissenschaft ist es, sich darum zu bemühen, wie das große Wort von Blut und Boden lehrhaft angesetzt werden kann und wie aus ihm sich auch wissenschaftlich der Aufbau eines neuen politischen Weltbildes ermöglichen läßt, das besser ist, als das anderer Völker.

Die Aussprache gestaltete sich besonders fruchtbar, da der Reichsreferent für

deutsche Hochschulgeographie im NSLB., Professor Mortensen, Göttingen, in derselben Weise von dem Wunsche nach restloser Bereinigung alten Streites und neuer gemeinsamer Arbeit durchdrungen war. Er wies darauf hin, daß die Hochschulgeographie lange Jahre, und zwar insbesondere in der Zeit vor dem Kriege, die unbedingt notwendigen naturwissenschaftlichen Seiten der Geographie allzusehr in den Vordergrund gestellt und, abgesehen von der Kriegszeit, die anthropogeographischen Fragestellungen vernachlässigt habe. Erst eine gewisse Zeit nach dem Kriege sei hier Wandel eingetreten, auf den die Bestrebungen der Geopolitik sicher nicht ohne Einfluß gewesen seien, wofür die Geographen dankbar sein müßten. Die Bedenken der Geographie gegen die Geopolitik seien in der Hauptsache in zwei Richtungen gegangen. Es sei bedauert worden, daß von geopolitischer Seite recht häufig Fragestellungen, die z. T. sogar den Kern der Geographie ausmachen, als etwas Neues und nur der Geopolitik Eigenes hingestellt worden seien und die Geographie dadurch unberechtigt verunglimpft worden sei. Der Gegensatz Geographie = Analyse und Geopolitik = Synthese treffe nicht zu; denn auch die Geographie strebe die länderkundliche oder landschaftskundliche Synthese an und stelle ihre Arbeiten in den Dienst dieser Synthese. Der Unterschied der Geopolitik zur politischen Geographie bestehe wohl mehr darin, daß die Geopolitik eine ausgesprochen dynamische Fragestellung hat, während die politische Geographie mehr auf die Untersuchung von Zuständen ausgehe. Eine genaue Abgrenzung zwischen politischer Geographie und Geopolitik scheine im übrigen überflüssig, da Grenzstreitigkeiten unfruchtbar seien. Sie sei auch deshalb unnötig, da nach Ansicht von Haushofer und übrigens auch aller anwesenden Diskussionsredner die Geopolitik kein Fach im Sinne anderer Fächer sein will. Eine geopolitische Durchdringung der einschlägigen Fächer aller Fakultäten werde von der Geographie durchaus begrüßt werden. Das zweite stärkere Bedenken gegen die Geopolitik sei bis vor kurzem gewesen, daß in geopolitischen Aufsätzen nicht selten Ergebnisse vorgetragen worden seien, für die nach geographischem Empfinden die wissenschaftliche Basis noch fehlte. Ein derartiges vorschnelles Ausbreiten von Ergebnissen sei in einer Kampfzeit verständlich. Nachdem aber aus den Worten Haushofers für den von ihm geführten Kreis der Geopolitik sich ergebe, daß die Geopolitik selbst sich mit ihren Ergebnissen, dem „geopolitischen Tatsachenschatz“, noch am Anfang stehend fühle, brauche die wissenschaftliche Geographie diese Bedenken nicht mehr zu haben. Die Ausführungen Haushofers hätten den Weg freigemacht für eine gedeihliche und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Geopolitik und Geographie.

In seinen schriftlich unterbreiteten Ausführungen zur Tagung betonte der leider verhinderte Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik, Landesbauernführer Dr. R. Wagner, den Charakter der Geopolitik als Wissenschaft vom Staat. Im Gegensatz zu der bisherigen Staatswissenschaft, die in liberalem Boden wurzele und

nur das Formale des Staatsgedankens erfasse, sehe die Geopolitik den Staat in seiner ganzen Erscheinungsbreite und als Lebensform, als Überorganismus aus Volkskörper und Raum. Daher benötige die Geopolitik die Mitarbeit fast aller wissenschaftlichen Disziplinen und habe mit ihnen zusammen noch umfangreiche Forschungs- und Lehraufgaben zu erfüllen. Ihr Ziel aber sei, Menschen und Erkenntnisse, die sie vermittele, dem politischen Handeln, dem Staat selbst zuzuführen.

Das Ergebnis der Aussprache über „Geopolitik und Hochschule“ wurde von den anwesenden Vertretern der deutschen Hochschulen wie folgt zusammengefaßt:

1. Es ist notwendig, an zunächst einigen, besonders dafür geeigneten Universitäten eine Zusammenführung der die Geopolitik tragenden und von ihr in erster Linie zu befruchtenden Fächer durchzusetzen. Dazu müßten dort geopolitische Lehraufträge an geeignete ausreichend vorgebildete geopolitische Dozenten erteilt werden.
2. Diese Lehraufträge müßten Träger sein einer an der betreffenden Universität zu errichtenden geopolitischen Mittelstelle, deren Aufgabe ist es, die lebendige Verbindung mit den verschiedenen Fächern herzustellen, die Erkenntnisse dieser Fächer geopolitisch zu verarbeiten und sie zum Arbeiten mit geopolitischer Fragestellung anzuregen.

Von der Mittelstelle aus müßten geopolitische Vorlesungen gehalten werden; es müßten weiter die geopolitisch wichtigen Vorlesungen der verschiedensten Fächer den Aufgaben der Mittelstelle nutzbar gemacht werden. Damit hat der Student, der sich Geopolitik als Prüffach gewählt hat, Anhaltspunkte für die Ausgestaltung seines Studiums.

Die Mittelstelle hat weiterhin geopolitisches Arbeitsmaterial bereitzustellen, besonders durch Schaffung einer ausreichend fundierten Arbeitsbücherei. Hierzu muß selbstverständlich der Mittelstelle ein ausreichender Etat zur Verfügung stehen, der von den geopolitischen Dozenten verwaltet wird.

3. Dem geopolitischen Dozenten müßte zu geeigneter Zeit das Promotionsrecht zugestanden werden.
4. Als geeignete Hochschulen zur Errichtung geopolitischer Institute bzw. Mittelstellen schlägt die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik vor:

1. Berlin, 2. Breslau, 3. Göttingen, 4. Heidelberg, 5. Köln-Aachen, 6. Leipzig, 7. München.

Mit dieser Aussprache und der aus ihr hervorgehenden Entschließung soll das Kriegsbeil zwischen Erdkunde und Geopolitik an der Hochschule nunmehr begraben sein. Das in Bad Saarow hergestellte Vertrauensverhältnis zwischen maßgebenden Vertretern beider Richtungen soll den Baugrund bilden für die gemeinsame Arbeit der Zukunft.

\*

Über die Frage „Geopolitik und Schule“ referierte Alfred Pudelko, der Leiter des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht. Auch er stellte an den



Anfang seiner Ausführungen die bestimmte Forderung, daß Geopolitik nicht zu einem neuen Schulfach neben den bisherigen Fächern gemacht werden darf. Geopolitik bedeutet eine neue Haltung, auch im Unterricht. Die Notwendigkeit, zu einer solchen neuen Haltung vorzustoßen, ergibt sich aus der Erkenntnis, daß die Vorkriegsschule es unterlassen hat, in die Schicksalsaufgabe Deutschlands und Mitteleuropas einzuführen. So wie die Vorkriegs- und die Systemschule versagt haben, weil sie den rechten Unterbau zu einer tiefen Verankerung politischer Gesinnung nicht zu geben vermochten, muß auch heute vermieden werden, daß mit bloßer Hurrabildung zum Nationalsozialismus geführt wird. Vertiefung des politischen Glaubens wollen wir heute erreichen durch rechten Einbau von Rassenkunde und Geopolitik. Freilich muß die geopolitische Arbeit in der Schule „ohne Lineal und Zirkel“ betrieben werden. Ziel ist das Verstehen der Gesetze von Leben und Raum des deutschen Volkskörpers. Es dürfte unmöglich sein, die wichtigen Fragen der deutschen Ost-, West- oder Südfront, des Arbeitsdienstes oder der Planung zu verstehen ohne geopolitische Verknüpfung. Es geht darum, im Dienste der politischen Erziehung einen neuen Standpunkt zu gewinnen. Hieraus ergeben sich eine Reihe von Forderungen, die innerhalb des deutschen Schulwesens so bald als möglich verwirklicht werden müssen:

1. In der Lehrerfortbildung sind die Erkenntnisse der Geopolitik sowie ihre Arbeitsweise als Grundlage jeder weiteren Aufbauarbeit anzusetzen.
2. Schulungslehrgänge für Lehrer aller Schulgattungen sollen, ohne daß jedesmal ihre geopolitische Bedeutung besonders herausgestellt wird, so angelegt werden, daß die Grundfragen des deutschen Raumes und Volkes in ihrer geopolitischen Verknüpfung stark hervortreten.
3. Innerhalb der Lehrerbildung müßte die Beschäftigung mit der Geopolitik ebenso zur Pflicht gemacht werden wie die mit der Rassenkunde.
4. Es ist anzustreben, daß in einer Reichsstelle und einer Reihe von Landesstellen geopolitisches Schulungsmaterial für den Schulgebrauch gesichtet und bereitgestellt wird. Die Errichtung einer Kartenstelle dürfte in diesem Rahmen bei dem heutigen Entwicklungsstand dieses Gebietes unerläßlich sein. Die Vorarbeiten hierzu sind vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht bereits aufgenommen worden.
5. Es sollte gegenüber der heutigen Mode, über Geopolitik zu reden, immer wieder darauf hingewiesen werden, daß niemand berechtigt ist, geopolitische Erkenntnisse zu verkünden, der nicht in seiner Heimatlandschaft wirklich praktisch gearbeitet und sich den deutschen Raum erwandert hat.

Der Leiter der Abteilung Erziehung und Unterricht bei der Reichsleitung des NSLB., Roder, gab in einer kurzen Erklärung die Krönung dieser Forderungen: Die Geopolitik ist eine der Grundsäulen der nationalsozialistischen Erziehung. Da sie nicht als besonderes Fach ausgebildet werden soll, wird

sie auch nicht in die übliche Fachorganisation des NSLB. eingereiht werden. Dafür wird es aber in Zukunft den Leitern der Abteilungen für Erziehung und Unterricht innerhalb der Gauamtsleitungen des NSLB. zur besonderen Pflicht gemacht werden, für grundlegende und umfassende geopolitische Schulung in allen Zweigen ihrer Abteilungen zu sorgen. Es wird ihnen anheimgestellt, sich einen tüchtigen Geopolitiker als Sachberater für diese Arbeit beizuordnen.

Die durch diese Erklärung besonders angeregte Aussprache ergab noch einige bemerkenswerte Gesichtspunkte, die insbesondere von Professor Folkers, Rostock, und Studienrat Gehl, Berlin, vertreten wurden. Es wurde betont, daß zwischen Forschung und Erziehung innerhalb der Geopolitik eine saubere Trennung erfolgen muß. Die geopolitische Erziehung erfordert eine besondere Schulung in dem Sinne, wie sie das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin, gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik und dem NSLB. in zahlreichen, eigens dafür eingerichteten Lagern durchgeführt hat. Als besondere Gefahr taucht immer wieder der althergebrachte philologische Materialismus der Universitäten auf, dem die geopolitische Zusammenschau entgegenzusetzen ist. Hierzu wurde vorgeschlagen, daß an den Universitäten statt der nebengeschalteten philosophischen Prüfung in neuer Hauptschaltung eine geopolitische Prüfung eingerichtet werden möge.

Die Geopolitik hat in der Schule im wesentlichen auf eine im Sinne der national-sozialistischen Staatsanschauung zusammenfassende Auswertung der in den Fächern: Rassenkunde, Geschichte, Geographie, Biologie und Deutsch erarbeiteten Kenntnisse hinzustreben. Diese Auswertung mit dem Ziel der Anschauung, nicht dem des Wissens entspricht dem Wesen der Geopolitik. Es wurde, um die Grundlagen hierfür geschlossen zur Verfügung zu haben, eine wesentliche Vermehrung der Erdkundestunden gefordert. In der Lehrerbildung sollten die Fächer Geographie, Geschichte, Deutsch und Biologie nach Möglichkeit zusammen gewählt werden.

Außer den beiden grundsätzlichen Fragen „Geopolitik und Hochschule“ und „Geopolitik und Schule“ wurden eine Reihe von Sondergebieten durchgesprochen. Die Vertreter der Reichsleitung des deutschen Arbeitsdienstes berichteten über die starke Bedeutung, die die Einführung in geopolitische Gedankengänge innerhalb der Führerschulung des Arbeitsdienstes bereits angenommen hat. Borries, Frankfurt a. O. und Dr. Isenberg, Berlin, erstatteten Bericht über die praktische Arbeit in der Provinz Grenzmark, die sich unter dem Stichwort „Dorfkartei“ zusammenfassen läßt. Hingewiesen wurde ferner auf die Arbeiten in der deutschen Westmark (Dr. Roth, Zweibrücken), wo ein umfangreiches Vortrag- und Kartenmaterial zu billigstem Preis für Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik erarbeitet worden ist und bereitgehalten wird. Gefordert wurde ferner mit Recht die verstärkte Heranziehung wehrgeographisch geschulter Fachmänner. In diesem Zusammenhang verlangte Haushofer als Grundlage jeder geopolitischen Betätigung sorgfältige Übung im Zeichnen von Karten und Krokis. Starke Beachtung fanden Proben einer neu-



artigen Karte für den Handgebrauch der Schüler, die unter dem Namen „Erbgutkarte“ von Hillen Ziegfeld und Dr. Junge vorgelegt wurde.

Zusammenfassend kann gesagt werden: die Aussprache in Bad Saarow zeigte, daß die großen Anregungen Karl Haushofers im ganzen deutschen Lande auf fruchtbaren Boden gefallen sind und daß in den verschiedensten Bezirken bereits die neue Saat heranwächst. Die politische Leitung in den deutschen Gauen und die Universitäten haben die Aufgabe, dieses neue Werden in geeigneter Weise aufzugreifen und ihm Pflegestätten zu geben. Durch die offene Aussprache wurden manche gefährliche alte Gegensätzlichkeiten beseitigt und neue hoffnungsvolle Vereinbarungen getroffen. Die Tagung in Bad Saarow dürfte sich auf die Vereinheitlichung der geopolitischen Arbeit stark auswirken und wird sie durch Zusammenfassung der beteiligten Kräfte zu immer stärkeren Erfolgen führen.

## HANS HUMMEL: Büchertafel

### Geographie

1. **Alexander Supan:** Grundzüge der physischen Erdkunde. Bd. 1, 8. Aufl., hrsg. von Erich Obst. 516 S., 10 Tafeln, 117 Skizzen. De Gruyter, Leipzig und Berlin 1934. Kart. RM. 18.—, geb. RM. 19.50.

Es erübrigt sich, der Neuauflage des Standardwerkes der physischen Geographie neuerlich freundliche Worte hinzuzufügen. Das Werk Supans, vielfach umgearbeitet, doch immer noch in einer geschlossenen Einheit, die unermüdlich von Erich Obst gehalten und verbessert wird, spricht für sich selbst und ist jedem, der geographisch zu arbeiten hat, ein unentbehrliches Handbuch. Der vorliegende erste Band der Neuauflage umfaßt die drei Abschnitte über den Erdkörper (Obst), die Lufthülle (Georgii) und das Wasser (Machatschek & Schott). Die Kartenbeigaben haben eine weitere Vervollkommnung erfahren und unterstützen aufs beste den weitausholenden Text. Wir empfehlen den Fachlesern ein genaues Studium des Vorwortes, für das wir Erich Obst zu besonderem Danke verpflichtet sind.

2. **Otto Maull:** Geographie der Kulturlandschaft. Samml. Göschel, Bd. 1055, 141 S., 9 Karten. De Gruyter, Berlin und Leipzig 1932. Geb. RM. 1.62.

Ein Göschelband gibt M. die Gelegenheit, seinen klaren, knappen Stil wiederum zu beweisen. In prägnanten Lehrsätzen wird über Wirtschafts-, Siedlungs- und Verkehrsgeographie berichtet. Am wesentlichsten sind jedoch die Bemerkungen über die Kultur-

landschaft als Begriff, der eine treffende Formulierung erfährt.

3. **Alois Fischer von der Eger:** Geographisch-statistisches Handbüchlein 1935, 56 S. Freytag & Berndt, Wien 1935. Kart. RM. 1.60.

Die unbedingt nötigen Daten über Wesen und Wirtschaft, Bevölkerung und Geographie der einzelnen Staaten sind sauber zusammengetragen. Sehr nützlich der Anhang mit Daten über Spannungsherde der Welt, z. B. Arabien, Spanien, Chaco.

4. **Max Eckert:** Neues Lehrbuch der Geographie. II. Teil, 2. Hälfte, 445 S. Stilke, Berlin 1935.

Der letzte Band des groß angelegten geographischen Handbuches liegt nunmehr vor. Es ist der zweite länderkundliche Band, der abschließend die außereuropäischen Erdteile nach der altbewährten Methode behandelt. Die einzelnen Erdteile werden zunächst im ganzen vor Augen geführt und dann in ihre Großlandschaften aufgegliedert. Starkes Gewicht wird auf die anthropogeographischen Grundzüge gelegt. Eine Unmenge von Quellen- und Zahlenmaterial ist zusammengetragen und sauber gesichtet. Das Werk ist eines der Lehrbücher, in dem man sich sofort glänzend zurechtfindet. Alles ist auf das unbedingt Wichtige abgestellt.

5. Handbuch der geographischen Wissenschaft. Hsg. **Fritz Klute**, Liefg. 46—51. 6mal 32 S., viele Karten und Abb. Atheneion, Wildpark-Potsdam 1934.

Nachzuholen ist der Bericht über den Fortgang des länderkundlichen Hauptwerkes.



Vier der vorliegenden Lieferungen beschließen den Südamerika-Band mit den Monographien über die nördlichen Staaten und Kolonien Ekuador, Peru, Kolumbien, Venezuela, Guayana und die südamerikanischen Inseln des südlichen Antillenbogens. Auch hier ist der Hauptwert auf die Bild- und Kartenbeigaben gelegt, die von einer sehr sorgfältigen Durcharbeitung zeugen. Die Schlußlieferung umfaßt ein ausführliches Register und eingehende Statistiken über den Erdteil. Die beiden anderen Lieferungen sind für den Asien-Band. Die eine beschließt mit einem Bericht über Rassen und Wirtschaft die einleitenden Bemerkungen und geht zu Nordasien über, die andere beendet mit politisch-geographischen Abschnitten die Monographie über Persien und Afghanistan. Wir hoffen, in kurzem eine größere Würdigung über die inzwischen erschienenen Lieferungen bringen zu können.

6. **Ewald Banse:** Was der Deutsche vom Auslande wissen muß! 205 S. Lindner, Leipzig 1934. Kart. RM. 2.—, geb. RM. 2.90.

Das müßte der Deutsche allerdings wissen, was knappgefaßt in diesem handlichen Bändchen über alle Staaten der Welt steht. Jedoch finden sich in und zwischen den Zeilen manche Werturteile, die vielleicht in milderer Form berechtigt, oft aber zu kräftig herausgestellt sind.

#### Staatswissenschaften

1. **Kurt Schilling:** Der Staat. 323 S. Reinhardt, München 1935. Br. RM. 7.80, geb. RM. 9.80.

Sch. gibt eine nicht durchaus neuartige Naturphilosophie des Staates. Das erste Kapitel, in dem die Entstehung des Staates aus dem Leben heraus entwickelt wird, steht in einem gewissen Gegensatz zu dem zweiten Kapitel, das den Staat aus dem Willen einer Menschengruppe aus vernunftgemäßem Anlaß begreift. Es ist hier der alte Widerstreit der Staatsphilosophie in einem Buch vereinigt, logische Entwicklung aus dem Leben und Bestimmung des Willens, ein Widerstreit, der das ganze Buch durchzieht und fruchtbar anregt. Jedoch dringt überall der Wille zur Neuordnung der Staatsphilosophie, die Lösung aus der überkonstruierten Befangenheit des vorigen Jahrhunderts, sympathisch hervor. Ein Buch, das viel ehrliche Arbeit enthält.

*Der diesem Hefte beigelegte Prospekt des Verlages W. Kohlhammer, Stuttgart, wird der Aufmerksamkeit unserer Leser empfohlen.*

2. **Kurt Stavenhagen:** Das Wesen der Nation. 233 S. Engelmann, Berlin 1934. Kart. RM. 9.75.

Eine wesentliche Ergänzung des vorigen Buches nach der begriffsbestimmenden Seite hin. Die Gegenüberstellung der Begriffe der Kultur- und der Staatsnation führt zur Fragestellung der geistig-seelischen Totalgemeinschaften einerseits und der pragmatischen Totalgemeinschaften andererseits, deren Wandlungsfähigkeit und Wechselwirkung, oft an Hand der dem Verfasser besonders nahe liegenden baltischen Erfahrungen, nachgewiesen wird. Ein kluger Beitrag zur Determination viel gebrauchter, aber wenig ergründeter Begriffe.

3. **Graf Arthur Gobineau:** Die Ungleichheit der Menschenrassen. 756 S. Wolff, Berlin 1935. Geb. RM. 12.—.

In einem einzigen dicken Bande erschien eine Neuübersetzung dieses Werkes der Weltliteratur durch R. Kempf. Mag man sich zu einzelnen Teilen aus neuerer Kenntnis der Dinge sachlich anders einstellen, so bleibt doch immer der hinreißende Schwung bewunderungswürdig, entstanden aus einer mehr als souveränen Beherrschung des damals vorliegenden Materials. Was G. z. B. über Mischrassen sagt, ist heute noch unwidersprochen und grundlegend wie das ganze Werk. Das Wesen der Rassen (2. bis 6. Buch) von der ersten Überlieferung an in lebendigster Form zu beschreiben, ist auch bisher dem Grafen G. vorbehalten geblieben. Der Verlag hat sich mit der Herausgabe dieses Werkes ein großes Verdienst erworben.

#### Wirtschaft

1. **Ernst H. Posse:** Umschichtung der Wirtschaft und der Wirtschaftsauffassung. 74 S., viele Abb. Hanseat. Verlagsanstalt Hamburg 1934.

Eine Abrechnung mit Kapitalismus und liberaler Wirtschaft, bei der alle Fragestellungen der modernen Wirtschaftsumschichtung, ihrer sozialen und staatlichen Erfordernisse und Bedenklichkeiten, aufgeworfen und diskutiert werden. Die prägnanten Formulierungen erfahren eine Auflockerung durch herrliche Photographien, deren Verwendung in einem wirtschaftspolitischen Buch ungewöhnlich und reizvoll ist.



## Den spannendsten Stoff des Weltgeschehens

das grandiose Schauspiel der menschlichen Geistesentwicklung, den Gang der Kultur über die Erde, schildert in packender Darstellung eindringlich und klar das **Handbuch der Kulturgeschichte** auf 3500 Seiten mit gegen 3000 Bildern und farbigen Darstellungen. 26 hervorragende Gelehrte geben ein umfassendes Bild der deutschen Kultur, angeschlossen die Hauptkulturen der ganzen Welt. Das Werk ist eine ganz große Leistung des deutschen Schrifttums und der deutschen Drucktechnik. Leicht anschaffbar durch den Bezug von monatlich 2 Lieferungen zu je RM 2.80. Man verlange ausführliches Angebot u. unverbindliche Ansichtsendung von der Buchhandlung

ARTIBUS et LITERIS,

Gesellschaft für Geistes- und Naturwissenschaften m. b. H., Berlin-Nowawes 5 18

FRIEDRICH BURGDÖRFER

# Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich

Tatsachen und -kritik

Oktav, 92 Seiten, 14 Abbildungen und 16 Tafeln

Kartonierte ca. M. 2.50

Mit der nationalen Revolution hat ein Umbruch in der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland eingesetzt, der beispiellos ist. Burgdörfer, unser führender Bevölkerungswissenschaftler, stellt die bisher erfaßten Ergebnisse zusammen und erläutert sie. Weiterhin gibt er eine Kritik der Tatsachen: es erweist sich, daß trotz allem die Folgen der Verstädterung durchaus noch nicht überwunden sind. Es bedarf einer weiteren Auswirkung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen, bedarf neuer Anstrengungen, um allein das eine Ziel zu erreichen: Erhaltung des jetzt bestehenden Volkskörpers und Überwindung der Überalterung.

HEIDELBERG - BERLIN

Kurt Vowinkel Verlag GmbH.

Aus dem KURT VOWINKEL VERLAG GMBH. • HEIDELBERG erbitte ich  
durch ☐ BURGDÖRFER: Bevölkerungsentwicklung im Dritten Reich  
☐ dgl. Volk ohne Jugend. Leinen M. 8.—  
Name: \_\_\_\_\_  
Anschrift: \_\_\_\_\_



# WEHRWISSENSCHAFTLICHES SCHRIFTTUM

**RUDOLF ZU DER LUTH**

**Wehrwissenschaftlicher Atlas · Band I**

Querformat, 20 geopolitische Karten, 50 Seiten Text. Kartoniert 3.30, gebunden 3.70

**Wehrwissenschaftlicher Atlas · Band II**

Querformat, 20 geopolitische Karten, 50 Seiten Text. Kartoniert 3.—, gebunden 4.—

Während der erste Teil vorwiegend wehrpolitische Fragen darstellt in Karten und Begleittext der wichtigsten europäischen Länder, gibt der zweite Teil neben einem wehrpolitischen Überblick der übrigen Staaten Europas eine größere Zahl wehrkundlicher Zeichnungen und Texte über die einzelnen Waffen und ihre Aufgaben, meist mit Beispielen aus dem Weltkrieg.

**BERNHARD SCHLEICH**

**Wehrgedanke und Staat · Wehrfähigkeit — ihre nationalökonomische und soziologische Bedeutung**

Großoktav, 197 Seiten. Kartoniert 6.—, Leinen 7.80

Der Überblick über die Beziehungen zwischen Wehrfähigkeit, Wirtschaft und Gesellschaft hat grundlegende und für die theoretische Durchbildung der Wehrwissenschaft wesentliche Bedeutung. Denn daß Wehrfähigkeit und Wehrwille aufs engste mit der Gesamthaltung des Volkskörpers verbunden sind, wird aus diesen Untersuchungen klar.

In Kürze erscheinen:

**HANS NUBER**

**Wahl des Offiziersberufs · Eine charakterologische Untersuchung von Persönlichkeit und Berufsethos**

Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik · Wehrwissenschaftliche Reihe · Band I

Oktaf, 196 Seiten mit mehreren Tafeln. Leinen ca. 8.—

Hier handelt es sich nicht um eine Darstellung der geistigen Voraussetzung des Offiziersberufs: es wird mit einer überzeugenden nüchternen Exaktheit das Ergebnis einer jahrelangen Tätigkeit als Prüfer des Heeresnachwuchses in einer Analyse von 65 Offizieranwärtern gegeben und ausgewertet, um zu einer Gesamtdarstellung des Menschentyps zu gelangen, der zum Offizier und Führer berufen ist.

**KARL PINTSCHOVIVS**

**Die seelische Widerstandskraft im modernen Kriege · Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik · Wehrwissenschaftliche Reihe · Band II**

HEIDELBERG-BERLIN

**KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.**

Vom KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH, HEIDELBERG erbitte ich  
□ durch  
□ Za der Luth, Wehrw. Atlas, Band I, Kart. Leinen  
□ dgl. Band II, Kart. Leinen  
□ Schleich: Wehrgedanke, Kart. Leinen  
□ Nuber, Offizierberuf, Leinen  
□ Pintschovius, Widerstandskraft, Ka  
Name:  
Anschrift: